

LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2015

MEHR ALS PREKÄR JULIET SCHOR | KATJA KIPPING | NORBERT WOHLFAHRT | LOÏC WACQUANT | INGRID ARTUS | JANA SEPPELT | BERND RIEXINGER | BARBARA FRIED | ANNE STECKNER | PETER BREMME | JULIA DÜCK | CHRISTIAN FUCHS | HORST KAHRS U.A.





Frankfurt am Main am 18. März
2015, © Thorsten Hädicke

MEHR ALS PREKÄR

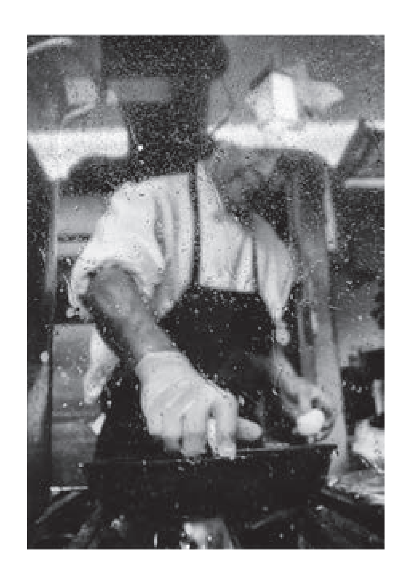
*»Das postindustrielle Prekariat ...
jeder sehnt sich danach, ihm zu entfliehen,
niemand will Teil davon sein.«*
Loïc Wacquant in diesem Heft

ZUKUNFT SICHERN
Warum Freiheit und Gerechtigkeit von links verbunden werden müssen
Von Katja Kipping

PREKÄRES AUFBRECHEN
Wie sich Konflikte um Arbeit auf unsicherem Terrain organisieren lassen
Von Ingrid Artus

PRECARE
Wie sich linke Politik aus Alltagskämpfen heraus entwickeln lässt
Von Julia Dück & Barbara Fried

SCHWERPUNKT: MEHR ALS PREKÄR





ZUKUNFT SICHERN

PREKÄRES AUFBRECHEN



RUBRIKEN

LUXEMBURG ONLINE

ROSA-LUX KOMPAKT

WAS WAR?

VON DER THEORIE ZUR PRAXIS UND ZURÜCK
LUXEMBURG LECTURE MIT SASKIA SASSEN

Was sehen wir, wenn wir uns zurück auf Grund begeben – de-theoretisieren, um dann zu re-theoretisieren? Und dies in stets neuen Feldern der Forschung, der Theoriebildung und des Kampfes? Von der gegenwärtigen Instabilität einst gesicherter Überzeugungen ausgehend, stehen Frauen als historisch erzeugte Subjekte, die aus diesen Zusammenhängen heraustreten, im Zentrum der Überlegungen von Saskia Sassen, einer der profiliertesten StadtsoziologInnen. Die Luxemburg Lecture fand im Rahmen des internationalen Kongresses »Die Kraft der Kritik: Wege des Marxismus-Feminismus« statt, den die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Berliner Institut für Kritische Theorie, Transform! Europe und SDS. DIE LINKE im März 2015 veranstaltet hat.

Dokumentation
www.rosalux.de/event/52831/

BLOCKUPY-VERANSTALTUNG
18. MÄRZ 2015, FRANKFURT/MAIN

Die Europäische Zentralbank sorgt mit ihrer autoritären Krisenpolitik für eine humanitäre Katastrophe im Süden Europas und für Widerstand in den betroffenen Ländern. Aktuell setzt sie die von SYRIZA geführte Regierung in Griechenland unter Druck. Doch was tut eine Zentralbank eigentlich, wenn sie ›Geldpolitik‹ betreibt? Der Erfolg SYRIZAs wird als hoffnungsvolles Signal gegen die Politik des europäischen Austeritätsregimes gesehen. Was können soziale Bewegungen in Griechenland von der Linksregierung erwarten? Und was bedeutet dies für die Linke in Deutschland? John Malamatinas, Journalist und Aktivist im Blockupy-Bündnis, und Ingo Stützle, Autor von *Austerität als politisches Projekt* warfen einen kritischen Blick auf die aktuellen Auseinandersetzungen. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen in Kooperation mit Fast Forward Hannover.

Dokumentation
http://www.rosalux.de/event/52862/die-krise-der-troika-und-der-hoffnungstraeger-syriza.html

MIT WEM?

LINKE WOCHE DER ZUKUNFT
23.–26. APRIL 2015, BERLIN

Die Zukunft beginnt heute: Stress in der Arbeit und ohne sie, leere öffentliche Kassen und explodierende Profite, Alters- und Kinderarmut, marktkonforme Demokratie. Die Zukunft beginnt heute: mit Wirtschaftsdemokratie und Care Revolution, mit Commons und öffentlicher Daseinsvorsorge, Umverteilen und Demokratisierung von Parlament, Energiesystem und Öffentlichkeit, mit Willkommenskultur und neuen Formen linker Politik. Was sind linke Alternativen und Strategien für eine wünschbare Zukunft?
Die »Linke Woche der Zukunft« gibt Raum für Vorträge, Diskussionen, Strategiewerkstätten, Vernetzungstreffen, Kultur, Stadtspaziergänge und zum Feiern. Unter einem Dach bieten verschiedene Träger Veranstaltungen an: die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Bundestagsfraktion der LINKEN und die Partei die LINKE.

Eintritt frei, barrierefrei
Anmeldung, Kinderbetreuung und Bettenbörse unter: zukunft@die-linke.de

Programm
www.linkewochederzukunft.de

MOVEMENT
DIE FLÜCHTLINGSSTREIKBEWEGUNG IN BERLIN HAT EINE ZEITSCHRIFT

Mit dem Camp am Oranienplatz und der Besetzung der Ohlauer Schule machte die Berliner Flüchtlingsstreikbewegung medial auf die isolierende und inhumane deutsche Migrationspolitik aufmerksam. Nun verfügt sie mit *Movement* über ihr eigenes Medium. Es soll der Bewegung eine eigene, unverfälschte Stimme verleihen und die Organisierung der Geflüchteten vorantreiben. *Movement* erscheint mehrsprachig und ist sowohl als Print-Produkt als auch online zu haben. Das Projekt wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung kofinanziert.

Mehr Infos
www.movementmagazine.de

WER SCHREIBT?

KRITISCHE TRANSFORMATIONSFORSCHUNG
NEUE PUBLIKATIONSREIHE

Mit den Beiträgen zur kritischen Transformationsforschung hat das Institut für Gesellschaftsanalyse eine neue Reihe ins Leben gerufen, die jene strategischen Diskussionen ergänzen wird, die auch in der *LuXemburg* geführt werden. Ziel ist es, Ansätze sozialistischer Transformation aus der internationalen und deutschen Diskussion zu bündeln und weiterzuentwickeln. Platz finden Beiträge zu Theorie und Geschichte linken transformatorischen Denkens, zu methodologischen Fragen solidarisch eingreifender Transformationsforschung, Analysen konkreter Projekte sozialökologischen Umbaus und strategische Fragen transformatorischer Politik sowie kritische Diskussionen vorliegender Ansätze. Im Februar 2015 erschien Band 1, in dem Michael Brie in das Werk des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi (1886–1964) einführt und Möglichkeiten des Dialogs zwischen diesem und der US-amerikanischen Feministin Nancy Fraser skizziert.

Leseprobe
www.vsa-verlag.de-Brie-Polanyi-neu-entdecken.pdf

Band 2 erscheint im Mai 2015. Unter dem Titel *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?* schreiben u.a. Michael Brie, Michael Burawoy, Erik O. Wright, Rolf Reissig, Judith Dellheim, Wanja Saatkamp und Amory Starr.

Mehr Infos
www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/mit-realutopien-den-kapitalismus-transformieren/

KLIMAWANDEL UND DIE GROSSE TATENLOSIGKEIT
SEAN SWEENEY ÜBER NEUE GEWERKSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN FÜR EINE ENERGIEDEMOKRATIE

Seit Jahrzehnten verhandeln die Regierungen der Welt über ein Abkommen zur Reduktion von Treibhausgasen, um gegen den Klimawandel vorzugehen. Bisher ist dies jedoch gescheitert. Mit Blick auf die politische und wirtschaftliche Macht der fossilistischen Industrien haben die Akteure den Weg des geringsten Widerstands gewählt – den der Untätigkeit. Hier sind internationale Gewerkschaften gefragt, die dazu nicht nur eine veränderte Taktik, sondern auch ein neues Programm brauchen. In dem Papier der Initiative Gewerkschaften für Energiedemokratie gibt Sean Sweeney von der Cornell University einen Überblick über die Aktivitäten internationaler Gewerkschaften. Er argumentiert überzeugend, dass sie nur durch die soziale Kontrolle des Energiesystems für eine nachhaltige Wirtschaft kämpfen, die Rechte der Beschäftigten schützen, den öffentlichen Sektor verteidigen und gegen Privatisierung und Sparpolitik kämpfen können.

Download
www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/working_papers/working_paper2_deu.pdf

WAS KOMMT?

SAAT MACHT SATT
KONFERENZ, 29. MAI 2015, BERLIN

Weltweit wird Saatgut von der Agrar- und Ernährungsindustrie im Namen der Ernährungssicherung unter die Kontrolle von immer weniger Akteuren gebracht. Eine globale Ernährungssouveränität braucht jedoch Saatgutvielfalt. Welchen Einfluss haben hier Saatgutrechtssysteme und internationale Handelsverträge wie zum Beispiel das aktuell debattierte TTIP-Abkommen? Welche Agrarsysteme und landwirtschaftlichen Praxen brauchen wir, um den ökologischen und sozialen Herausforderungen einer bäuerlichen Landwirtschaft weltweit zu begegnen, und welche Ansätze gibt es, Saatgutentwicklung lokal zu organisieren?
Die Konferenz wird sich im Vorfeld des G7-Gipfels im Juni 2015 mit der aktuellen politischen Situation zum Thema Saatgut auseinandersetzen. Ein Nord-Süd- sowie Süd-Süd-Erfahrungsaustausch zwischen wissenschaftlichen und aktivistischen ExpertInnen soll hier neue Perspektiven eröffnen. Die Konferenz wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Forum Umwelt und Entwicklung veranstaltet.

Weitere Infos und Programm
www.saatmachtsatt.de

SCHATTENSEITEN EINER GESPALTENEN STADT

EIN KALEIDOSKOP DER LEBENSLAGEN DES URBANEN PREKARIATS

LOÏC WACQUANT

Seit der fordistisch-keynesianische Klassenkompromiss endgültig aufgekündigt wurde, haben wir es mit einem regellos, aber stetig anwachsenden Strom von Menschen zu tun, die in die dunklen Ecken, Ritzen und Gräben der sich polarisierenden Städte drängen und versuchen, dort heimisch zu werden. Man mag sie als *urbanes Prekariat* bezeichnen, diese prekären Fraktionen des postindustriellen Proletariats, deren missliche Lage sich in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert hat – technisch betrachtet, sind es diejenigen, die nichts als ihre Arbeitskraft haben, die sie zu Markte tragen können. Während es zahlreiche makroskopische und statistische Untersuchungen gibt, die diese Entwicklung belegen, geht es in *Unsichtbar in Austin* (2015) um Elemente des Alltagslebens und des Alltagsbewusstseins dieses urbanen Prekariats. Die Diagnose wird damit bestätigt und erhärtet, gleichzeitig ergibt sich ein komplizierteres Bild.

Verschiedene Momente sind charakteristisch: Dies ist zunächst eine *grassierende ökonomische Instabilität und anhaltende soziale Unsicherheit*, als Ergebnis entwürdigender Beschäftigungsverhältnisse der unteren Klassen. Dies bezieht sich auf die Bezahlung, den Umfang der Arbeitsstunden, die Art der Tätigkeit, die Arbeitsplatzsicherheit und Jobperspektiven. Hinzu kommt für die meisten, dass sie weder Anspruch auf Arbeitslosen- noch auf Krankenversicherung haben, nicht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auf bezahlten Urlaub oder Altersvorsorge. Diese elementaren sozialen Rechte sind in nahezu jedem fortschrittlichen Land arbeitsrechtlich oder tarifvertraglich festgeschrieben, während sie Beschäftigten in den USA entweder als ›Zuschüsse‹ (*benefits*) gewährt oder gänzlich vorenthalten werden – Letzteres ist immer noch die Regel. Ein weiteres Moment ist eine *widersinnige und für die Menschen schwer auszuhaltende Mischung aus Unterbeschäftigung*

und Überarbeitung, wobei sich Phasen von zu wenig Arbeit ständig mit solchen abwechseln, in denen zu viel oder maßlos viel zu tun ist. Das Problem der chronischen Unterbeschäftigung verschärft sich durch die gängigen Hungerlöhne, die Abhängigkeit von despotischen Arbeitgebern, durch die Unbeständigkeit der Nachfrage sowie durch die Unsicherheit, die an den Menschen nagt: Ständig fragen sie sich, ob sie auch in Zukunft eine Anstellung finden werden.

Ein damit zusammenhängendes drittes Merkmal des Arbeitslebens des urbanen Prekariats ist die völlig *Selbstverständlichkeit periodischer Abstiegsbewegungen*. Gemeinhin werden diese nicht nur durch die Launen des Marktes, Outsourcing-Strategien der Unternehmen, familiäre Belastungen oder Krisensituationen (wie die Geburt eines Kindes, Scheidung oder der Verlust von Angehörigen) ausgelöst oder forciert, sondern maßgeblich auch durch Unfälle und Verletzungen am Arbeitsplatz und andere arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme. Da die Kosten für medizinische Versorgung völlig außer Kontrolle sind, geraten die Working Poor in den US-amerikanischen Städten in einen Teufelskreis. [...]

Eine vierte Dimension der Lebensrealität des urbanen Prekariats besteht darin, dass sich die Schwachen auch *untereinander ausnutzen und sich gegenseitig bekriegen*. Dieses Phänomen ist selbst von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich mit städtischer Armut befassen, bislang wenig untersucht worden. Es widerspricht ihrem Bemühen, gesellschaftlich herabgesetzte Bevölkerungsgruppen ›aufzuwerten‹. Es ist ein Mindestmaß an sozialer Stabilität nötig, um Vertrauen aufzubauen und Solidarität zwischen den Lohnabhängigen zu fördern. Wenn sich dies in Luft auflöst, bleibt den Armen kaum anderes übrig, als sich gegen andere Arme zu richten. Viele meiden das eigene Milieu und versuchen, sich von ihm zu distanzieren, manche verachten diejenigen, die auf der gleichen sozialen Stufe oder knapp darunter stehen, machen sie gar für ihre Situation selbst verantwortlich.

In einem Kapitel des Buches *Unsichtbar in Austin* begegnen wir dem alten Santos, der von dem Verkäufer in dem Laden um die Ecke, bei dem er täglich seinen Lottoschein kauft, um den Gewinn gebracht wird, weil er wegen seiner Legasthenie leichte Beute ist. Auch Chips Frustration richtet sich mehr und mehr gegen seine Nachbarn in der informellen Siedlung, in der er wegen seines mageren Einkommens

LOÏC WACQUANT ist einer der bekanntesten linken Soziologen und Armutsforscher und lehrt an der University of California in Berkeley. Er war Schüler von Pierre Bourdieu, mit dem er viele Jahre gemeinsam geforscht und publiziert hat. Auf Deutsch erschien von ihm zuletzt *Bestrafen der Armen*: *Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit* (2009). Wir veröffentlichen hier (leicht gekürzt) sein Nachwort zu einem im September 2015 bei University of Texas Press erscheinenden Buch *Invisible in Austin*. *Life and Labor in an American City*. Mit diesem Text würdigt er die – ebenfalls von Bourdieu inspirierte – kollektive Forschungsarbeit eines Teams von jungen StadtsoziologInnen rund um Javier Auyero an der University of Texas in Austin.



links: »cart«, rechts: »cracking egg«, beide Bilder: Jorge Gonzalez

lebt, obwohl er seit Jahrzehnten als Servicetechniker für Kopiergeräte von Canon arbeitet – anstatt sich gegen die städtische Regierung zu richten, die es nicht schafft, die Siedlungen an der Peripherie mit grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen zu versorgen, und sich weigert, selbst minimale Wohn- und Bebauungsvorschriften durchzusetzen. Ähnlich verhält sich Raven, von der wir erfahren, dass die ›Exotik-Tänzerinnen‹ aus ihrem Stripteaseclub Kunden aus der Arbeiterklasse wie Automechaniker oder Bauarbeiter nicht ausstehen können und meiden, nicht nur weil diese ihnen weniger Trinkgeld geben, sondern »weil die schwitzen und stinken«. Für die Tänzerinnen sind sie der Bezug zur Welt körperlicher Mühsal, von der sie sich sehnlichst abgrenzen wollen, gerade in dem Maße, wie sie selbst immer weiter in deren düstere Untiefen eintauchen.

Prekarität erzeugt Menschenhass. Sie untergräbt die Bereitschaft, sich mit anderen zu identifizieren und Bindungen einzugehen, und damit die Voraussetzungen für Solidarität. Stattdessen nährt sie unter den Enteigneten ein durchdringendes Gefühl von Demütigung. Da wir in einer Zeit leben, in der die traditionellen Institutionen zur Verteidigung der Lohnabhängigen wie die Gewerkschaften gezielt geschwächt wurden und Schule und Bildung für die Reproduktion der eigenen Ar-



beitskraft derart an Bedeutung gewonnen haben, dass man von einer Sakralisierung von Bildungsreferenzen als einer Art »zweitem Kapital« (Bourdieu) sprechen kann, gibt es für die Arbeiter am unteren Rand kaum mehr etwas, auf das sie kollektiv stolz sein könnten. So kommt es, dass sie Ihresgleichen und manchmal sogar sich selbst als wertlos erachten. Sie sind nicht nur politisch entbehrlich und kulturell unsichtbar, sondern sie haben auch ihre gesellschaftliche Ehre und Anerkennung verloren. […]

Tagtäglich wird dieses Gefühl der Schmach am Grund der Gesellschaft noch dadurch verstärkt, dass viele Kontakte mit Kunden persönlicher Dienstleistungen mit Kränkungen und Erniedrigungen einhergehen. Ein vielleicht etwas extremes Beispiel sind die ›unzivilisierten‹ Fahrgäste von Kumar, die ihm nachts in sein Taxi kotzen und ihn daraufhin noch anherrschen, es sei nun einmal sein Job, ihren Dreck wegzumachen. Dies verstärkt gesellschaftliche und symbolische Strategien, sich von ›denen da unten‹ zu distanzieren: »Ich möchte als eine Frau gesehen werden, die schwere Zeiten durchmacht, und nicht als jemand, der benachteiligt ist«, insistiert die 60-jährige Kellnerin Clarissa, die illegal in einem Lagerraum schläft, aber Wert darauf legt, sich vom »Pöbel« abzusetzen, auch von den Obdachlosen. Dieses kollektive Gefühl verleiht auf den ersten Blick individualistischen Erzählungen von Not und Elend eine

gewisse Plausibilität, bei denen die entscheidende Rolle der Institutionen unberücksichtigt bleibt, die jedoch sowohl objektive Positionen als auch subjektive Dispositionen prägen. Sogar eine Community-Aktivistin wie Ella, von der man meinen könnte, sie müsse es besser wissen, übernimmt eine moralistische Erklärung von Armut, wenn sie behauptet, »die vielen Funktionsstörungen in Familien über Generationen hinweg« resultieren aus deren »unverantwortlichem Verhalten«. Sie seien an ihrem Elend also selber schuld.

Das beständige Gefühl von prekär Beschäftigten, gedemütigt zu werden, ist sowohl Ursache als auch Konsequenz ihrer augenfälligen Perspektivlosigkeit, was kollektive Aufstiegsmöglichkeiten anbelangt. Im Gegensatz zum Industrieproletariat [...], dessen kollektive Identität als stolze Erbauer dieser Welt ihnen nicht nur enormen Zulauf verschaffte, sondern auch Geschlossenheit verlieh, ist das postindustrielle Prekariat eine Art Totgeburt, eine Ansammlung disparater Gruppen, zerrissen und gespalten durch verschiedene zentrifugale Kräfte und Impulse. *Jeder sehnt sich danach, ihm zu entfliehen, niemand will Teil davon sein*. Kein Wunder also, dass in dem Buch *Unsichtbar in Austin* die Prekären, die ihre Lage verbessern wollen, durchweg auf persönliches Fortkommen setzen und darauf, soziale Schranken und physische Grenzen individuell zu durchbrechen, auch wenn sie dabei nahestehende Freunde und Familienmitglieder zurücklassen müssen. Sei es vorübergehend oder dauerhaft, wie beispielsweise bei MigrantInnen aus Mexiko, die aufgrund der verstärkten Grenzkontrollen ihre Verwandten nicht länger in die USA bringen oder sie zu Hause besuchen können. Nehmen wir den klassischen Dreiklang von »Exit, Stimme und Loyalität«, mit dem Albert Hirschmann versucht zu fassen, wann sich Menschen gegen die Institutionen, von denen sie im Stich gelassen werden, zur Wehr setzen oder ihnen den Rücken zukehren, in Abhängigkeit davon, wie verbunden sie ihnen waren, dann lässt sich mit Blick auf das urbane Prekariat festhalten: Die Loyalität ist verflogen, die Stimmen sind verstummt, und die Neigung zum Exit, seit jeher tief in die Architektur US-amerikanischer Institutionen eingeschrieben, ist stärker denn je.

All das ist nicht nur der Schwächung der Gewerkschaften geschuldet, sie waren ohnehin nur zeitweilig und in einigen Sektoren und Regionen stark, in Texas haben sie nie eine größere Rolle gespielt. Diese Resignation hängt mit der Schwächung kollektiver Organisationsformen insgesamt zusammen, allen voran der des Staates. Nur sie haben das Potenzial, ein Mindestmaß an Gestaltungsmacht über die Zukunft sicherzustellen, indem sie den Einzelnen vor den Anforderungen des Marktes und der Raubgier der Unternehmen schützen. Im Zentrum der *unsichtbaren Stadt* zeigt sich also eine eklatante und zugleich oft übersehene Lücke, gerissen durch *den organisierten Rückzug des Staates, samt seiner schützenden wie unterstützenden Elemente*. Die Zentralregierung hat sich davongestohlen, aber auch auf der lokalen Ebene haben

sich die Behörden von einkommensschwachen Vierteln und Bevölkerungsgruppen weitgehend abgewandt, für deren Unterstützung sie sich früher einmal zuständig fühlten. Stattdessen locken sie Firmen und einkommensstarke Haushalte in die Stadt – sie ist zu einem Spielplatz der Reichen und Schönen geworden. In U*nsichtbar in Austin* stoßen wir lediglich auf einen Bereich, in dem sich die kommunalen und bezirklichen Behörden noch tatkräftig hervortun: die Strafverfolgung und Bevormundung ›missratener‹ Kinder (und derer Eltern), die im Zuge von sogenannten ›Null-Toleranz-Programmen‹ auf Sonderschulen landen, die nur dem Namen nach noch etwas mit Bildung zu tun haben. Es sollte uns daher nicht verwundern, dass die wenigen kollektiven Aktivitäten, von denen im Buch die Rede ist, darauf gerichtet sind, die Auswirkungen extremer Marginalisierung und repressiver Kontrolle von Teenagern aus armen Familien zu mildern, für junge Frauen Putzjobs zu organisieren oder Kindern von MigrantInnen ohne Papiere einen Weg hin zur Staatsbürgerschaft zu eröffnen; also diejenigen zu unterstützen, die sowohl vom Markt als auch vom Staat diskriminiert werden.

Der Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit, zwischen Sehnsüchten und realen Möglichkeiten, zwischen dem, was sich auf und hinter der Bühne abspielt, droht für viele zu einer existenziellen Zerreißprobe zu werden, die kaum mehr auszuhalten ist: hier die bunte Dienstleistungswelt, bevölkert von emsigen Angestellten, die scheinbar ein gewissen Gefallen an unterwürfigem Verhalten haben, dort die Welt der skrupellosen Ausbeutung von Arbeitskraft ohne jede Sozialversicherung und ökonomische Sicherheit. Eine Möglichkeit, mit diesem Widerspruch umzugehen, ist die Flucht in Traumwelten, wobei sich drei wiederkehrende Muster erkennen lassen: erstens exzessiver ›Geltungskonsum‹, zweitens chronischer Drogenmissbrauch, häufig verbunden mit phasenweisen Sauf- und Fressgelagen, drittens Glücksspiel und (was fast auf dasselbe hinausläuft) die Hoffnung auf ökonomische Unabhängigkeit, indem man sich als Unternehmer selbstständig macht. Der übertriebene Optimismus und Glaube vieler der Protagonistinnen und Protagonisten der *unsichtbaren Stadt*, sich an den eigenen Haaren aus dem Dreck ziehen zu können, trägt fast schon pathologische Züge. Die Sehnsucht, ›ihr eigener Chef‹ zu werden, ist bei genauerer Betrachtung kaum mehr als eine kognitive Strategie zur Bewältigung der seelischen Belastungen, die mit ihrer aussichtslosen Lage einhergehen. Clarissa klammert sich an jeden Hoffnungsschimmer, der etwas Licht in die soziale Düsternis zu bringen verspricht, denn, so ihre Aussage: »Ich habe nicht die Zeit, um lange depressiv zu sein. Es hilft ja nix.« In den USA gibt es eine lange Tradition, auf die sogenannten unwürdigen Armen herabzublicken, die eng mit einer Kultur des *positive thinking* zusammenhängt. Sie hält Menschen dazu an, nie die Hoffnung aufzugeben, verleitet aber auch zu einer Überschätzung einzelner positiver Ereignisse. Die schwierige Lebenssituation des

urbanen Prekariats in den USA hängt aber auch damit zusammen, dass die legalen Instrumente kollektiver Gegenwehr nur schwach ausgebildet sind und sich der Staat rücksichtslos seiner sozialen Verantwortung entledigt hat. So entstand etwas, das man als *strukturell bedingten gesellschaftlichen Eskapismus* bezeichnen könnte. Die Zähigkeit und Belastbarkeit des urbanen Prekariats ließen sich demnach als inspirierendes Anzeichen menschlicher Tapferkeit deuten oder aber als die sinnlose Täuschung einer Bevölkerungsgruppe, die weitgehend entmutigt und perspektivlos ist.

Die in einem Team durchgeführte Studie *Unsichtbar in Austin* behandelt das soziale Leid(en) in einer US-amerikanischen Technopole. Angesiedelt zwischen Stadtforschung, Sozialgeschichte und Arbeitssoziologie, liefert sie reichhaltiges Material, das die existenziellen Konturen des gegenwärtigen Prekariats nachzeichnet. Abgesehen von seinem empirischen Gegenstand gibt es mehrere Gründe, warum dieses Buch lesens- und bedenkenswert sowie von seinem Ansatz her vorbildlich ist. Zunächst einmal zeigt es, dass Soziologinnen und Soziologen anschauliche und facettenreiche Darstellungen des gesellschaftlichen Lebens liefern und eine Metropole auf den Seiten eines Buches tatsächlich zum Leben erwecken können. [...] Die Soziologie vermag also, belastbare analytische Kategorien mit sich wandelnden popularen Denkweisen zu verschränken, von denen die alltäglichen Lebensrealitäten geprägt sind. Es gelingt ihr, die Eigenheiten persönlicher Lebensumstände auszuloten und sie gleichzeitig auf unpersönliche Zwängen sowie unsichtbare Mechanismen in der Gesellschaft zu beziehen. Darüber hinaus verfügt die Soziologie über narrative Techniken und Begriffe der Geisteswissenschaften, mit denen sich nicht nur strukturelle Konzepte und Ideen mit empirischen Leben füllen lassen, sondern auch umgekehrt sich anhand konkret situierter sozialer Wesen etwas über gesellschaftliche Strukturen erfahren lässt.

Es bedarf dreier Voraussetzungen, um eine derart lebendige soziologische Beschreibung hervorzubringen, die es den Lesern erlaubt, in einer Art spiralförmiger Bewegung in das Alltagsdasein der Subjekte einzutauchen und nachzuvollziehen, wie sich gesellschaftliche Zwänge in menschlichem Fleisch und in menschlicher Gestalt niederschlagen. Die erste ist eine *Landkarte der sozialen Welt*, die ihrer Mehrdimensionalität Rechnung trägt und es erlaubt, Menschen in einem Raum von Möglichkeiten zu verorten, die jedoch klar davon abhängen, wie die Ressourcen in den jeweils untersuchten Räumen verteilt sind. Zweitens bedarf es einer hohen Sensibilität gegenüber den Details des Alltagslebens, um die impliziten Kategorien der Wahrnehmung, die dort verankerten Fähigkeiten und die damit verbundenen Sehnsüchte einzufangen, also das, was Bourdieu unter den Begriff des Habitus gefasst hat und dessen dynamisches Zueinander erst konkrete Menschen ausmacht und antreibt. Und drittens sollte man das Handwerk des Schreibens beherrschen, damit der am Ende stehende Text

die erlebte Realität, die eingefangen und veranschaulicht werden soll, nicht wieder auslöscht. Javier Auyeros betont: »Es ist wichtig, die Menschen gut kennenzulernen!« Dies wäre zu ergänzen um: »Es ist wichtig, ihr Leben gut darzustellen«.

Aus der Wissens-, Kunst- und Wissenschaftssoziologie ist bekannt, dass Wissensproduktion und Schreiben im Wesentlichen kollektive Tätigkeiten sind. So besteht ein weiteres Verdienst der Studie darin, die Vorzüge von kollektiver Forschung zu dokumentieren. [...] Hier zeigt sich, wie hilfreich gegenseitige Unterstützung und Kontrolle an verschiedenen Stellen sein können, wie dadurch das Forschungsdesign aller Mitwirkenden verbessert wurde und ein gemeinsames, kohärentes Buch entstand, das mehr ist als die bloße Summe seiner einzelnen Kapitel. Schließlich bietet *Unsichtbar in Austin* vielfältige Ansatzpunkte für weiterführende Forschung, aber auch für nachahmende Studien. Es wäre eine Untersuchung denkbar, die uns quer durch den sozialen Raum führt und auch Menschen einbezieht, die die mittleren und oberen Ränge der Gesellschaft bevölkern. So würde das vorhandene Porträt von Austin, das sich auf die gesellschaftlichen Ränder konzentriert, zu einem Triptychon, das die vollständige Klassenstruktur und Textur der Stadt abbilden würde: die Armen, die in der Mitte und die Reichen. Darüber hinaus könnten in einer Art Längsschnittstudie dieselben Personen zusammen mit einer weiteren Untersuchungsgruppe von Menschen mit ähnlichem Hintergrund nach fünf, zehn und zwanzig Jahren erneut zu ihrer Lebenssituation befragt werden, um die Wirkung der Zeit einzufangen. Eine dritte Möglichkeit bestünde darin, den Text mit Audio-, Video- und grafischem Material anzureichern und damit Nutzen aus verschiedenen Analyse- und Darstellungsformen zu ziehen. Am Ende könnte daraus ein sich ständig weiter zu entwickelndes Online-Archiv des Lebens in der texanischen Metropole Austin entstehen. Eine vierte denkbare Weiterführung wären Untersuchungen, die sich mit der Bandbreite geografischer Räume und mit ganz unterschiedlichen Arten von Städten befassen. Ayuero und seine Studierenden haben Bourdieus Studie zum gesellschaftlichen Elend in Frankreich am Ende des 20. Jahrhunderts zum thematischen und methodologischen Ausgangspunkt genommen, um sich mit den Schattenseiten Austins zu beschäftigen. Es wäre zu hoffen, dass *Unsichtbar in Austin* wiederum andere Soziologinnen und Soziologen dazu anregt, ähnliche kollektive Untersuchungen zu möglichst vielen anderen US-amerikanischen Städte durchzuführen, sodass sich bei entsprechender Anordnung daraus nach und nach ein patchworkähnliches soziologisches Porträt der sich wandelnden Topografie der Städte der Vereinigten Staaten zusammenfügen ließe – von innen heraus und von unten betrachtet.

Aus dem Amerikanischen von Anne Steckner

DIE ZUKUNFT BEGINNT HEUTE

CHRISTINA KAINDL

»… die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. […] Alles Ständische und Stehende verdampft.« (Kommunistisches Manifest)

Im Zentrum des Kapitalismus steht die Zukunft. Seine sozialen Formen können veralten, aber er ist nicht altbacken. Verwertung sucht fortwährend neue Grenzen, die in Schranken verwandelt und überwunden werden: die Poren des Arbeitstages schließen, die weißen Flecken auf dem Globus kapitalisieren, die Mittel der Reproduktion zu Waren machen, Raum und Zeit vernichten, indem die Produktion um den Globus gestreut und *just in time* kommuniziert wird. Wie Digitalisierung und Industrie 4.0 eine neue Zukunft einläuten, kann noch nicht ausgemacht werden. Technik und Produktivität setzen sicherlich zum nächsten Sprung an. Auch in welchen sozialen Formen das gelebt werden wird, ist unklar: als Massenerwerbslosigkeit, weil Produktivitätswachstum weiter mit steigender Ausbeutung verbunden ist, statt

die Arbeitszeit gerechter und zum allgemeinen Wohlsein zu verteilen, oder als ein neues soziales Gleichgewicht auf Grundlage konsequenter Verteilungspolitik? Die Zukunft ist offen, aber nicht beliebig. Sie entspringt nicht einfach technischen Innovationen. Fürs Erste wird der 3-D-Drucker die Trennung zwischen Kapital und Arbeit nicht aufbrechen, auch wenn wir uns in Zukunft unsere Zahnspange oder unser Designobjekt selbst ausdrucken können. Die Produktionshalle, eher technisch als ›3-D-Drucker‹ zu bezeichnen, in der eine chinesische Firma im vergangenen Jahr begonnen hat, Häuser ›auszudrucken‹, maß 150 x 10 x 6,6 Meter. Dass Millionen Endverbraucher diese im Alltag anwenden, ist vorerst nicht zu erwarten. An den verschiedenen Schüben von Hochtechnologisierung und daran, wie ›der Markt‹ bis zu den Beschäftigten am Produktionsband vordringt, haben wir gesehen, wie der Mensch neben die Maschine tritt – und bisweilen abtritt. Allein die technische Entwicklung oder der Umstand, dass Anleitungen für 3-D-Drucker im Internet zugänglich sind und teils außerhalb des Lohnverhältnisses programmiert wurden, wird den Kapitalismus jedoch so wenig in Luft auflösen, wie es die Beteiligung von Beschäftigten am Unternehmenseigentum mittels Aktien tat.

DIE ZUKUNFT IST OFFEN

Da Zukunft offen ist, wird Handeln vervielfältigt, um Risiken zu verringern (vgl. Rilling 2014, 18). Das schließt ein mögliches Ende der Zukunft, zumindest der Menschen auf dem Globus nicht aus. Die Denkfigur einer Erde ohne Menschen und einer Zukunft als Katastrophe ist mit der Romantik aufgekommen. Nicht erst seit der Gefahr eines Nuklearkriegs oder einer Klimaapokalypse ist dieser Bezug auf eine katastrophische Zukunft auch in linken Diskussionen präsent. Spätestens seit Rosa Luxemburgs *Sozialismus oder Barbarei* ist die Bedrohung der kapitalistischen Zukunft ein fester Bestandteil linken Denkens. Auch die Barbarei verändert ihre Gestalt: die ersten Massenvernichtungswaffen der Weltgeschichte, der Vernichtungskrieg der Nazis, Hungerkatastrophen, Militärdiktaturen. Sie erweist sich als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu neuen Verwertungsstrategien und Regulationsformen.

Die Befreiung der Menschen und die der gesellschaftlichen Reproduktion von der Notwendigkeit menschlicher Arbeit ist der Möglichkeit nach ein Glück. Jürgen Kuczynski sprach schon in den 1990er Jahren davon, dass die notwendige Arbeit – wäre sie gerecht verteilt – in Zukunft auf einen Bruchteil sinken könnte, zwei Tage pro Woche oder gar eine begrenzte Arbeitsphase im Leben von einigen Jahren. Bleiben die zentralen Dimensionen des Kapitalismus unangetastet, ist diese Vision für die meisten Menschen jedoch mit Schrecken verbunden. Dann bedeuten kürzere Arbeitszeiten eine Verdichtung von Arbeit, statt deren Umverteilung. Solange es keinen Transfer des gesellschaftlichen Reichtums von Unternehmensgewinnen zu Löhnen gibt, ist auch bei kürzerer Arbeitszeit eine volle

CHRISTINA KAINDL leitet den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der Partei die LINKE. Sie war jahrelang in linken Bewegungen aktiv und ist Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

Teilhabe an der Gesellschaft nicht möglich. Diese setzt voraus, dass aus dem gemeinsam Erarbeiteten auch die gemeinsamen Garantien des Lebens, der Bildung, Kultur und Erholung gebildet werden, als öffentliche Daseinsvorsorge und als Commons. Ein Mehr an Zeit ohne Existenzangst würde Fragen des Zusammenlebens und der Demokratie in den Mittelpunkt rücken: Wie wollen wir leben, was wollen wir wie produzieren, wie lässt sich Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten? Können die Kommunikationstechniken helfen, Demokratie zu vertiefen? Fragen für eine offene Zukunft. Sie sind der schwankende Horizont, behelfsmäßig gesprochen als Sozialismus – grün, demokratisch und lustvoll –, auf den sich linkes Zukunftsdenken bezieht.

Mit dem Untergang des Staatssozialismus sollte es ein Ende haben mit einer gänzlich anderen Zukunft. Die Struktur der Zeit selbst wurde dem Markt und der Spekulation überlassen. Die Zukunft sollte zwar schnell, ungeahnt, neuartig und vielfältig sein, aber eben nie wieder grundlegend anders. Klaus Holzkamp hat als ein Charakteristikum des »deutenden Denkens« ausgemacht, dass es die Möglichkeit verändernden Handelns von vornherein ausschließt, dass Zukunft nur so gedacht werden kann, dass sie »keine neuen Entwicklungen und Qualitätsstufen [erbringt], sondern lediglich als eine *Extrapolation*, quasi ›*Reihenbildung*‹ der Struktur *des ›Unmittelbaren‹ auf dem zeitlichen Kontinuum*« (1983, 389, Herv. im Original). Die Herausforderung an linkes Denken ist, Entwicklungsdenken zu sein: Zukunft kann nicht ›mehr vom Gleichen‹ sein, nicht einfach bunter und schneller. Sie kann den gegebenen Zustand nicht einfach überspringen. Ohne seine Haken in die Gegenwart zu schlagen, bleibt Entwicklungsdenken Wunschdenken, kitschig und folgenlos. Die Pfade der Transformation müssen beim Gehen geschaffen werden. Dass die Gegenwehr machtvoll ist, betont Gramscis Begriff des »Stellungskriegs«. Es geht auch um die Nachschublinien, um das gesamte »industrielle und organisatorische System des Territoriums« (Gramsci 2012, 1588). Das Terrain wandelt sich mit jeder Auseinandersetzung.

VERSTELLTE ZUKUNFT

Die Bundesregierung hat eine enorme Fähigkeit, Strukturen unangetastet zu lassen, die Verhältnisse zu versteinern und gleichzeitig zu vermitteln, dass es vorangehe, für alle gesorgt sei. Dabei zeigt sich aus unterschiedlichen Perspektiven, dass eine Fortsetzung des Bestehenden die Zukunft der Mehrheit der Menschen gefährdet, dass es so nicht weitergehen kann. Das Modell der Produktion beruht auf Exportmaximierung und Prekarisierung, es verschärft die Widersprüche von arm und reich. Im Zentrum des finanzgetriebenen Kapitalismus steht die Wette auf die Zukunft. Diese kennt aber keine gesellschaftliche Verantwortung. Der finanzgetriebene Kapitalismus kann nur überleben, wenn er Gesellschaft und Natur ohne Hemmung malträtiert: durch die Umverteilung der Einkommen und Vermögen, durch die Inwertsetzung weiter Bereiche des öffentlichen Eigentums, durch eine Politik, die Löhne senkt, die die Versorgung der Bevölkerung beständig verschlechtert und öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert. Viele Menschen erwartet im Alter ein Leben in Armut. Die hohe Kinderarmut, besonders in Familien mit Alleinerziehenden, symbolisiert einen rabiaten Umgang mit der

nächsten Generation: Wir hinterlassen eine zerstörte Umwelt und kaum Ansätze für eine nachhaltige Produktion, Mobilität, Energiegewinnung. Eine marode öffentliche Infrastruktur, Schulen, in denen es auch mal durchs Dach regnet, Krankenhäuser, die sich mit Vorliebe der Reichenpflege widmen, und eine Politik, die all das als Fortschritt preist. Sie hat die soziale Ungleichheit so weit verschärft, dass gesellschaftliche Kohärenz, selbst Innovation und Fortschritt, bedroht sind. Arbeiten und Leben sind prekär geworden: mit der systematischen Überforderung der einen und der strukturellen Unterbeschäftigung der anderen, ob im Verkauf, in der Pflege oder in der Produktion. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben, ihr Leben nicht planen, oder sie haben gar keine Arbeit. Die Zukunft ist ihnen unsicher, der Stress macht sie krank.

Die Konzentration von Reichtum geht einher mit der Konzentration von Macht. Die wirtschaftliche Vormacht der Bundesrepublik setzt sich nicht in Wohlstandsgewinnen für die Mehrheit fort. Nicht in Europa, wo viele Menschen am Abgrund stehen, aber nicht einmal in Deutschland. Sie tastet die soziale Spaltung der Beschäftigten nicht an. Die Regierung hat kein Konzept für die Konversion umweltschädlicher und zerstörerischer Industrien, das gute Arbeitsplätze schafft. Die Privatisierungen belasten die Menschen mit Ausgaben für Leistungen, die der Staat als Gegenleistung für gezahlte Steuern bereitstellen sollte. Selbstverständliches wie Wohnen und Mobilität wird zum Problem, profitorientierte Gesundheitsversorgung zum Gesundheitsrisiko. Wissen, das von allen erwirtschaftet wurde und allen nutzen sollte, wird zur privaten Kommerzsache.



Solidaritätskundgebung für die von SYRIZA geführte Regierung in Athen während der Verhandlungen mit der Eurogruppe in Brüssel, Februar 2015, © Aggeliki Koronaiou

Die Vormachtstellung der Bundesrepublik in Europa und die von wirtschaftlichen Interessen getriebene internationale Politik reißen eine tiefe Kluft. Statt sozialer Gerechtigkeit und einer Vertiefung der Demokratie werden die Strukturen der EU systematisch gegen demokratische Ansprüche abgeschirmt. Nationalstaatlich verfasste parlamentarische Verfahren werden unter den Vorzeichen marktkonformen Krisenmanagements ausgehebelt. Sie reichen nicht an die Herausforderungen einer sozial gerechten und ökologisch zukunftsfähigen Globalisierung heran. Die organisierte Rechte nutzt dies und macht mobil.

WESSEN ZUKUNFT?

Dieses Modell ist nicht zukunftsfähig – was nicht über die Innovationskräfte des Kapitals täuschen darf. ›Zukunftsfähig‹ kann nur ein starker, emphatischer Begriff sein: Er beantwortet die Frage: Wessen Zukunft?, und fordert Zugewinne an Wohlstand, Selbstbestimmung und Teilhabe an gesellschaftlichem Reichtum und politischen Entscheidungen für alle.

Quer durch Europa und um die halbe Welt hat diese Politik den Ruf nach ›echter Demokratie‹, nach der Entmachtung des einen Prozent ausgelöst. Aus den Bewegungen sind verschiedene Verdichtungen, Projekte und neue linke Parteien entstanden. Wie sieht eine linke Strategie aus, Zukunft ins Jetzt zu ziehen, ohne im Gegenwärtigen unterzugehen? Diese Kunst muss erst entwickelt werden. Liebgewordene Gegenüberstellungen müssen aufgegeben werden: radikale Forderungen, die nur wenigen etwas bedeuten, weil sie keine Verbindung zum eigenen Leben haben, auf der einen, pragmatische Orientierungen innerhalb des Machbaren, die keine Verbindungen zu den Wünschen und Interessen der Vielen aufnehmen können, auf der anderen Seite. »Die politische Schlüsselaufgabe dabei ist, Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn (Musil) zueinanderzubringen, im Wirklichen das Mögliche zu finden und im Möglichen das Realistische, Wirklichkeitsfähige – ohne im Wirklichen das Mögliche und im Möglichen das Wirkliche zu verlieren« (Rilling 2014, 44).

Diese Kunst hängt zusammen mit dem Denken in Entwicklungspfaden. Das englische Wort *trajectories* fasst es besser: Es bezeichnet nicht nur die Flugbahn etwa eines Geschosses, sondern auch das Feld, das damit durchmessen wird. Transformationen lassen sich nicht in ihren Entwicklungspfaden planen, doch die weiteren Flugbahnen und das von ihnen durchzogene Feld müssen Teil der strategischen Überlegungen sein: Wie verschieben sich die Kräfteverhältnisse, wo entstehen neue Akteurskonstellationen, wo können Projekte verbunden werden? ›Einstiegsprojekte‹ stehen nicht für sich. Ob aus Konzepten Projekte und aus Projekten ›Einstiege‹ werden, hängt von ihrer aktiven Verknüpfung ab. Die Frage, wer sich damit verbinden kann, welche Einstiege zusammengezogen werden können, wie sich übergreifende Plattformen ergeben können, gehören von Anfang an dazu. In diesem Sinne schrieb Greg Sharzer »smalls-scale-alternatives won‘t change the world« (2012). Einstiegsprojekte können ein strategisches Labor sein, in denen »die Köchin lernt, die Führung zu übernehmen« (Lenin), in denen die Menschen sich als Aktive, als politisch handlungsfähig erfahren. Um die Welt zu verändern, müssen sie über ihren Tellerrand hinaus. Und nach den Einstiegen muss das Terrain neu vermessen werden, wartet ein neuer Stellungskrieg in veränderter Konstellation. Linke Parteien können hier eine wichtige Funktion haben. Sie müssen nicht nur plurale politische Angebote machen, sondern Verbindungen zu verschiedenen Reformakteuren und linken Projekten aufbauen. SYRIZAs Erfahrung zeigt, dass der Prozess keine Addition und auch kein bloßes Bündnis sein kann: Aus den ganz unterschiedlichen Ansatzpunkten muss ein gemeinsames Projekt werden, das zumindest auf mittlere Frist trägt. Alle Akteure, Parteien wie Bewegungen, werden sich in diesem Prozess auch selbst verändern müssen. Sie sind nicht bloß

Mosaiksteinchen, die zusammengefügt werden können. Dabei mag die humanitäre Katastrophe in Griechenland ein solches Projekt gewissermaßen ›erleichtern‹, weil sie fokussiert. In Deutschland ist die Aufgabe schwieriger – zivilgesellschaftliche Institutionen, die dringend für eine Veränderung gebraucht würden, sind Teil des gesellschaftlichen Blocks an der Macht. Das politische Feld auch der emanzipatorischen Alternativen ist fragmentiert: Immer noch gelingt es den Grünen, die Aktiven in der sozialökologischen Transformation auf sich zu orientieren und sich gleichzeitig einem gemeinsamen Projekt zu versperren. Viele gewerkschaftlich Aktive setzen weiter auf die SPD, auch wenn diese keine Anstalten macht, die Spaltungen der Beschäftigten so zu bearbeiten, dass eine neue Klassenpolitik sichtbar würde. Die Erwerbslosenbewegungen sind erschöpft, und nur an wenigen Punkten bilden sich neue Bündnisse, die Perspektiven verbinden. Eine selbstbewusste Armenbewegung hat sich hier kaum gebildet. Und die Fähigkeiten der Selbstrepräsentation und des Community Organizing, wie sie in den USA verbreitet sind, sind bislang keine Massenerscheinung. Auch diese Funktion müssten Einstiegsprojekte und exemplarische politische Praxen erfüllen. Wie dies aussehen könnte, muss in gleicher Weise Teil einer Diskussion um die Zukunftsfähigkeit linker Politik sein wie die Entwicklung von konzeptionellen und strategischen Fragen.

Eine offene Zukunft zurückzugewinnen und beiseitezuschieben, was die Zukunft verstellt: Dies wird nur gegen die gegenwärtige Politik und Regierung entwickelt werden können, nicht mit ihr. Ob es gelingt, aus dem aktuellen Machtblock Teile herauszubrechen und für ein gemeinsames Projekt zu gewinnen, wird sich nicht allein durch Gespräche klären lassen. Die Kräfteverhältnisse müssen verschoben werden. Dafür bedarf es der vielen Aktiven in Gewerkschaften und Bewegungen, in Bürgerinitiativen für Rekommunalisierung und gegen steigende Mieten. Es bedarf der »gesellschaftlichen Partei« (Gramsci), der Gegenkräfte, die der Möglichkeit nach für eine andere Hegemonie stehen. Doch sie muss sich erst finden. Die LINKE kann, wenn sie gut ist, als Scharnier dienen, als Hilfestellung für die Herausbildung eines »Kollektivwillens« (Gramsci). Die Zukunft zurückzugewinnen, muss ein gesellschaftlicher Prozess sein, in der Diskussion dazu können nicht nur ExpertInnen und PolitikerInnen zu Wort kommen, sie geht alle an. Zukünfte beginnen immer jetzt. Sie müssen den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen abgerungen werden: Zukunftsfragen können nicht losgelöst von ökonomischen und Machtfragen angegangen werden. Gleichzeitig geht linkes Zukunftsdenken und -handeln um die große Unterbrechung des Gegebenen. Die radikale »Utopie ist kein fixes Ziel, sondern immer ein Horizont in Bewegung« (Umberto Eco). Die sozialistische Tradition hat diesen Gedanken auf neue Füße gestellt. Zukunft kommt nicht auf uns zu. Wir machen sie in der Bewegung. Indem wir uns bewegen.

LITERATUR

Gramsci, Antonio, 2012: *Gefängnishefte*, Heft 7, Berlin/Hamburg
Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Berlin/Frankfurt/M
Marx, Karl, 1848: *Kommunistisches Manifest*, MEW 4, Berlin
Rilling, Rainer, 2014: Transformation als Futuring, in: Michael Brie (Hg.): *Futuring*, Münster, 12-49
Sharzer, Greg, 2012: *No Local. Why small-scale-alternatives won't change the world*, Winchester

IM MORGEN VERANKERN

LINKE STRATEGIEN FÜR EINE VERÄNDERTE ZUKUNFT

KATJA KIPPING

An die Zukunft denken viele, zumindest in politischen Begriffen, momentan lieber nicht. Wer kann es ihnen verdenken, Grund für schlechte Laune gibt es, wohin man schaut: Krieg in der Ukraine, Terroranschläge in Paris und Kopenhagen, Elend in Südeuropa, Prekarisierung selbst im Land des ›Exportweltmeisters‹ und Rassismus auf den Straßen. Es scheint heute oft einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus, wie der Kulturtheoretiker Mark Fisher die Hoffnungslosigkeit im Neoliberalismus beschrieb.

Keine guten Zeiten für eine demokratisch-sozialistische Partei, könnte man meinen. Doch es gibt auch zahlreiche Ansätze, die eine ganz andere, hoffnungsvolle Perspektive vorstellbar machen. Manchmal sind sie klein, wie Anti-Privatisierungs-Projekte, Initiativen solidarischer Ökonomie oder demokratische Bürgerhaushalte in den Kommunen; manchmal groß, wie die Konzepte für eine gerechtere Finanzordnung in Europa oder einen

sozialökologischen Wandel im Energiesektor. Soziale Bewegungen und neue linke Parteien zeigen, dass die Linke vielleicht europaweit vor einem Comeback steht.

Es gibt also keinen Grund, sich in den eigenen vier Wänden zu verkriechen. Wer nicht heute an morgen denkt, überlässt dessen Gestaltung anderen. Und wohin die Ideen der neoliberalen Eliten und ihrer Thinktanks geführt haben, konnten wir in den letzten Jahren zur Genüge erleben. Die Linke braucht ein überschießendes utopisches Moment. Anders als die Rechte kann sie ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit borgen, sondern nur aus der Zukunft ziehen. Sie muss also über den Tag hinaus denken, will sie ihren eigenen gesellschaftskritischen und gesellschaftsverändernden Anspruch ernst nehmen.

HARTZ-IV-PARTEI?

Das gilt insbesondere für die Partei die LINKE. Schließlich hat der erfolgreiche Aufbau einer gesamtdeutschen Partei links von der SPD in den letzten zehn Jahren wesentlich auf politischen Pfeilern beruht, die eine zukunftsfähige Parteientwicklung nicht mehr allein tragen können. Kaum etwas veranschaulicht das besser als die jungen Leute, die auf unsere Forderung »Hartz IV muss weg« entgeistert mit der Frage reagieren: »Wie? Das wollt ihr uns jetzt auch noch wegnehmen?« Natürlich bleibt der Kampf gegen Hartz IV und gegen die Agenda-Politik für die LINKE zentral. Das reicht aber nicht, es sind darüber hinausweisende, nach vorne gerichtete Konzepte gefragt. Gerade das offensichtliche Scheitern des Finanzkapitalismus macht deutlich, dass wir eine Vision von Gesellschaft, eine attraktive Erzählung und entsprechende Einstiegsprojekte brauchen. Die LINKE läuft sonst Gefahr, tatsächlich zu einer jener wenig attraktiven »Jammerparteien« (Hardt/Negri 2013, 99) zu werden – und den Veränderungsbegriff am Ende der Rechten zu überlassen. Die ›neue soziale Idee‹, wie eine Forderung aus unserer Gründerzeit lautet, muss ausformuliert und wetterfest gemacht werden. Mit anderen Worten: Es braucht, wie Bernd Riexinger und ich es in unserem Parteientwicklungspapier formuliert haben, »neue strategische Anker für die Partei« (Kipping/Riexinger 2013).

KATJA KIPPING steht an der Spitze der Linkspartei und gleichzeitig für deren Attraktivität in sozialen Bewegungen, libertär-urbanen Millieus und unter kritischen Köpfen. Seit Jahren kämpft sie gegen die Sanktionspraxis des Hartz-IV-Regimes, für ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine Care-Revolution. In den Pausen tanzt sie – mit oder ohne ihre Tochter.

FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT

Wie können die aussehen? Dafür gibt es natürlich keinen Masterplan, und in einer pluralen Partei sind und bleiben verschiedene Zugänge und Traditionen gerade die Bedingung des gemeinsamen Erfolges. Es lassen sich aber durchaus erste Umrisse einer Zukunft skizzieren, die es zu diskutieren lohnt. Ob »Umverteilung«, »Zukunft der Arbeit«, »Zukunft des Öffentlichen«, »Sozialökologischer Wandel« oder »Aneignung der Demokratie« – in zentralen Politikfeldern liegen Ansätze vor, die linke Politik auf der

Höhe der Zeit reformulieren, indem sie Freiheit und Gerechtigkeit als ein Bedingungsverhältnis begreifen und nicht, wie die Rechte glauben machen will, als Gegensatz. Das heißt, dass hier Werte der Neuen Linken wie Selbstbestimmung, Dezentralisierung und Kreativität aufgenommen und mit sozialer Gleichheit verbunden werden. Und dass die fordistische Fokussierung auf das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, die Vorstellung vom (National-)Staat als vermeintlich alleinigem Ort des Politischen und die herrschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern überwunden werden. Eine postfordistisch informierte Linke vermeidet die falsche Alternative zwischen ›Anpassung an die Technokratie des neoliberalen Wettbewerbsstaats‹ und ›Verteidigung fordistischer Errungenschaften‹. Sie begreift stattdessen die berühmte soziale Frage als eine Frage nach der umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche. Das schließt die Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe und Subjektivitäten als Ressourcen einer solidarischen Gesellschaft sowie die Überwindung der Vorstellung von einem homogenen politischen Subjekt zugunsten von Netzwerkkonzepten ausdrücklich mit ein. Dies ist kein Zugeständnis an den Neoliberalismus, sondern vielmehr die Einsicht, dass dessen Erfolg gerade auch auf der selektiven Integration emanzipatorischer Kämpfe und dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung beruht. Beides gilt es in sozialistischen Zukunftsentwürfen aufzuheben, sie aus der neoliberalen ›Zurichtung‹ zu befreien.

Die Bewegungen in Südeuropa zeigen, dass es der Linken gelingen kann, aus der strategischen Defensive herauszukommen, wenn sie soziale Ausgrenzung als Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe und Mitbestimmung und nicht nur als ein Verteilungsproblem thematisiert. Unsere Forderung nach Abschaffung aller Sanktionen im Hartz-IV-Regime verknüpft schon exemplarisch soziale und Bürgerrechte. Gleiches gilt für das feministische Streiten für Zeitsouveränität: In der Forderung nach einem neuen gesellschaftlichen Zeitregime, für das die Vier-in-einem-Perspektive (vgl. Haug 2011) als Kompass dienen kann, liegt das Potenzial, Fragen der Lebensführung von links zu politisieren und einen Ausbau Sozialer Infrastrukturen kulturell so einzubinden, dass sie tatsächlich eine veränderte Arbeitsteilung und neue Geschlechterarrangements ermöglichen. Auch das Engagement für Bewegungsfreiheit und eine gelebte Willkommenskultur in Bezug auf die Aufnahme von MigrantInnen und Flüchtlingen bieten ähnliche Chancen.

PARTEI DER ZUKUNFT

Eine all das aufnehmende ›Partei der Zukunft‹ eröffnet zugleich wahlstrategisch neue Perspektiven, indem sie ein Angebot für das urbane, links-ökologisch orientierte Milieu macht. Das könnte sich noch als wichtig erweisen. Denn es liegt nicht zuletzt am »fordistischen Stallgeruch der LINKEN« (Schlemermeyer 2014), der ihr in der öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor zugeschrieben wird, dass in Großstädten viele junge Menschen, die eigentlich linke Positionen vertreten, dann doch wieder Grüne oder Piraten wählen. Es gibt aber keinen Grund, dass das so bleiben muss. Mit einem Bekenntnis zu grenzübergreifender Politik und Lebensqualität statt etwa ›Wachs-

tum‹ ist die ›Generation Erasmus‹ durchaus für die LINKE ansprechbar. Die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland macht das urbane Milieu parteipolitisch bereits jetzt noch heimatloser. Außerdem hat die SPD gezeigt, dass sie zwar hier und da kleine soziale Korrekturen durchsetzen will, aber selbst die sollen – siehe Flüchtlingspolitik, Entwicklungshilfe oder prekäre Beschäftigung – nur für jene gelten, die bereits »fleißige Ameisen« im Standort Deutschland sind (Rötzer 2013). Das eröffnet für die LINKE ein weites Feld möglicher Aktivitäten. Übrigens nicht nur im Sinne der Verteidigung von Interessen, die vom autoritären Wettbewerbsstaat links liegen gelassen werden, sondern auch in Form einer parteipolitischen Begleitung der gesellschaftlichen Entwicklung von Alternativen. Trotz aller Unterschiede der Situation: SYRIZA hat gezeigt, dass dies grundsätzlich gelingen kann, wenn eine linke Partei versucht, sozialen Bewegungen und Basisinitiativen medial, rechtlich und finanziell den Rücken freizuhalten.

Allerdings bleibt es eine Herausforderung, eine zugespitzte Ansprache zu finden, die mobilisierend in jene Milieus hineinwirkt, die sich von Politik eigentlich nur noch abwenden. Das meint nicht zuletzt, die Frage nach den Perspektiven eines neuen Linkspopulismus zu stellen (vgl. Laclau in *LuXemburg* 1/2014). Denn Organisationen repräsentieren nicht einfach existierende Interessen, sondern stellen das Feld der Repräsentierten aktiv her. Hier braucht es eine schonungslose Analyse des Ist-Zustandes und zugleich eine Idee jener Momente, in denen sich das Morgen schon im Heute abzeichnet. Dabei helfen weder blinder Technikoptimismus noch ein ängstlicher Kulturpessimismus. Vielmehr braucht es Mut, Dinge infrage zu stellen, und kreative Offenheit.

Genau an diesem Punkt setzt die »Linke Woche der Zukunft« an (vgl. Rosa-LuX Kompakt in diesem Heft). Die Lücke zwischen parteipolitischem Tagesgeschäft und abstrakter Utopie soll hier ergebnisoffen und sowohl im Hinblick auf die Analyse des Heute als auch die Möglichkeiten der Zukunft diskutiert werden. Eingeladen sind natürlich alle Mitglieder der Partei, aber auch andere kritische Köpfe und HeldInnen des Alltages. Das kann der Jobcenter-Mitarbeiter sein, der keine Sanktionen verhängt, die kritische Polizistin oder der engagierte Netzaktivist.

Ein so offenes Angebot zur Diskussion – jenseits des Entscheidungsdrucks (und gelegentlich ja auch Fraktions- bzw. Strömungszwangs) bei Parteitagen und in Gremiensitzungen – hat es in dieser Partei seit ihrem Bestehen als LINKE noch nicht gegeben. Die Chancen stehen insofern gut, dass die Zukunftswoche ihren Anspruch, ein Labor zur Entwicklung neuer strategischer Anker zu sein, erfüllen wird.

LITERATUR

Hardt, Michael und Antonio Negri, 2013: *Demokratie – Wofür wir kämpfen*, Frankfurt/M

Haug, Frigga, 2011: Vier-in-einem-Perspektive – Kompass für die politische Praxis, in: *LuXemburg* 2/2011, 122–127

Kipping, Katja und Bernd Riexinger, 2013: Verankern, verbreitern, verbinden, http://www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden/

Rötzer, Florian, 2013: Die kleinen und fleißigen Leute der SPD, http://www.heise.de/tp/blogs/8/155405

Schlemermeyer, Jan 2014: Die LINKE: Mehr als Arbeit und Sozialstaat!, http://www.zeitschrift-luxemburg.de/die-linke-mehr-als-arbeit-und-sozialstaat/

KRISE, KOMMUNIKATION, KAPITALISMUS

ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE SOZIALER MEDIEN

CHRISTIAN FUCHS

In der Auseinandersetzung mit sozialen Medien ist von bürgerlichen DenkerInnen immer wieder zu hören, dass Plattformen wie YouTube, Facebook, Instagram, Twitter und Pinterest zum Aufstieg einer partizipativen Kultur geführt haben (vgl. Jenkins et al. 2013). Der Begriff der Partizipation wird dabei jedoch etwas vereinfachend als die Schaffung von nutzergenerierten Inhalten und Publikumsbeteiligung verstanden. Staughton Lynd (1965) hat den Begriff der partizipativen Demokratie in die akademische Debatte eingeführt, um die Organisationsprinzipien der *Students for a Democratic Society* in den USA zu analysieren. In Weiterentwicklungen dieser Theorie geht es darum, die gesamte Gesellschaft als Sphäre der Politik zu verstehen, also auch die Ökonomie als einen durch die unmittelbaren ProduzentInnen demokratisch zu kontrollierenden Bereich (vgl. Macpherson 1970, Pateman 1970). Kapitalistisches Privateigentum gilt in dieser Logik als eine Form der Diktatur.

Unter den zehn meistgesehenen Videos aller Zeiten auf YouTube ist nur ein einziger, der nicht von einem großen Musik- und Multimediakonzern wie Universal, Sony oder YG Entertainment stammt.[1] Kapitalistische Konzerne kontrollieren die Onlineaufmerksamkeitsökonomie. YouTube, Facebook, Twitter und andere private soziale Medien sind also keine Formen einer partizipativen, sondern einer stratifizierten Kultur, in der sich gesellschaftliche Machtasymmetrien manifestieren.

MEDIENWAREN

Karl Marx (1867, 49) beginnt *Das Kapital* mit den Worten: »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ›ungeheure Warensammlung‹, die einzelne Ware als seine Elementarform.« (49) Medienwaren können Technologien, Zugang, Inhalte und das Publikum sein. Der kanadische marxistische Medienökonom Dallas Smythe (1977) sprach davon, dass im Fall von werbefinanzierten Medien das Publikum Arbeit leistet und die Aufmerksamkeit produziert, die an Werbetreibende als »Publikumsware« verkauft wird. Er wandte sich mit dieser Annahme unter anderem gegen Baran und Sweezys (1966) Monopolkapitalismustheorie, nach der Werbung als ein unproduktives Attribut von Monopolen gilt, das Mehrwert aus anderen Bereichen der Ökonomie absorbiert.

Kapitalistische soziale Medien wie YouTube, Facebook und Twitter beruhen auf dem Kapitalakkumulationsmodell personalisierter Werbung. Nutzerdaten werden konstant überwacht und als Ware an Werbetreibende verkauft, die dadurch Zugang zu den Profilen der NutzerInnen bekommen und dort individuell zugeschnittene Werbung präsentieren können. Google und Facebook sind keine Kommunikationsunternehmen, sondern die größten Werbeagenturen der Welt. NutzerInnen leisten hier digitale Arbeit, die Datenwaren produzieren. Im Kapitalkreislauf sozialer Medien produzieren die Lohnarbeitenden von Google, Facebook, Twitter etc. eine Plattform (P1), die keine Ware ist. Der Zugang zu den Plattformen ist gratis. Die Ware hingegen ist ein zweites Produkt P2, eine Datenware, die durch die digitale Arbeit der NutzerInnen hergestellt wird (vgl. Fuchs 2014a, 2014c, 2015). Wolfgang Fritz Haug (2009, 39) spricht davon, dass Werbung einen »ästhetische[n] Schein, das Gebrauchswertversprechen der Ware als eigenständige Verkaufsfunktion« produziert, das ein »Instrument für den Geldzweck« ist. Dass ein Paar Lugz-Burke-Turnschuhe 8,99 Euro und ein Paar der Marke Nike Air Force hingegen 99,95 Euro kostet, ist nicht mit der Annahme einer arbiträren Entkopplung von Wert und Preis erklärbar, sondern damit, dass in die Produktion der Marke Nike und ihres Gebrauchswertversprechens eine große Menge an Werbearbeit investiert wird.

Der Kapitalakkumulationskreislauf kommerzieller sozialer Medien ist durch

CHRISTIAN FUCHS lehrt Medien- und Kommunikationswissenschaft an der University of Westminster in London. Er ist Autor von Büchern wie *Culture and Economy in the Age of Social Media*, *Social Media: A Critical Introduction*, *Digital Labour and Karl Marx* sowie *OccupyMedia*!



Beide Grafiken:
123 Comics

personalisierte Werbung mit anderen Akkumulationskreisläufen verbunden, indem er dazu beiträgt, Waren potenziellen KonsumentInnen anzubieten und zu verkaufen (vgl. Fuchs 2015). Damit Waren präsentiert werden können, muss eine Warenideologie, ein symbolisches Gebrauchswertversprechen von Zirkulationsarbeitenden in PR- und Werbeabteilungen produziert werden. Durch die Nutzung von Plattformen und Datengenerierung ermöglichen die NutzerInnen die Individualisierung und Personalisierung der Onlinewerbung. Sie sind symbolische TransportarbeiterInnen, deren digitale Arbeit es ermöglicht, die Gebrauchswertversprechen der Waren im virtuellen Raum zu transportieren, das heißt zu platzieren.

INTERNATIONALE DIGITALE ARBEITSTEILUNG

Digitale Arbeit ist außerdem im Rahmen internationaler Arbeitsteilung organisiert. Diese beinhaltet unter anderem die Extrahierung von Mineralien durch SklavenarbeiterInnen im Kongo, das Zusammenbauen von Computern, Mobiltelefonen und Laptops durch chinesische ArbeiterInnen bei Foxconn, ein Lohngefälle zwischen SoftwareingenieurInnen im Westen und in Indien sowie prekäre Freelancer im Kultur- und Informationsbereich, für die der Computer ein wichtiges Produktionsmittel darstellt (vgl. Fuchs 2014a, 2015).

Jeder Arbeitsprozess beinhaltet ein menschliches Subjekt, das seine Arbeitskraft verwendet, um mit der Hilfe von Arbeitsinstrumenten und dem Arbeitsgegenstand ein neues Subjekt-Objekt, das Arbeitsprodukt, herzustellen. Digitale Arbeit bedeutet ein komplexes globales Netzwerk der Arbeitsteilung, in dem Landwirtschafts-, Industrie- und Informationsarbeit aufeinander aufbauen und miteinander verkoppelt sind. Digitale Arbeit produziert nicht nur Inhalte, sondern auch Mineralien, Komponenten und digitale Medientechnologien, die die physische Basis der Information darstellen.

Kapitalistische soziale Medien sind von einem Widerspruch geprägt: Es sind Unternehmen, die NutzerInnen und Arbeitende überwachen und ausbeuten, zugleich aber versuchen, ihre Finanzflüsse und Unternehmensstrukturen geheim zu halten, um durch Steuerabkommen, Steueroasen und Steuervermeidung ihre Profite zu erhöhen. Edward Snowdens Enthüllungen zeigen, dass es einen überwachungsindustriellen Komplex gibt, in dem Internetkonzerne, Geheimdienste und private Sicherheitsunternehmen zusammenarbeiten, um mithilfe von Systemen wie Prism und XKeyScore NutzerInnen umfassend zu bespitzeln. Zugleich sind

staatliche Institutionen bestrebt, bestimmte Aktionen zu verbergen, was mit nationalen Sicherheitsinteressen begründet wird. Projekte wie WikiLeaks, die die geheimen Aktivitäten staatlicher Macht transparent machen wollen, werden kriminalisiert. Das Internet ist ein politisch und ökonomisch kontrolliertes Netzwerk, in dem Staat und Kapital Macht und Kontrolle über die NutzerInnen ausüben (vgl. Morozov in *LuXemburg-Online*).



EIN ALTERNATIVES INTERNET

In der achten Feuerbachthese spricht Marx davon, dass alles »gesellschaftliche Leben [...] wesentlich *praktisch*« (1845, 7) ist. Damit wird menschliche Tätigkeit als das bestimmt, was Wesen und Dynamik der Gesellschaft ausmacht. Menschen interagieren mit der Natur und miteinander, wodurch sie die physische, kulturelle, politische und soziale Welt produzieren. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass politische Kämpfe in Klassengesellschaften eine praktische Ausdrucksform sozialer Antagonismen sind. Wenn wir soziale Medien diskutieren, ist es daher wichtig, die darum geführten politische Auseinandersetzungen und ihre Antagonismen zu betrachten.

Seit dem Beginn der gegenwärtigen Krise sind in vielen Ländern Europas rechte, rechtsextreme und neofaschistische Parteien auch in Wahlen gestärkt worden. Die Alternative für Deutschland hat auf Facebook 141 500 Likes, die NPD 121 400, die Linke hingegen 102 000 (28. Februar 2015). Soziale Medien spielen also auch bei den Rechten eine wichtige Rolle und sind keinesfalls per se eine progressive Ausdrucksform. Es handelt sich um Kommunikationsformen, in denen sich gesellschaftliche Interessenkonflikte artikulieren.

Über die sozialen Proteste, die seit dem Ausbruch der Krise in Ländern wie Iran, Tunesien, Ägypten, Griechenland, Spanien oder den USA stattgefunden haben, ist immer wieder zu hören, es handle sich um Twitter- und Facebook-Proteste (vgl. Castells 2012). Solche Behauptungen sind nicht nur technikdeterministisch, sondern haben auch eine imperialistische Dimension: Den Unterdrückten dieser Welt wird die Fähigkeit abgesprochen, sich selbst zu organisieren, da angenommen wird, dass der eigentlich entscheidende Faktor des politischen Protests Kommunikationstechnologien sind, die von kapitalistischen Konzernen im kalifornischen Silicon Valley produziert werden. Es besteht allerdings auch umgekehrt die Gefahr, dass kritische Analysen von Krisenprotesten die Bedeutung sozialer

Medien vernachlässigen, mit dem Argument, dass Protest auf der Straße und auf besetzten Plätzen und nicht im Internet stattfindet. Es ist die Aufgabe kritischer empirischer Forschung, das Verhältnis von Straßenprotest und Mediatisierung genauer zu bestimmen.

Für das Buch *OccupyMedia! The Occupy Movement and Social Media in Crisis Capitalism* (2014b) habe ich eine Umfrage unter AktivistInnen durchgeführt, um herauszufinden, welche Rolle soziale Medien in den Occupy-Bewegungen spiel(t)en. Die Daten weisen darauf hin, dass es keine Dichotomie, sondern eine Dialektik von Online- und Offlinekommunikation gibt. Das persönliche Gespräch ist die häufigste Form der Kommunikation bei der Mobilisierung von Protest, gefolgt von Kommunikation auf Facebook, per E-Mail, auf Mailinglisten und auf Twitter. Per Korrelationsanalyse wird gleichzeitig deutlich, dass die Intensität des Aktivismus mit der Häufigkeit aller Formen der Protestkommunikation zusammenhängt. AktivistInnen, die stärker involviert sind, kommunizieren mehr mit anderen in persönlichen Gesprächen, per Telefon, auf Mailinglisten, in Chatforen, auf Twitter, Facebook, YouTube und mithilfe von anderen Kommunikationsmitteln. Die Online- und Offlinekommunikation der Protestierenden ergänzen sich wechselseitig.

Die Rolle sozialer Medien wird allerdings als antagonistisch empfunden. Kapitalistische soziale Medien wie Facebook und Twitter haben klare soziale Vorteile in Protesten, da sie durch die große Anzahl der NutzerInnen den Zugang zu einer breiten Öffentlichkeit versprechen, zugleich aber haben sie den Nachteil, dass sie durch Konzerne kontrolliert sind, die nicht gerade die Freunde von linken Bewegungen und politisch von staatlicher Macht durchzogen sind, wie Edward Snowdens Enthüllungen zeigen. Internetüberwachungstechnologien wie Prism und XKeyScore können sehr einfach dazu verwendet werden, die Kommunikation von AktivistInnen zu überwachen. Die Münchner Firma Elaman bewirbt ihre Überwachungstechnologien in Marketingbroschüren sogar damit, dass diese geeignet seien, politische Gegner identifizieren zu können: »By analysing the retained data, governments can identify an individual's location, their associates and members of a group, such as political opponents« (zit. nach Fuchs 2012).

Alternative und nichtkommerzielle soziale Medien wie N-1/Lorea, Diaspora, Crabgrass, Elgg, identi.ca, StatusNet, Quitter, Vinilox, Load Average oder Thimbl haben den Vorteil, dass sie mehr Sicherheit vor ökonomischer und staatlicher Kontrolle bieten. Gleichzeitig haben sie den Nachteil, dass sie tendenziell weniger bekannt sind sowie über weniger NutzerInnen und eine geringere Reichweite verfügen. Kapitalistische soziale Medien haben eine Monopolmacht, die dazu führt, dass die NutzerInnen und ihre Daten auf den kommerziellen Plattformen eingesperrt sind. Alternativen werden marginalisiert. Protestbewegungen sind mit einem Widerspruch konfrontiert zwischen vernetzter Protestkommunikation, die eine politische Öffentlichkeit online und offline herstellt, und der partikularistischen Kontrolle sozialer Medien durch Staat und Kapital, die diese Öffentlichkeit feudalisieren, limitieren und kolonialisieren.

Das Internet ist heute ein unsoziales Medium, das zugleich aber die Vergesellschaftung der digitalen Produktivkräfte und den Wider-

spruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen vorantreibt. Alternativen sind möglich. Bei entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen könnte ein alternatives YouTube von ZDF, BBC oder einem Netzwerk öffentlicher Universitäten betrieben werden. Führt dies zu mehr staatlicher Überwachung? Nicht notwendigerweise, wenn die Unabhängigkeit öffentlicher Institutionen gestärkt wird. Der Rundfunkbeitrag könnte beispielsweise zu einer Mediengebühr weiterentwickelt werden, die nicht nur von Haushalten, sondern auch von Unternehmen bezahlt wird. Durch partizipatives Budgeting könnten BürgerInnen einen Medienscheck erhalten, den sie bei nichtkommerziellen Internet- und Medienprojekten einlösen. Dies wäre ein Beitrag dazu, dass alternativer Journalismus und nichtkommerzielle Internetplattformen eine Ressourcenbasis erlangen. Nichtkapitalistische zivilgesellschaftliche Alternativen zu Facebook und Twitter könnten so Wirklichkeit werden. Alternative Beschäftigungsformen im Rahmen nichtkapitalistischer ziviler und öffentlicher Medienprojekte könnten gestärkt werden.

Die Natur, das Gemeinwesen, Wissen und Kommunikation sind Gemeingüter, die wir alle benötigen, um zu überleben. Werden Gemeingüter nach der Logik der Warenproduktion, des Marktes, der Konkurrenz, des Tausches oder des Profits organisiert, so nimmt die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft zu. Ein wichtiger Bestandteil linker Politik muss es heute sein, eine Politik der Gemeingüter zu betreiben, die gegen die Kommodifizierung der natürlichen, sozialen und kommunikativen Commons kämpft und die Idee des Gemeineigentums stärkt.

Internet, Medien und Kommunikation sind kein Überbauphänomen, sondern ein bedeutender Teil des Klassenkonfliktes. Es ist eine wichtige Aufgabe auch für linke Parteien wie die LINKE, SYRIZA und Podemos, eine progressive Netz- und Medienpolitik zu formulieren, die dazu beiträgt, Kommunikation und Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu denken und zu organisieren. Ein demokratischer Kommunismus des 21. Jahrhunderts ist möglich, digitaler Kommunismus muss als ein integraler Bestandteil gedacht werden.

LITERATUR

Baran, Paul A. und Paul M. Sweezy, 1966: *Monopoly Capital*, New York

Castells, Manuel, 2012: *Networks of Outrage and Hope: Social Movements in the Internet Age*, Oxford

Fuchs, Christian, 2012: *Implications of Deep Packet Inspection (DPI) Internet Surveillance for Society*. The PACT-Privacy & Security Research Paper Series, Research Paper 1

Ders., 2014a: *Digital Labour and Karl Marx*, New York

Ders., 2014b: *OccupyMedia! The Occupy Movement and Social Media in Crisis Capitalism*, Winchester

Ders., 2014c: *Social Media: A Critical Introduction*, London

Ders., 2015: *Culture and Economy in the Age of Social Media*, New York

Haug, Wolfgang Fritz, 2009: *Kritik der Warenästhetik. Gefolgt von Warenästhetik im High-Tech-Kapitalismus*, Frankfurt/M

Jenkins, Henry, Sam Ford und Joshua Green, 2013: *Spreadable Media: Creating Value and Meaning in a Networked Culture*, New York

Lynd, Staughton, 1965, The New Radicals and »Participatory Democracy«, in: *Dissent*, 12(3), 324–333

Macpherson, Crawford Brough, 1973: *Democratic Theory*, Oxford

Marx, Karl, 1845: Thesen über Feuerbach, in: *MEW* 3, Berlin, 5–7

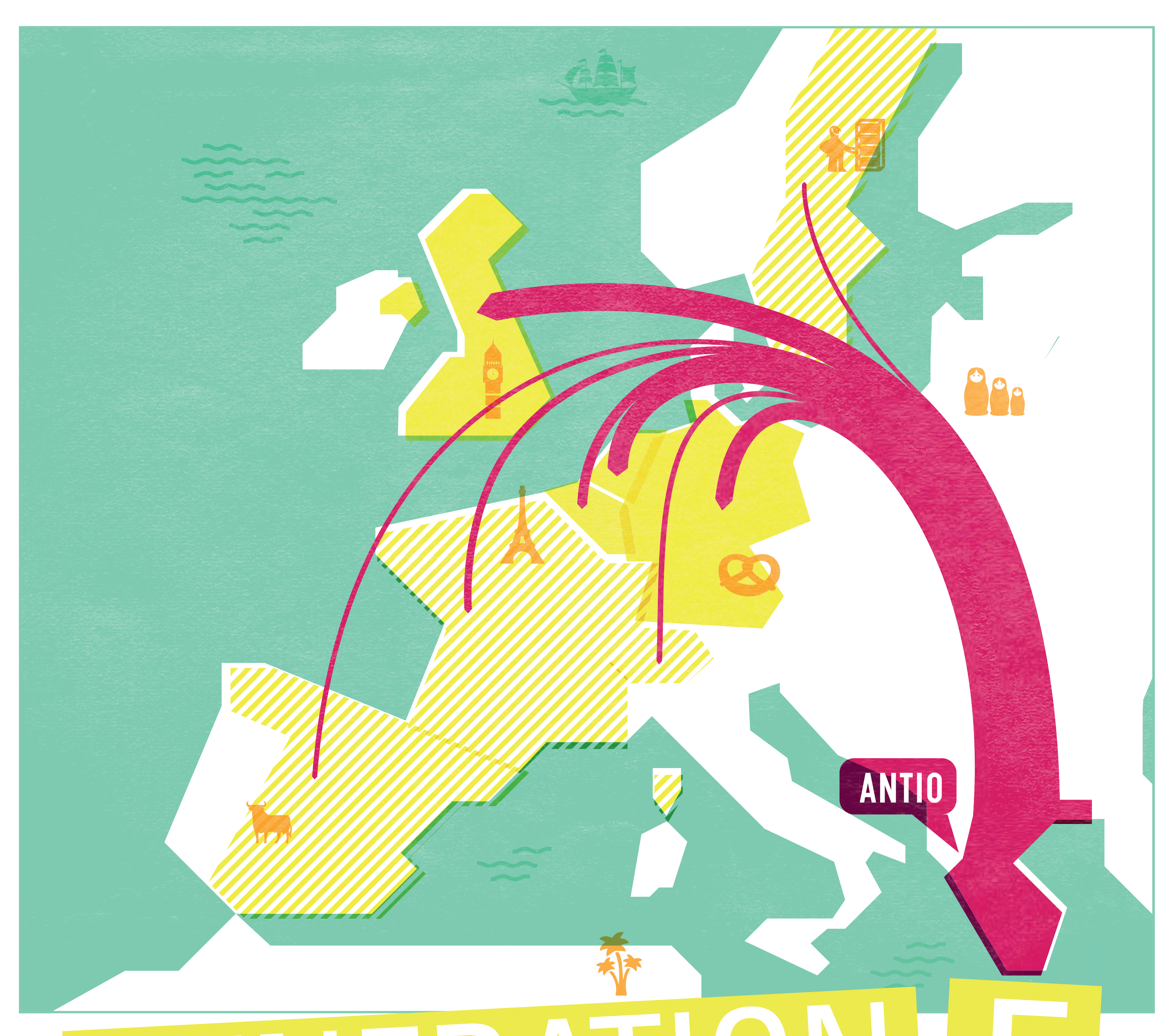
Ders., 1867: *Das Kapital*, MEW 23, Berlin

Pateman, Carole, 1970: *Participation and Democratic Theory*, Cambridge

Smythe, Dallas, 1977: Communications: Blindspot of Western Marxism, in: *Canadian Journal of Political and Social Theory*, 3(1), 1–27

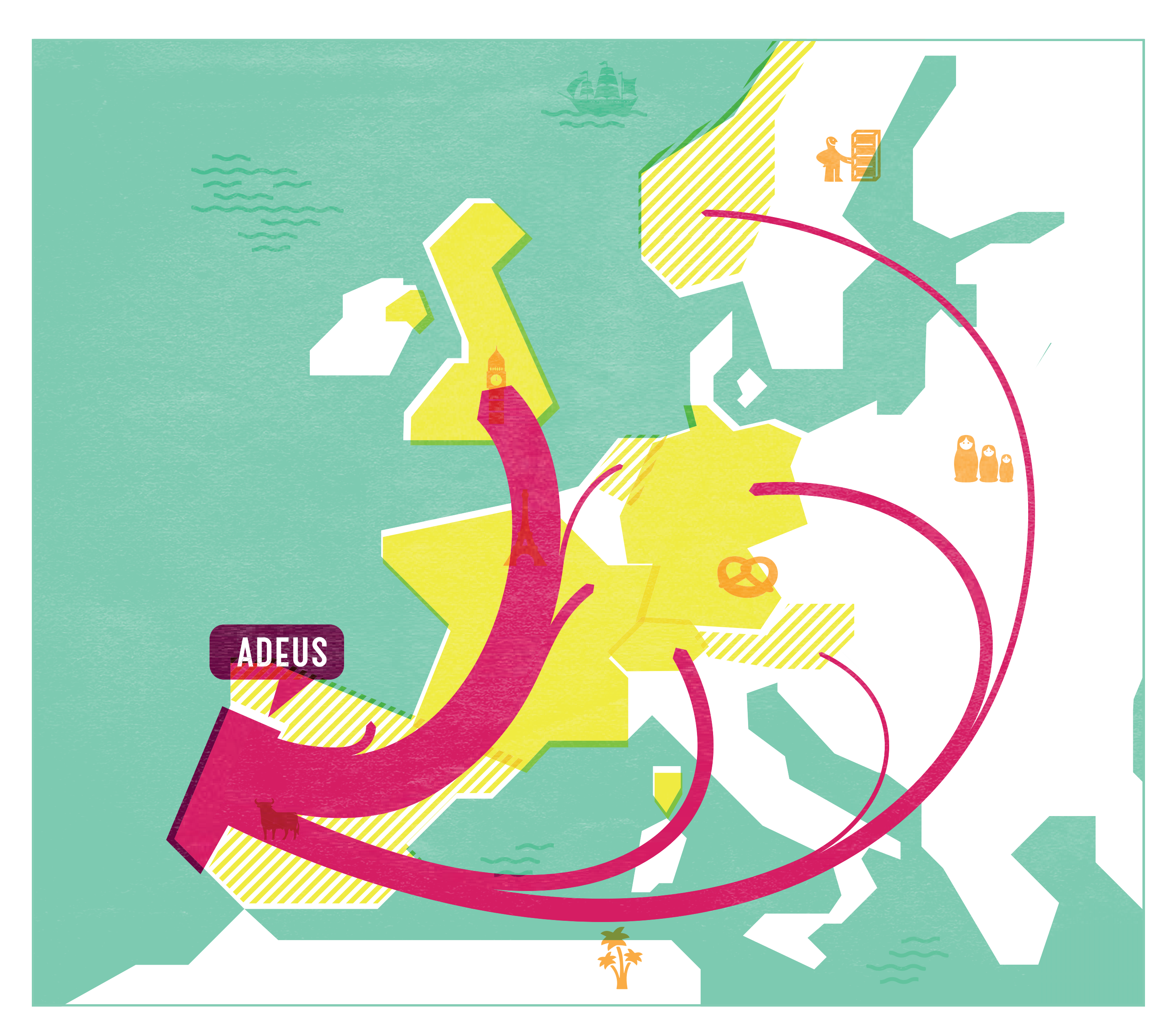
1 Vgl. http://en.videotrine.com/all/youtube/all-time

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Interview mit Evgeny Morozov: Datenzentren sozialisieren!



GENERATION E

EUROPA IN BEWEGUNG



E steht für Europa, für Expatriierte, für Erasmus, Exodus, Einkommen oder Entkommen. Hunderttausende junger Menschen haben in den letzten Jahren Südeuropa in Richtung Norden verlassen. Sie kommen aus Portugal, Spanien, Italien und Griechenland, sind oft gut ausgebildet und wollen die Perspektivlosigkeit, die die Troika ihren Ländern verordnet hat, nicht länger hinnehmen. Sie machen sich auf den Weg nach London, Hamburg oder Berlin. Viele gehen aus schierer Not, andere, um zu studieren, oder für ein Praktikum. Für einige ist es eine Zwischenstation, andere kommen, um zu bleiben.

Ein Crowdsourcing-Projekt von JournalistInnen versucht, ihre Spuren zu verfolgen, Daten zu liefern, wo die Behörden entweder den Überblick verloren oder wenig Interesse an exakten Zahlen haben. »Wir gehen von der – leicht romantischen – Annahme aus, dass diese jungen europäischen ›Expats‹ die Fundamente eines zukünftigen europäischen Sozialgefüges legen«, schreiben sie auf der Plattform, auf der alle mit ihren Angaben die Statistik vervollständigen können.
Die Grafiken zeigen die Wanderungen der Generation E – ihre Geschichten erzählen sie im Netz.
http://generatione-correctiv.tumblr.com
http://www.generatione.eu/de

PREKÄR SCHREITEN WIR VORAN?

ACHT THESEN ZU OFFENEN STRATEGISCHEN PROBLEMEN

MARIO CANDEIAS

ANNE STECKNER

»Wir haben's richtig gemacht. Seht doch, wie es dem Rest Europas ergeht.« Das grimmige Märchen vom erfolgreichen Krisenmanagement der deutschen Regierung sichert relativ breite Zustimmung in der Bevölkerung. Noch. Bei einigen ist es die Hoffnung, es werde schon nicht so schlimm werden, andere halten still aus Angst. Trotz diffuser Unsicherheit, rasant wachsender Ungleichheit und der Verfestigung sozialer Spaltungen bleibt noch genug, um durchzukommen. Wenngleich sich Prekarisierung nicht mehr im selben Tempo ausbreitet wie in den vergangenen 20 Jahren, sind Unsicherheit, Erschöpfung und Hamsterrad alltägliche Begleiter geworden. Wer lange Zeit arbeitslos ist, bleibt es. Die Zahl der von Armut Betroffenen hat sich auf ein Viertel der Bevölkerung erhöht. Wohnraum zu bezahlbaren Preisen wird nicht nur in den Metropolen zum Megaproblem. Zukunftsperspektiven sind für viele unsicher – alles keine Randgruppenphänomene: Die Angst vor dem Abstieg wirkt auch in den vermeintlich abgesicherten Milieus.

Um dieser Kultur der Unsicherheit in einem Mitte-unten-Bündnis (Brie) etwas Attraktives entgegenzusetzen, muss ein »neuer strategischer Anker« (Kipping) her. Es reicht nicht mehr, sich vor allem auf Probleme der Erwerbsarbeit zu fokussieren. Die Lage ist komplexer, denn es geht im umfassenden Sinne um prekäre Arbeits- *und* Lebensverhältnisse. »Prekarität ist überall«, schrieb Pierre Bourdieu bereits 1997, also lange vor der Agenda 2010. Nach Jahren der Debatte bestehen aber nach wie vor einige offene strategische Probleme.

PREKARISIERUNG BETRIFFT NICHT NUR DIE ABGEHÄNGTEN

Nach langem Nischendasein in linken Diskursen gewann das ›Phänomen‹ der Prekarisierung mit einer Studie von Gero Neugebauer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (2007) mediale Aufmerksamkeit. Allerdings mit einer problematischen Engführung: Das Prekariat, das sind die ›Abgehängten‹, das ist die »Unterschicht« (Beck), derer man sich annehmen müsse. Die Beschränkung auf eine kleine (wenngleich wachsende) Gruppe am unteren Rand der Gesellschaft entdramatisierte die sich zuspitzende soziale Frage. Die Mittelschichten seien stabil und zufrieden – das wird bis heute gern wiederholt, vor allem in Zeiten der vermeintlich guten Konjunktur. Dass zwei Drittel der seit der Krise geschaffenen Stellen prekär sind, spielt kaum eine Rolle.

Prekarisierung ist aber längst kein Problem einiger weniger. Sie betrifft illegalisierte migrantische Putzfrauen, Sicherheitskräfte oder Friseurinnen mit Stundenlöhnen weit unter dem Existenzminimum, die Kassiererin auf 450-Euro-Basis ebenso wie den gut ausgebildeten ostdeutschen Leiharbeiter im Ruhrgebiet oder den (schein-)selbständigen Fernfahrer. Sie betrifft ebenso (zwangs-)mobile Kurzzeit-Projektarbeiter in der IT-Industrie, freie Journalistinnen, solo-selbständige Kulturschaffende oder Masseure, befristet beschäftigte Sozialarbeiter und Wissenschaftlerinnen, die Bibliothekarin mit einem Ein-Euro-Job oder das Computer-Proletariat in den Call-Centern. Sie alle unterliegen verschiedenen Formen der Flexploitation, der flexiblen Ausbeutung. Der Unsicherheit unterworfen sind auch die vielen Berufseinsteiger oder -umsteiger, die häufig Karrieren schlecht oder nicht bezahlter Praktika in Kauf nehmen, um irgendwann eine Stelle zu ergattern. Frauen, insbesondere alleinerziehende Mütter und ihre Kinder, sind überdurchschnittlich betroffen. Im Zuge transnationaler Verlagerungen und immer neuer Entlassungswellen sind selbst die Stammbelegschaften nicht mehr sicher. Der Druck – auch durch die Prekären – ist allgegenwärtig. Eine strategische Aufgabe ist es also, die Debatte um Prekarisierung aus ihrer Engführung zu lösen.

MARIO CANDEIAS ist Mitbegründer und Redakteur dieser Zeitschrift. Vor seiner Zeit als Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat er viel zu Prekarisierung geforscht und geschrieben.

ANNE STECKNER ist Sozialwissenschaftlerin und Bildungsarbeiterin. Sie ist Mitautorin von *Polilux Marx* und arbeitet seit 2014 im Bereich politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

DAS PREKARIAT IST VIELFACH GESPALTEN

Tatsächlich ist eine Vielfalt von Gruppen betroffen. Denn prekär meint nicht nur Arbeits- und Lebensverhältnisse ohne existenzsicherndes Einkommen. Es geht auch um mangelnde Anerkennung der Arbeit und der Person, um betriebliche und soziale Isolierung, mangelnden Sozialversicherungsschutz und fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten, um erschwerten Zugang zu oder die Verteuerung von öffentlichen Dienstleistungen und Sozialer Infrastruktur, um Verdrängung durch explodierende Mieten etc. Besonders schmerzlich ist die Planungsunsicherheit für den eigenen Lebensentwurf, was die Familiengründung erschwert. Damit verbunden sind Überarbeitung, die Suche nach dem nächsten Job, ebenso Versuche, mit dem vorhandenen Geld über die Runden zu kommen, hier noch etwas zu sparen, dort noch etwas dazuzuverdienen, einen neuen Auftrag an Land zu ziehen, die Kinder bei der Oma abzustellen, sich gegen die Zumutungen des Job-Centers oder des Vermieters zu wehren. Bei vielen MigrantInnen kommen noch unterschiedliche Formen der Illegalisierung und Entrechtung hinzu. Dies alles führt zu einer massiven Verunsicherung in Bezug auf die individuelle und damit auch die kollektive Handlungsfähigkeit.

Jeder spürt den Druck der Prekarisierung, jede kann es treffen. Doch die vielfältigen Dimensionen prekärer Existenz wirken in sehr unterschiedlicher Weise – je nach Klassenzugehörigkeit, geschlechtlichen, ethnischen, nationalen und anderen Zuschreibungen. Das Prekariat ist als Teil der Lohnabhängigen in verschärfter Weise mit den Bedingungen des Arbeitsmarktes und der Reproduktion ihrer Arbeitskraft konfrontiert. Es steht somit in einem *untergeordneten* Verhältnis zu anderen Klassenfraktionen. Und die geteilte Klassenlage produziert noch lange kein gemeinsames politisches Bewusstsein. Eine weitere strategische Aufgabe ist also, die Erfahrungen mit Prekarisierung, vor allem auch *zwischen* den unterschiedlichen Gruppen von Prekären, zu verallgemeinern. So können gemeinsame Interessen, Forderungen und Praxen entwickelt werden. Denn trotz aller Spaltungen bieten sich mehr Berührungspunkte als weithin angenommen (vgl. Candeias 2007).

DAS PREKARIAT IST NICHT ORGANISIERBAR UND ORGANISIERT SICH DOCH

Es ist »eine Art *unmöglicher Gruppe*, deren Geburt notwendigerweise unvollendet bleibt«, so Loïc Wacquant (2007, 407), »zerrissen durch spaltende Impulse und zentrifugale Tendenzen, denn jeder sehnt sich danach zu fliehen, nicht Teil davon zu sein« (ders. in diesem Heft). Hier liegt ein strategisches Problem verborgen: Mit welcher Sprache lässt sich das Problem beschreiben, wenn niemand zum Prekariat gehören möchte? Die Unsicherheit wird geteilt, eine positive Umdeutung (wie einst beim Proletariat) steht aber noch aus. Eine angstfreie Perspektive ist noch nicht formuliert.

Angesichts von Entsolidarisierung und individuellen Strategien des »provisorischen Durchwurstelns« (Castel 2000, 357) beschreibt Wacquant den Trend gesellschaftlicher Desintegration. So symbolisiert das Prekariat die vermeintlich Unorganisierbaren, was auch von gewerkschaftlicher Seite lange so gesehen wurde. Wird jedoch die Analyse von Resilienz



Solidaritätskundgebung für die von SYRIZA geführte Regierung vor dem Parlament in Athen während der Verhandlungen mit der Eurogruppe in Brüssel, Februar 2015, © Aggeliki Koronaiou

und Widerständigkeit vernachlässigt, bleiben das durchaus vorhandene Selbstbewusstsein der Betreffenden, die Taktiken des Durchhaltens oder die Subkulturen wechselseitiger Unterstützung unterbelichtet.

Erst in den letzten Jahren rückte die Organisierung der Prekären stärker in den gewerkschaftlichen Fokus: Ver.di etwa experimentiert seit Jahren mit Plattformen für Solo-Selbständige oder mit Organisierungskampagnen in unorganisierten Betrieben und Branchen. Viele der innovativsten Arbeitskämpfe finden mittlerweile in weiblich und migrantisch geprägten Bereichen prekärer Beschäftigung statt, die lange als unorganisierbar galten: vom Einzelhandel bis zur Pflege. Selbst die IG Metall versucht es angesichts der Ausdehnung von häufig gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen im Bereich Solar- und Windenergie mit Organizing.

Eine strategische Aufgabe ist es, diese Erfahrungen sichtbar zu machen und systematisch auszuwerten. Entscheidend für den Schritt zur Organisierung ist weniger die Forderung nach höheren Löhnen. Vielmehr führen verletzter Gebrauchswertstolz und missachtete Würde dazu, dass Leid in Wut und Widerständigkeit umschlägt – sofern sie auf attraktive Organisierungsangebote treffen: ob bei Gängelung durch Vorgesetzte wie bei den *Janitors* (Reinigungskräften) in Los Angeles, bei fehlenden Toiletten wie bei Amazon, bei der Verletzung

des Pflegeethos wie bei den Krankenschwestern an der Berliner Charité oder bei enormem Zeit- und Kostendruck in der ambulanten Pflege bis hin zur IT-Branche (vgl. Artus in diesem Heft).

NICHT DAS NORMARBEITSVERHÄLTNIS, DIE PREKARITÄT IST NORMALITÄT

Lange galt der dauerhaft Vollzeitbeschäftigte, mit umfangreichen sozialen Rechten ausgestattete, häufig gewerkschaftlich organisierte, weiße, männliche ›Arbeitnehmer‹ als der weitläufige Maßstab für ein ›normales‹ Arbeitsverhältnis. Es bleibt umstritten, inwieweit er noch als Orientierung dienen kann: 1. Weil die damit verbundene Normierung einer bestimmten Lebensweise von der Neuen Linken und der Frauenbewegung aus guten Gründen kritisiert wurde; viele verbinden damit eine rückwärtsgewandte Sehnsucht nach den alten Zeiten. 2. Weil das Normalarbeitsverhältnis für viele Jüngere gar kein Bezug mehr ist (wobei die eben kritisierte Sehnsucht trotz mangelnder Erfahrung auch unter Jüngeren zu finden ist). 3. Weil viele nicht mehr so leben und arbeiten möchten, andere Ansprüche für ein gutes Leben und mehr Zeitsouveränität formulieren. Es ist also offen, ob der Bezug auf ein neues ›Normalarbeitsverhältnis‹ – zum Beispiel mit Arbeitsplatzsicherheit und ›kurzer Vollzeit‹ für alle – breit anknüpfungsfähig wäre beziehungsweise wie eine positive Perspektive einer angstfreien Gesellschaft formuliert werden könnte.

DIE INTERESSEN VON RAND- UND KERNBELEGSCHAFTEN MÜSSEN VERKNÜPFT WERDEN

Die Verunsicherung in den Kernbelegschaften wird besonders spürbar, wenn reguläre Arbeitsplätze durch flexible Beschäftigung, etwa Leiharbeit und Werkverträge, ersetzt werden. Prekäre Arbeitskräfte werden dann als Bedrohung wahrgenommen, Spaltungen zwischen den Beschäftigten vertiefen sich. Flexibilisierung, In- und Outsourcing, hohe Fluktuation und häufige Arbeitsplatzwechsel erschweren stabile Kommunikation, die Herausbildung eines Solidargefühls, von Organisationsstrukturen ganz zu schweigen. Das Vordringen von Leiharbeit oder befristeter Beschäftigung in die Betriebe setzt beide Gruppen in direkte Konkurrenz zueinander (Castel 2000, 355). In nicht wenigen Extremfällen übersteigt die Randbelegschaft zahlenmäßig die Kernbelegschaft um bis zu 200 Prozent.

Lange wurden die Standards der Kernbelegschaften verteidigt, indem der Einsatz von Leiharbeitskräften oder massive Verschlechterung bei den Beschäftigten im Dienstleistungsbereich akzeptiert wurden, also bei Kantinen-, Reinigungs- und Servicepersonal, aber auch in der Buchhaltung oder im Kundenservice. Doch letztlich sind auch die Verhältnisse der unbefristet Festangestellten unsicher geworden. Die permanenten Angriffe von Kapitalseite, selbst in den erfolgreichen Großunternehmen der Automobilindustrie, haben quasi allen Arbeitsverhältnissen nur noch temporäre Gültigkeit verliehen: Die mühsam ausgehandelten Beschäftigungsgarantien, meist gegen Lohnverzicht und längere Arbeitszeiten, gelten für wenige Jahre.

Es schleicht sich ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit ein, da sich die Externen (LeiharbeiterIn oder Freelancer) in kurzer Zeit als mindestens ebenso leistungsfähig, jedoch flexibler, gefügiger und vor allem billiger

erweisen. Ihre Präsenz wirkt disziplinierend (Dörre 2005, 254). Es dominiert die Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes, so »widerwärtig er auch sein mag« (Bourdieu 2000, 72). Progressive Arbeitspolitiken etwa zur Arbeitzeitverkürzung oder besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit geraten in die Defensive, gehören nicht länger zu den vordringlichen Interessen der Beschäftigten (nicht einmal bei Frauen).

Mittlerweile ist das Problem erkannt. Die IG Metall beispielsweise versucht, LeiharbeiterInnen wieder in die Tarifverträge zu integrieren, mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit und mit dem üblichen Urlaubsanspruch, samt Zulagen etc. Doch unter dem Druck drohender Standortverlagerungen und Betriebsschließungen oder bei der nächsten Forderung nach Einsparungen werden die Tarifverträge immer wieder durch Betriebsvereinbarungen unterlaufen, häufig auf Kosten der Randbelegschaften. Sicherten Flächentarifverträge früher die Untergrenze von Lohn- und Arbeitsstandards, markieren sie heute die Obergrenze, die durch betriebliche Vereinbarungen unterschritten werden kann und wird. Es bleibt ein offenes strategisches Problem, wie unter diesem Druck solidarische Praxen von Kern- und Randbelegschaften entwickelt werden können.

ATTRAKTIVE ANGEBOTE STATT KLASSENSPEZIFISCHER ENTMUTIGUNG

Die soziale Demokratie als Voraussetzung einer zumindest dem Anspruch nach gleichberechtigten Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen wird durch Prekarisierung und Verfestigung sozialer Spaltungen untergraben und führt zur klassenspezifischen Entmutigung des Prekariats. Die Teilnahme an demokratischer Willensbildung ist angesichts mangelnder Einflussmöglichkeiten wenig erfolgversprechend (vgl. Kahrs in diesem Heft).

Wie lässt sich dieser Entmutigung entgegenwirken? Hier könnte die Artikulation der Unzufriedenheit über Interventionen in die konkreten sozialen Alltagsprobleme, getragen vom schwierigen, aber nicht unmöglichen Aufbau solidarischer Strukturen (wie in Spanien oder Griechenland), neue Attraktivität entfalten. Indem Protest mit direkter Verbesserung sozialer Lagen und mit erlebter Selbstermächtigung verbunden wird, könnte erreicht werden, dass die Empörung der Unzufriedenen auf erreichbare Gegner gelenkt wird (statt auf Sündenböcke) und sich weniger von ihnen rechten Protestparteien zuwenden.

PREKÄRE ARBEITS- UND LEBENSVERHÄLTNISSE

Das Gegenstück zur Entmutigung ist eine klassenspezifische Ermutigung, wie beispielsweise bei den Wirtschaftsbürgern der AfD oder durch neue Protestformationen wie PEGIDA, die populistische Ressentiment pflegen wie: »Die da oben sind doof und machen sich die Taschen voll« (Harald Schmidt). In Entmutigung und Ermutigung drückt sich eine wachsende Krise der Repräsentation aus. Sie öffnet Raum für antidemokratische und teilweise rassistische Positionen.

Hier geht es um Sorgen, Unbehagen und Unsicherheiten, die sich aus der Prekarisierung des Lebens und der eigenen Reproduktion ergeben. Diese wiederum ist nicht nur Folge prekärer Beschäftigung (oder Nicht-

Beschäftigung), sondern einer umfassenden neoliberalen Logik geschuldet: Verbetriebswirtschaftlichung und Ausdünnung des Öffentlichen, Privatisierung von Bildung, Pflege und Gesundheit, Verdrängung infolge explodierender Mieten — theoretisch gefasst als »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey).

Verschiedene Kämpfe um Lebensweisen treten in den Fokus, um Wohnen, gute Pflege, öffentliche Soziale Infrastruktur, repressionsfreie Existenzsicherung, Gesundheit und Bildung etc. Sie waren immer präsent, oft überschattet von (klassischen) Arbeitskämpfen. Strategisch stellen sich drei Fragen: Wie lassen sich diese vielfältigen Kämpfe verbinden? Konkret: Wie lassen sich nicht nur solidarische Perspektiven von Kern- und Randbelegschaften, sondern auch zwischen einem vielfältigen Prekariat und der ›bedrohten Mitte‹ entwickeln? Und wie lässt sich darüber hinaus die Grundlage für ein tragfähiges Mitte-unten-Bündnis legen? Neben der bedrohten gibt es nach wie vor eine ›solidarische Mitte‹. Sie fühlt sich angesichts grassierender Entmutigung ›da unten‹ von den ›abgehängten‹ sozialen Gruppen zunehmend entfremdet. Ihr eignes zivilgesellschaftliches Engagement verläuft getrennt davon, organisiert sich um Themen (Stuttgart 21, Castor-Proteste oder Bewegungen für eine ökologische Ernährungsweise und Postwachstum), die an den Bedürfnissen der Prekären *als Prekäre* vorbeigehen oder sich nicht mit ihren Anliegen verbinden. Eine verbindende Perspektive wäre vielleicht, eine entgeltfreie Soziale Infrastruktur zu fordern. Dies umfasst eine bedingungslose sozialökologische Grundversorgung, etwa in den Bereichen Energie, Trinkwasser, Mobilität und Internet, sowie eine kostenlose Gesundheitsversorgung, Bildung und Weiterbildung und ein Recht auf bezahlbares Wohnen. Das sind Felder, auf denen Kämpfe der solidarischen Mitte (z.B. Initiativen für Rekommunalisierung oder gegen Gentrifizierung) und erneuerte solidarische Netzwerke (z.B. für die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen, gegen Zwangsräumungen und überhöhte Mieten) zusammenkommen könnten. Die entsprechenden Artikulations- und Organisationsformen müssen noch gefunden werden.

PREKARISIERUNG WIRD DURCH DAS AUTORITÄRE KRISENREGIME VERSTÄRKT

Kürzungspolitiken, Schuldenbremse und Agenda 2010 wurden den europäischen Nachbarn übergeholfen oder in vorauseilendem Gehorsam von ihnen selbst umgesetzt. Das Ergebnis ist bekannt: eine Spirale des Elends in den Krisenländern. Es wird Jahrzehnte dauern, bis die Wohlstandsverluste wieder aufgeholt sind. Zugleich übt sich die Bundesregierung weiterhin als Prekarisierungsmotor: Sie besteht – etwa gegenüber der neuen griechischen Regierung – auf Begleichung der (illegitimen) Schulden, auf weitere Kürzungen, Privatisierungen und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Auch hierzulande kehrt der Krisendiskurs zurück: Man dürfe sich nicht auf den Lorbeeren der Agenda 2010 ausruhen. Es bedürfe anhaltender ›Strukturreformen‹, etwa der Durchsetzung diverser Freihandelsabkommen wie TIPP & Co.

Europaweit sind die Kämpfe zurückgekehrt, gegen Austerität und Prekarisierung. Doch eine europäische Koordinierung fällt

schwer. Die europäische Linke bekundet ihre Solidarität mit Griechenland und anderen Krisenländern, ist jedoch zu einer gemeinsamen Politik nicht in der Lage. Auch die europäischen Gewerkschaften haben kein gemeinsames Projekt: Insbesondere deutsche Gewerkschaften wie die IG Metall sind zerrissen zwischen ihrer Kritik an der neoliberalen Kürzungspolitik und den Vorteilen, die sie durch ihre Einbindung in das deutsche Krisenmanagement genießen, zulasten anderer Lohnabhängiger. Immerhin gibt es endlich wieder eine deutlichere Positionierung der Gewerkschaften in Deutschland und Österreich: »Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa«.[1] Erneut stellt sich die Frage, ob und welche Praxis dieser Erklärung folgen wird.

Auch die sozialen Bewegungen, die die Krisenproteste tragen, mühen sich mit einer europäischen Organisierung. Ihre Bemühungen sind von ungleichzeitigen Bedingungen in den jeweiligen Ländern geprägt, die jeweiligen gesellschaftlichen Dynamiken sind sehr unterschiedlich, die gemeinsamen Kräfte meist zu gering. Immerhin gelingt nicht nur bei *Blockupy* in Frankfurt ein regelmäßiger transnationaler Austausch über gemeinsame Strategien und Aktionen.

Erst seit dem Wahlsieg SYRIZAs wird eine Transformation in Europa überhaupt erst wieder denkbar. Die lang erwartete Notbremse des dahinrasenden Zuges autoritärer Kürzungsmaßnahmen erzeugt einen effektiven Bruch: zunächst durch die Zurückweisung der Kürzungspolitiken der Troika und die Neuverhandlung der Schulden. Die Herrschenden tun alles, um die neue Regierung zu isolieren. Doch auch in anderen Ländern könnten Befürworter des europäischen Austeritätsregimes demnächst abgewählt werden: in Portugal, Irland und vor allem Spanien. Ein mögliches linkes Krisenbündnis gewinnt realistische Konturen. Es würde sich nicht nur auf die linken Kräfte der Bewegungen und Parteien beziehen, sondern böte auch einer in Bedrängnis geratenen Sozialdemokratie die Chance, sich zu erneuern. Dies könnte die Kräfteverhältnisse in Europa grundlegend verändern. Dabei gegen die Angriffe und Vereinnahmungsversuche der Herrschenden zu bestehen und zugleich die Annäherung der transformatorischen Kräfte nicht aus dem Auge zu verlieren, ist eine riesige Herausforderung, wie es die Entwicklungen in Spanien oder Portugal bereits andeuten.

LITERATUR

Bourdieu, Pierre, 1998: Prekarität ist überall, in: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz, 96–102

Ders., 2000: *Die zwei Gesichter der Arbeit*, Konstanz

Candeias, Mario, 2007: Das ›unmögliche‹ Prekariat oder das Scheitern an den Widersprüchen pluraler Spaltungen, in: *Das Argument* 271, 49. Jg., H. 3, 410–67

Ders. und Bernd Röttger, 2007: »Nicht widerstandslos enthaupten lassen!« Beteiligungsorientierte Betriebspolitik und lokale Arbeiterbewegung. Wege aus der gewerkschaftlichen Defensive?, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Standpunkte* 16/2007, Berlin

Castel, Robert, 2000: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz

Dörre, Klaus, 2005: Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung, *WSI-Mitteilungen*, H. 5, Mai, 250–258

Neugebauer, Gero, 2007: *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn

Wacquant, Loïc, 2007: Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität, in: *Das Argument* 271, 399–409

1 Vgl. http://wp.europa-neu-begruenden.de/griechenland-chance-fuer-europa/griechenland-nach-der-wahl-keine-gefahr-sondern-eine-chance-fuer-europa/aufruf-unterzeichnen.

PREKÄR UND WIDERSTÄNDIG

»ZUM ZUSCHLAGEN BRAUCHST DU PAAR FESTE METER ZUM STEHN«

INGRID ARTUS

»Die Prekarität beeinträchtigt diejenigen, die sie erleiden, in tiefgehender Weise; indem sie die gesamte Zukunft unsicher macht, untersagt sie jede rationale Antizipation, und insbesondere jenes Minimum an Glauben und Hoffnung in die Zukunft, die nötig sind, um sich aufzulehnen, vor allem in kollektiver Form, gegen die Gegenwart, sei diese noch so unerträglich.«

Dieses Zitat von Pierre Bourdieu (1998) betont die Schwierigkeiten kollektiven Widerstands unter prekären Verhältnissen. Dennoch sind Arbeitskämpfe auch hier möglich, wie eine ganze Reihe von Streiks in Branchen mit überwiegend prekären Arbeitsbedingungen zeigt. Es seien hier nur einige eindrückliche Beispiele der letzten Jahre genannt: der erfolgreiche Streik um den Erhalt des Manteltarifvertrags im Einzelhandel 2013 (vgl. Zeise in *LuXemburg* 1/2014), der bis heute andauernde Arbeitskampf der Pflegekräfte für eine Personalbemessung an der Berliner Charité (vgl. Wolf in *LuXemburg* 1/2013), der Streik im privaten Sicherheitsgewer-

be in Nordrhein-Westfalen und hier besonders erfolgreich in der privaten Flugsicherung, besonders hartnäckig, wenn auch leider nicht ganz so erfolgreich der neun Monate dauernde Streik bei Neupack in Hamburg (vgl. Birke in *LuXemburg* 1/2013) sowie unlängst der Streik beim italienischen Unternehmen Autogrill, einem Gastronomie- und Einzelhandelskonzern mit etwa 1 200 Niederlassungen und 75 000 Beschäftigten in 43 Ländern. Nicht unerwähnt bleiben darf freilich der Streik beim Internethändler Amazon, der in seiner Verbissenheit ein geradezu paradigmatischer Konflikt ist – dessen Ausgang nach wie vor offen scheint.

ZUR LOGIK PREKÄRER STREIKS

Die genannten Beispiele zeigen, dass sich Kämpfe im prekären Dienstleistungsbereich häufig um grundlegende Themen drehen, um existenzsichernde Löhne, erträgliche Arbeitsbedingungen oder um die Verteidigung beziehungsweise Anbindung an einen Tarifvertrag. Konfliktträger ist oft nicht ›die breite Masse‹, sondern sind eher kleine, kampfstarke Gruppen, die es meist mit renitentem Widerstand der Arbeitgeberseite zu tun haben. Letztere kämpft mit ›harten Bandagen‹, die von Streikbruch durch LeiharbeiterInnen wie bei Neupack bis hin zu Drohungen, Standorte zu verlagern, reichen, wie zuletzt bei Amazon. Es sind lang andauernde, verbissene Kämpfe, die oft medial aufgeladen und zugespitzt sind. Typischerweise sind nicht alle Beschäftigten bereit, diese erbitterten Auseinandersetzungen einzugehen. Es kommt zu Spaltungen innerhalb der Belegschaften und zu Konflikten zwischen den Beschäftigten. Gleichzeitig führt diese Konflikteskalation zu Prozessen forcierter normativer Integration: Es entstehen solide, zusammengeschweißte ›Kampfgemeinschaften‹, viele treten der Gewerkschaft bei. Im Zuge des Einzelhandelsstreiks konnte ver.di nach eigenen Angaben etwa 30 000 neue Mitglieder werben. Betrachtet man die materiellen Ergebnisse dieser Konflikte, so fällt die Bilanz gemischt aus: Manche Streiks enden erfolgreich, andere mit Kompromissen oder gar Niederlagen. Hoffnungen auf schnelle Erfolge in prekärem Gelände sollte man sich nicht machen. Meistens geht es den Beschäftigten aber nach den Streiks besser als vorher – und etwas gelernt haben sie, sowie die Gewerkschaften allemal.

INGRID ARTUS ist Professorin am Institut für Soziologie an der Universität Erlangen-Nürnberg und arbeitet seit Jahren zu Arbeitskämpfen in prekärem Gelände. Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung ihres Vortrags auf der zweiten Streikkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die in Kooperation mit ver.di veranstaltet wurde.

PREKÄRE VERHÄLTNISSE

Will man die Bedingungen prekärer Dienstleistungsarbeit verallgemeinernd beschreiben, so trifft es »Arbeit in Häppchen für wenig Geld« (Jaehrling et al. 2006) recht gut. Der Lohn ist meist nicht existenzsichernd, die Beschäftigung oft befristet, zeitlich reduziert, Mini- und Midi-Jobs sind weit verbreitet. Dienstleistungsarbeit findet oft flexibilisiert statt, an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten und bietet keine langfristig sichere Lebensperspektive, sondern einen beschränkten individuellen Planungshorizont. Es handelt sich um *bad jobs*, die kaum Quelle von Anerkennung, gar



Beide Bilder: © Aggeliki Koronaiou

›Lebenssinn‹ darstellen, sondern häufig mit Erfahrungen der Missachtung verknüpft sind. Dennoch ist es falsch, diese Jobs als ›einfache‹ oder ›unqualifizierte Dienstleistungsarbeit‹ zu bezeichnen. Es herrscht meist ein hoher Leistungsdruck, und die Beschäftigten müssen einiges können, um sie auszuführen. In vielen Bereichen sind mehrjährige Fachausbildungen nötig. Gemeinsam ist diesen Jobs, dass sie gering bewertet und von Menschen erledigt werden, die einen niedrigen gesellschaftlichen Status besitzen: überproportional oft von Frauen und MigrantInnen. Außerdem sind die *bad jobs* meist nur ein Aspekt der prekären Lebenslage der Beschäftigten. Hinzu kommen: Alleinzuständigkeit für Kinder, gesundheitliche und psychische Beschwerden, zerrüttete Familienverhältnisse, Schulden, aufenthaltsrechtliche oder Sprachprobleme, Drogenabhängigkeit oder Gewalterfahrungen. Das ›Kaleidoskop der Schwäche‹ ist umfassend und konstituiert die typische Problematik prekärer Kämpfe. Christian Geissler brachte sie in seinem Roman *Das Brot mit der Feile* prägnant auf den Punkt, indem er eine alte Boxerweisheit zitiert: »Zum Zuschlagen brauchst Du paar feste Meter zum Stehn« (1973, 142). Diese »paar festen Meter« haben viele prekär Beschäftigte nicht. Das heißt nicht, dass prekärer Widerstand unmöglich wäre, aber: Widerstand ist schwieriger als anderswo.

Oft dauert es deshalb lange, bis Konflikte nicht mehr verdrängt, sondern ausgetragen werden. Typisch ist ein langes Leiden der Belegschaften. Bei Neupack gingen zwanzig Jahre ins Land, bevor ein Tarifvertrag gefordert wurde. Die Menschen machen viel mit, weil sie nicht daran glauben, aus eigener Kraft etwas ändern zu können. Schließlich ist das Machtungleichgewicht groß zwischen ›schwachen‹ Beschäftigten mit geringen Machtressourcen und gefährdetem Standing in ihrem Lebenszusammenhang und häufig multinationalen Konzernen, die über ein immenses Kapital, juristische Expertise und Repressionswillen verfügen. Angst und Ohnmacht sind die zentralen Schlagworte. Immer wieder haben die Beschäftigten erfahren, dass man ›die Dinge nicht ändern kann‹ – sei es im Betrieb oder beim Gang aufs Arbeits- und Sozialamt. Der erste Grund für die lange Leidensfähigkeit ist daher die Perspektivlosigkeit, der zweite die Vereinzelung: Die Beschäftigten haben



Losverkäufer vor einer Bank in Athen

häufig wenig miteinander zu tun, Vergemeinschaftung ist schwierig. Räumlich sind oft viele Tausend Beschäftigte einer Belegschaft auf eine Vielzahl von Filialen, Baustellen, Restaurants oder Pflegehaushalten verteilt. Sie arbeiten in Teilzeit, in flexiblen Schichtsystemen und oft in kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Fluktuation ist hoch. Wer die Arbeitsbedingungen nicht mehr erträgt, kündigt oder kommt einfach nicht mehr. Da kann sich Kollegialität und Vertrauen nur schlecht entwickeln. Auch kulturell gesehen, arbeiten Beschäftigte mit sehr heterogenen Lebenserfahrungen Seite an Seite. Es werden unterschiedliche Sprachen gesprochen. Dies ist schwierig für kollektive Interessenvertretung. Und last but noch least: Gewerkschaft oder auch einen Betriebsrat gibt es meist nicht. Vielleicht wäre irgendwo ein Gesamtbetriebsrat formal zuständig, aber falls man von dessen Existenz überhaupt etwas weiß, ist er meist weit weg, am Hauptsitz des Konzerns.

In dieser Situation versuchen die Menschen individuell irgendwie zu überleben, ihren Alltag zu meistern. Im Fall von Konflikten ergreifen sie eher Exit- als Voice-Strategien. Für Letztere fühlen sie sich zu schwach, es gibt wenig Hoffnung auf Erfolg und kaum Aussicht auf Unterstützung durch KollegInnen, einen Betriebsrat oder die Gewerkschaften. Die Idee von kollektivem Widerstand scheint geradezu »verrückt«. Dies ist eine Selbstbezeichnung



Markt in Thessaloniki, Gareth/flickr

von AktivistInnen, die von sich selbst sagen: »Wir waren so ein paar Verrückte, die es trotzdem versucht haben, einen Betriebsrat zu gründen« – und erfolgreich waren.

VERRÜCKTE KÄMPFE

Es gibt immer wieder »verrückte« Menschen, die unter schwierigen Bedingungen kollektiv für höhere Löhne, Anerkennung und Gerechtigkeit kämpfen. Wer sind sie? Sie stammen oft aus der Stammbelegschaft der Unternehmen und sind schon länger im Betrieb. Manchmal haben sie sich durch Engagement und gute Leistungen einen beschränkten betrieblichen Aufstieg erarbeitet und sind Mitglied des unteren Managements. Dies ist ein Grund, weshalb sie im Fall von Schwierigkeiten den Betrieb nicht einfach verlassen. Sie verfügen über gute Kontakte zu anderen Beschäftigten und haben über Jahre hinweg betriebliches Wissen angesammelt. Sie besitzen oft überdurchschnittliche Qualifikationen und, was ganz wichtig ist, einen individuellen Erfahrungshintergrund, der es ihnen erlaubt, die betriebliche Realität an einem Maßstab außerhalb dieser Welt zu messen. Das kann ein politischer Referenzrahmen sein, das können gewerkschaftliche Solidaritätsnormen sein, mit der sie im familiären Umfeld oder Freundeskreis in Kontakt gekommen sind; es können aber auch religiöse Überzeugungen sein oder

auch ein Migrationshintergrund. Es kommt recht häufig vor, dass Menschen, die in ihren Herkunftsländern zur Mittel- oder Oberschicht gehörten, in Deutschland um einen gesellschaftlichen (Wieder-)Aufstieg kämpfen. Nicht selten dienen Migrationserfahrungen auch als eine Art Negativhorizont, nach dem Motto: »Da wo wir herkommen, gibt es kein Recht auf gewerkschaftliche Organisierung. Hier gibt es sie, also müssen wir sie nutzen.« Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen sind den verrückten AktivistInnen wichtig, aber sie sind nicht das einzige und nicht das wichtigste Ziel ihres Engagements. Im Kern geht es meist um eine veränderte Kultur des Umgangs, um ein Mindestmaß an Respekt, Würde und Anerkennung.

Die AktivistInnen haben nur dann Erfolg, wenn sie ›überzeugend‹ und ›repräsentativ‹ sind. ›Überzeugend‹ sein heißt, die betriebliche Realität gegenüber den KollegInnen auf eine Art und Weise so darzustellen, dass diese als illegitim erscheinen. Es geht um die Transformation von Unzufriedenheit in das Gefühl von Ungerechtigkeit (Kelly 1998, 27). Sie müssen glaubhaft machen, dass die Verhältnisse ›empörend‹ sind, das heißt entsprechend gängiger moralischer Maßstäbe nicht länger hinnehmbar. Dann ist Widerstand legitim. ›Repräsentativ‹ sein heißt, als glaubwürdige Vertreter der kollektiven Empörung zu agieren. Sie müssen als vertrauenswürdige und durchsetzungsfähige SprecherInnen auftreten, denen man zutraut, dass sie in dem Konflikt vorangehen und auch bei Repression nicht zurückweichen werden. Nur dann erscheint Widerstand nicht nur legitim, sondern auch erfolgsträchtig.

Häufig wissen die verrückten AktivistInnen am Anfang nicht, was sie tun, sie ahnen nicht das Ausmaß des Konfliktes, den sie provozieren. Und selbst im Nachhinein urteilen sie oft: »Wenn ich es gewusst hätte, worauf ich mich einlasse, dann hätte ich es nicht gemacht.« Aber die Dialektik der Konfliktereignisse formt ihre Akteure: Zuweilen entwickeln die AktivistInnen und die kämpfenden Belegschaften ein Ausmaß an Durchhaltefähigkeit und Kampfkraft, von dem sie vorher nichts geahnt haben. Aber die verbissenen Grabenkämpfe fordern eine Menge Energie und Entschlossenheit. Die Gegner sind stark. Die verrückten AktivistInnen brauchen also einen langen Atem, solide Machtpotenziale und UnterstützerInnen vor Ort. Die Belegschaft muss hinter ihnen stehen, aber oft ist es die Unterstützung von außen, die entscheidend ist – sei es von der Gewerkschaft, vom Gesamtbetriebsrat, von anderen Standorten oder von sonstigen UnterstützerInnen.

PREKÄRE AKTIVISTINNEN UND GEWERKSCHAFTEN

In unserer Studie über Betriebsratsgründungen (Artus et al. 2014) haben wir viele Fälle einer engen, intensiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen prekären betrieblichen Kämpfen und lokalen GewerkschaftsfunktionärInnen gefunden. Die vielleicht wichtigste Funktion der Gewerkschaft besteht darin, die Angst der Beschäftigten zu mindern. Wenn »die starke« ver.di oder IG Metall den Kampf unterstützt, scheint es aussichtsreicher, sich mit dem vermeintlich übermächtigen Arbeitgeber anzulegen. Manchmal kommt es zu fast ›erdrutschartigen‹ Eintritts-

wellen. Die Mitgliedschaft sichert dann nicht nur Rechtsbeistand im Konflikt, sondern dient auch der wechselseitigen Versicherung von Solidarität. Die Rolle der Gewerkschaft in prekären Kämpfen ist essentiell, als rechtliche und strategische Ratgeberin, als moralische Unterstützung, für die mediale Politisierung und für die überbetriebliche Vernetzung der Kämpfe. In vielen Fällen klappt das gut. Aber es gibt auch systematische Problemlagen, die erkannt und benannt werden müssen, um sie bearbeiten zu können:

Erstens existiert häufig eine kulturelle Kluft zwischen einer zuweilen bürokratischen gewerkschaftlichen Organisationsrealität und den prekären betrieblichen Kämpfen. Die Lebenslagen von in Vollzeit beschäftigten, gut bezahlten GewerkschaftsfunktionärInnen, teils aus (klein-)bürgerlichem Hause, mit akademischem Abschluss und den vielfach verwundbaren AktivistInnen haben manchmal wenig gemeinsam. Auch gängige Politikkonzepte passen nicht immer auf die repressiven Verhältnisse, in denen das klassische Vorgehen nach dem Motto »na, dann wählt eben einen Betriebsrat« nicht so einfach möglich ist. Zwar gibt es mittlerweile einen deutlich erweiterten Diskussionsstand zum Thema *union busting* und aggressive Betriebsratsbekämpfung (vgl. Rügemer/Wigand 2014), dieser ist jedoch längst nicht in alle Winkel der Gewerkschaft vorgedrungen. Es kommt noch immer zu strategischen Fehlberatungen und Misserfolgen, welche die noch junge Beziehungsgeschichte zwischen prekär Beschäftigten und Gewerkschaften oft im Keim ersticken.

Zweitens prallen im Fall prekärer Konflikte oft differente Logiken aufeinander: Die GewerkschaftsfunktionärInnen orientieren sich in ihrer Alltagsarbeit primär an der organisationspolitischen Logik einer effizienten Ressourcenallokation mit dem Ziel der Mitgliederbindung und -werbung. Angesichts beschränkter Zeitbudgets engagiert man sich dort, wo die Stammklientel betroffen ist oder Mitgliederzuwächse möglich scheinen. Die prekären AktivistInnen befinden sich dagegen oft in existenziell schwierigen Situationen, sie werden mit Klagen überzogen, ihr Arbeitsverhältnis und ihre materielle Lebensgrundlage sind bedroht, ihre Reputation und ihr Selbstbewusstsein sind in Gefahr, sie führen einen stark moralisch geprägten und zum Teil uneigennützigen Kampf – eine ähnliche bedingungslose Kampf- und Opferbereitschaft erwarten sie auch von der Gewerkschaft. Hier kommt es zuweilen zu bitteren Missverständnissen – in der Form eines Vertrauensverlusts und im schlimmsten Fall durch wechselseitige Anfeindungen: Korruptionsvorwürfe in Richtung Gewerkschaft stehen einer Stigmatisierung der betrieblichen Kämpfe als unverantwortliche ›Verrücktheiten‹ gegenüber.

Drittens verläuft das Nebeneinander von gewerkschaftlicher Unterstützung und anderen, breiteren Bündnissen nicht immer konfliktfrei. Autonome oder studentisch geprägte Unterstützungskollektive evozieren auf gewerkschaftlicher Seite teils Angst vor Kontrollverlust, obwohl eine Vernetzung vielfältiger Kräfte des Widerstands und unterschiedlicher sozialer Bewegungen gerade in prekären Beschäftigungsbereichen ein Gebot der Stunde wäre.

Und *viertens* erweisen sich auch Organizing-Kampagnen in prekärem Gelände manchmal als problematisch. Grundsätzlich

sind diese zu begrüßen und haben insbesondere bei ver.di ein deutliches Organisationslernen über Möglichkeiten der Organisierung von prekär Beschäftigten bewirkt. Eine typische ›Organizing-Falle‹ besteht jedoch darin, dass Kampagnen zu kurzfristig und zu wenig nachhaltig angelegt sind. Sie zielen zu stark auf Mitgliederwerbung und zu wenig auf eine authentische Stärkung einer Organisierung von unten. Sie finden nicht unbedingt dort statt, wo die betriebliche Realität am kritikwürdigsten wäre, sondern dort, wo man am leichtesten Mitglieder findet oder spezielle tarifpolitische Ziele verfolgt werden. Nicht selten bricht das Erreichte daher teilweise wieder zusammen, wenn die gewerkschaftlich bezahlten AktivistInnen abgezogen werden.

Die Aufzählung der genannten Probleme ist nicht als besserwisserische, unsolidarische Mängelliste gemeint, sondern als Hinweis darauf, dass noch ein Stück Weg zu gehen ist, um prekär Beschäftigte in den DGB-Gewerkschaften heimisch werden zu lassen. Abschließend sei noch einmal betont: Es hat sich viel getan in den letzten Jahren. Zu nennen wäre etwa die erfolgreiche Mindestlohnkampagne – selbst wenn sie in Zukunft hoffentlich noch erfolgreicher wird, indem die umfangreichen Ausnahmeregelungen abgeschafft werden. Auch die Organizing-Kampagnen und die Strategien der ›Organisierung am Konflikt‹ haben viel bewegt. Aber: Die Zeiten bleiben hart. Es gibt nach wie vor weite Bereiche von Beschäftigung in Deutschland, zu denen Gewerkschaften kaum Zutritt haben und in denen sie keine Rolle spielen. Dort ist Gewerkschaftsarbeit eine Art Sisyphosarbeit unter schwierigen Bedingungen. Hart erkämpfte Organisierungserfolge werden zunichte gemacht durch die hohe Fluktuation der Beschäftigten und professionelle sowie ausdauernde Repressionsstrategien der Unternehmer, die immer wieder am längeren Hebel zu sitzen scheinen. Dagegen gibt es nicht die *eine* richtige Strategie, sondern es bedarf einer Vielfalt von Strategien, die an die Bedingungen der Branche und auch der einzelnen Betriebe angepasst sind. Wenn es überhaupt einen gemeinsamen Nenner dieser Kämpfe gibt, so ist es das Prinzip der Vernetzung zwischen verschiedenen Betrieben, Akteuren, UnterstützerInnen und Gewerkschaften, am besten international. Mit anderen Worte: Es ist das Prinzip der Solidarität. Und vielleicht bedarf es auch einer etwas ›verrückteren‹ Gewerkschaftspolitik, die – jenseits notwendiger Steigerung von Mitgliederzahlen – die Durchsetzung von Gerechtigkeit und Würde im Bereich der Arbeitswelt zu ihrer unbedingten Prämisse macht.

LITERATUR

Artus, Ingrid, 2008: *Interessenhandeln jenseits der Norm. Mittelständische Betriebe und prekäre Dienstleistungsarbeit in Deutschland und Frankreich*, Frankfurt/M, New York

Dies., Constanze Kraetsch und Silke Röbenack, 2014: *Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung durch Betriebsratsgründungen. Prozesse und Strategien der Betriebsratsgründung*, Erlangen

Bourdieu, Pierre, 1998: La précarité est aujourd'hui partout, in: ders., *Contre-feux; Propos pour servir à la résistance contre l'invasion néo-liberale*, Paris, 95–101

Geissler, Christian, 1973: *Das Brot mit der Feile*, Hamburg

Jaehrling, Karen, Thorsten Kalina, Achim Vanselow und Dorothee Voss-Dahm, 2006: Niedriglohnarbeit in der Praxis – Arbeit in Häppchen für wenig Geld, in: Gabriele Sterkel, Thorsten Schulten und Jörg Wiedemuth (Hg.), *Mindestlöhne gegen Lohndumping. Rahmenbedingungen – Erfahrungen – Strategien*, Hamburg, 114–141

Kelly, John E., 1998: *Rethinking Industrial Relation. Mobilization, Collectivism and Long Waves*, London/New York

Rügemer, Werner und Elmar Wigand, 2014: *Union-Busting in Deutschland. Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung*, OBS-Arbeitsheft 77, Frankfurt/M

KEIN RUHIGES HINTERLAND

GEGENHEGEMONIE ORGANISIEREN

BERND RIEXINGER

Die politischen Verhältnisse in Deutschland scheinen seit der Bundestagswahl seltsam unbeweglich. Die Umfragewerte der Parteien zeigen keine großen Schwankungen, eine Reihe von Gesetzen und Reformvorhaben wurde verabschiedet, der Mindestlohn ist eingeführt – doch lückenhaft und ohne wirkliche Zähne gegen die Möglichkeit, ihn zu unterlaufen. Der Niedriglohnsektor ist nach unten reguliert, aber nicht grundsätzlich infrage gestellt: Die Grenze liegt derzeit bei 9,53 Euro. Trotzdem ist der Mindestlohn ein Erfolg für alle, die seit Jahren dafür gekämpft haben. Außerdem hat die Regierung einen früheren Renteneinstieg beschlossen, passgenau für die meist männlichen Facharbeiter mit ungebrochener Erwerbsbiografie. Einige kosmetische Veränderungen am Elterngeld und eine halbherzige Pflegeauszeit sollen die Zustimmung in der Mittelschicht stärken. In der Europapolitik bleibt die Orientierung auf schnelle Investitionsgewinne im Finanzsektor ungebrochen – mit allen wirtschaftlichen und sozialen Kosten. Das ›deutsche

Modell‹ von Austerität und Exportorientierung wird als Vorbild für Europa präsentiert und soll die Führungsrolle der Bundesregierung in Europa festigen. SYRIZA in Griechenland macht zwar Hoffnung auf Veränderung, doch bisher ist die deutsche Hegemonie intakt.

Selbst die Europäische Kommission hat erkannt, dass Anreize für Investitionen in die Realwirtschaft notwendig sind. Doch statt öffentlicher Investitionen werden PPP-Projekte – öffentlich-private Partnerschaften – wiederbelebt. Die ›Privaten‹ in dieser Partnerschaft fordern Renditen von mindestens sechs Prozent, während sich die Zinsen für Kredite an der Nulllinie bewegen. Es wäre also naheliegend und kostengünstiger, die Investitionen über Kreditaufnahmen zu finanzieren. In allen Formen des Wirtschaftens ist es selbstverständlich, Mittel für Investitionen aufzunehmen. Warum sollte das in der öffentlichen Daseinsvorsorge anders sein? Doch mit der Ideologie des ausgeglichenen Haushaltes und der Schuldenbremse ist dieser Weg versperrt. Nur höhere Einnahmen würden Spielraum für Investitionen schaffen, Steuererhöhungen auf Vermögen und hohe Einkommen werden aber ausgeschlossen.

Daraus erwachsen Fehlversorgungen, Mangel und alltägliche Krisen, auch in Deutschland: marode Schulen und Eltern, die die Toiletten putzen, Schlaglöcher und bröckelnde Brücken, Personalmittel in Krankenhäusern, die zur Gebäudesanierung umdefiniert werden, auf Kosten der Beschäftigten und der Qualität der Versorgung. Die Substanz der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Infrastruktur erodiert. Das treibt die Prekarisierung der Lebensverhältnisse voran. Wer es sich leisten kann, weicht auf private oder privat finanzierte Dienstleistungen aus. Wer welche Schule, welche Kita besucht, hängt vom Einkommen der Eltern ab. Da die Löhne und Gehälter kaum steigen, die Kosten für Wohnen, Energie, Bildung und Gesundheit aber wohl, wird es an allen Enden knapp. Demokratie braucht materielle Güter und Dienstleistungen, die allen zur Verfügung stehen, und sozial geteilte, öffentliche Räume. Sie beruht auf gelebter Solidarität, auf der Erfahrung von sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit. Wenn diese materiellen Grundlagen angegriffen werden, erodiert die Erwartung an die »Zivilität« der Gesellschaft (Heitmeyer/Mansel 2003).

BERND RIEXINGER ist Ko-Vorsitzender der Partei die LINKE und leidenschaftlicher Gewerkschafter. In seiner Zeit als Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart hat er die Entwicklung einer aktivistischen und demokratischen Streikkultur voran- und die Streiktage in die Höhe getrieben. Er war in der Sozialforumsbewegung aktiv und ist Mitbegründer der WASG.
Die Kampagne »Das muss drin sein« startet am 1.Mai 2015. Vom 9. bis zum 14.Juli findet eine bundesweite Aktionswoche statt. Wer sich beteiligen möchte, kann sich hier informieren: www.die-linke.de/kampagne/aktuell.

Der Druck aufs Öffentliche treibt die Segmentierung der Gesellschaft voran und gefährdet die Alltagserfahrung von Demokratie. Die Renditeerwartungen drücken insbesondere in öffentlichen und sozialen Dienstleitungen auf Löhne und Standards der Beschäftigungsverhältnisse. Auch für jene, die formal nicht zu den ›Prekären‹ gerechnet würden, steigen Arbeitsbelastung und das Gefühl, dass es so



Solidaritätskundgebung für SYRIZA während der Verhandlungen mit der Eurogruppe in Brüssel, Februar 2015, © Aggeliki Koronaiou

nicht weitergehen kann. Besonders deutlich zeigt sich dieser Zusammenhang im Gesundheitswesen (vgl. http://visite.linksfraktion.de).

Glaubt man den Umfragen, ist die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ›zufrieden‹ mit der Regierung. Doch das Gefühl der Zufriedenheit ist relativ und abhängig von sozialen Standards. Vielleicht wird Schlimmeres befürchtet oder Alternativen sind unvorstellbar. Die Hegemonie der Regierung würde dann nicht so sehr auf aktiver Zustimmung beruhen, sondern auf Mangel an Alternativen und Resignation, vor allem in den sozial schlechter gestellten Teilen der Bevölkerung. Ein Hinweis dafür ist die sinkende Beteiligung an Wahlen. Gerade in sozialen Brennpunkten wächst der realistische Eindruck, dass von ›der Politik‹ nichts zu erwarten ist. Außer der LINKEN gibt es keine Partei, die die Interessen dieser Menschen aufgreift und vertritt; sie allein vermag jedoch nur selten spürbare Verbesserungen zu erreichen. Mal schließen die anderen Parteien eine Kooperation aus, mal sind die landespolitischen Spielräume zu gering. Es ist wichtig, dass die LINKE die Ansprüche an ein gutes Leben, auf Selbstverständlichkeiten in einer reichen Gesellschaft formuliert. Die LINKE muss soziale Missstände skandalisieren, sich mit den Menschen in ihren alltäglichen Auseinandersetzungen verbünden und sich nicht auf Stellvertreterpolitik beschränken. Denn ›unter‹ der scheinbaren Stabilität der politischen Situation brodelt es: sinkende Wahlbeteiligung, eine relativ erfolgreiche rechtspopulistische Partei, Demonstrationen und Kundgebungen, die sich gegen eine zur Bedrohung fantasierte Minderheit der Gesellschaft richten.

KÄMPFE VERBINDEN

Auch von links gibt es Bewegung: Kundgebungen für die Rechte von Flüchtlingen; Streiks und Kämpfe in Bereichen, die lange als ›unorganisierbar‹ galten, wie der Einzelhandel, gerade in der Bekleidungsbranche, viele von ihnen jung, mit Stundenverträgen, befristet, weiblich, mit Migrationshintergrund. Die beginnende Tarifrunde der Sozial- und Erziehungsdienste nimmt die Aufwertung von weiblich konnotierter Arbeit in den Blick: Warum sollte, wer Kinder erzieht und Menschen pflegt, weniger verdienen als jemand, der Autos oder Waffen produziert (vgl. Seppelt in diesem Heft)? Ob es

die vielen Initiativen gegen Mieterhöhungen, gegen die Privatisierung von Krankenhäusern, für die Rekommunalisierung von Energieversorgung, für den Erhalt von Stadtbibliotheken oder gegen die Erhöhung von Schwimmbadpreisen sind: An ganz unterschiedlichen Punkten zeigt sich, dass viele Menschen die Zumutungen von Profiterwartung und öffentlicher Armut nicht mehr akzeptieren.

Allerdings gelingt es kaum, Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Bereichen zu ziehen und Projekte zu formulieren, die die Kämpfe der unterschiedlichen Betroffenen zusammenführen oder zumindest gemeinsame Interessen formulieren könnten. Aus der Zergliederung entsteht keine Gegenhegemonie. Die Regierungspolitik zieht die Spaltungslinien immer wieder neu: zwischen ›Kernbelegschaften‹ der Exportindustrie einerseits, den unterbezahlten, überausgebeuteten Beschäftigten im öffentlichen Sektor und den Erwerbslosen andererseits. Doch es gibt Anzeichen, dass die Betroffenen mehr über die Verbindung ihrer Interessen wissen, als die Praxis vermuten ließe: In der Beschäftigtenbefragung der IG Metall, in der 500 000 überwiegend nicht prekäre Beschäftigte befragt wurden, galten die zunehmende Prekarisierung und Niedriglöhne als besonders problematisch. Auch die Beschäftigten in den Exportsektoren wissen um die Bedrohung ihrer Standards etwa durch Leiharbeit und Werkverträge. Sie spüren die Last der Arbeitsverdichtung, die ihr Gegenstück in der unfreiwilligen Teilzeit von anderen hat. Sie wissen um den Reichtum unserer Gesellschaft und wollen nicht, dass ihre NachbarInnen, Verwandten und Kinder von Job zu Job ziehen müssen oder einem Alter in Armut entgegensehen. Dieses Wissen ist eine Ressource, die sich stärker niederschlagen muss in gemeinsamen Kämpfen, in Solidaritätsstreiks oder der Erzwingung einer anderen Investitions- oder Steuerpolitik. Dort, wo Beschäftigte an der Grenze der Prekarität arbeiten und jederzeit abrutschen können, wo ›Normalbeschäftigte‹ neben SpringerInnen und WerkverträglerInnen arbeiten, wo die Arbeitsbelastung die eigenen Ansprüche an die Arbeit verletzt, lassen sich Verbindungen zwischen den verschiedenen Gruppen herstellen. Hier kann eine Kernklientel der LINKEN liegen – wenn sie es vermag, den Fokus auf die sozialen Ursachen der Probleme zu lenken und den Menschen eine Perspektive zur Aktivität, Selbsttätigkeit und Organisierung zu geben. Sie muss die Widersprüche in Bewegung bringen, indem sie Gelegenheit bietet, sich zu bewegen.

DAS MUSS DRIN SEIN!

Vor diesem Hintergrund startet die LINKE eine mehrjährige Kampagne gegen prekäres Leben und Arbeiten. Prekarität wird nicht nur als Problem der direkt Betroffenen begriffen, sondern als verfestigter Teil des gesellschaftlichen Produktionsmodells. Die Kampagne setzt zunächst an den Erfahrungen und unmittelbaren Problemen an und formuliert das Selbstverständliche: Arbeit, von der man leben und die Zukunft planen kann. Dass die einen nicht überarbeitet und die anderen nicht unterbeschäftigt sein sollen, sondern dass wir gemeinsam gesellschaftliche Lösungen für die Umverteilung von Arbeit finden müssen. Dass die Mindestsicherung von Menschen ein Grundrecht ist und nicht mit Sanktionen

verbunden werden darf. Dass Wohnen und Energie bezahlbar sein müssen, ohne dass die Menschen an den Rand gedrängt werden. Dass eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Bildung, Gesundheit und Pflege durch ausreichend Personal und bessere Arbeitsbedingungen gesichert wird. Das muss drin sein.

Das Augenmerk liegt nicht auf Werbung und Medienarbeit, sondern auf den Aktivitäten an der Basis. Die Kampagne sucht die Orte auf, an denen sich das Leben der Menschen abspielt, die von Prekarität betroffen oder bedroht sind, und skandalisiert konkrete Verhältnisse. Sie ist langfristig angelegt, will prekäre Beschäftigung und Lebensverhältnisse ins öffentliche Bewusstsein rücken, sie zum Bestandteil der politischen Auseinandersetzung machen. Die Kernforderungen sollen gesellschaftlich verankert, mehrheits- und durchsetzungsfähig gemacht werden. Sie wirkt damit – auch mit Öffentlichkeitsarbeit – gegen die Strategien der Ent-Nennungs und Spaltung der Regierung.

Die Kampagne hat den Anspruch, organisierend zu wirken: Die Betroffenen werden Akteure der politischen Auseinandersetzungen, können sich beteiligen und (sich) organisieren. Sie sollen Vertrauen in ihre politischen Handlungsmöglichkeiten gewinnen, indem Konflikte geführt werden, die – auch wenn es zunächst kleine Schritte sind – gewonnen werden können. Solche Konflikte zu ›finden‹ und zu führen, ist selbst ein Lernprozess und macht die ›Politikfähigkeit‹ einer Mitgliederpartei aus. Eine Politik der Organisierung von Hoffnung.

Beispiele für Befristungen reichen von der Universität über den Bundestag, Dienstleistungsbereich, kreative Projektarbeit bis weit in die produzierenden Betriebe hinein. Die Menschen werden in ihrer Arbeits- und Lebenswelt angesprochen. Unter diesem Dach können die Basisorganisationen eine regionale Forderung einbringen und so Brennpunkte vor Ort entstehen lassen. Das kann die Skandalisierung eines Betriebes oder einer Branche sein, die besonders hohe prekäre Beschäftigung hat (wie die Schlachthöfe in Niedersachsen), der Kampf gegen Mietwucher in einem Stadtteil oder für bessere Personalbemessung im örtlichen Krankenhaus. Die Kampagne ist in diesem Sinne auch ein Lernprozess, in dem Räume für Austausch geschaffen und Fähigkeiten zur Organisierung entdeckt und verbreitet werden. Bündnisse zwischen unterschiedlichen Gruppen (vor Ort) quer zu den sozialen Spaltungslinien sollen möglich werden. Es geht darum, gemeinsame (Klassen-)Interessen zu formulieren, statt sich nach unten abzugrenzen.

Die LINKE ist als aktive Mitgliederpartei durchaus geeignet, als Scharnier zwischen den verschiedenen Teilen der fragmentierten Linken wie der verschiedenen sozialen Kämpfe zu fungieren (vgl. Kipping/Riexinger 2013). Allerdings muss sie dafür auch ihre eigenen Fähigkeiten verbessern, aktiv und verbindend, aufregend und einladend agieren. Durch kreative und freche Aktionen machen Kampagnen Spaß und laden zum Mitmachen ein; sofern dies nicht nur bedeutet, einen bereits fertigen Plan umzusetzen, sondern die Kampagnenführung auch ein offener Prozess ist, in dem auch mitentschieden werden kann.

Die Kampagne steht im Zusammenhang mit der größeren strategischen Aufgabe der Linken, einen neuen ›Anker‹ zu entwickeln, der die Spaltung von Prekären, Erwerbslosen

und Kernbelegschaften bearbeitet (vgl. Kipping in diesem Heft). Mit den Forderungen zur Pflege, Gesundheit und Bildung wird einer veränderten Klassenzusammensetzung Rechnung getragen: Viel mehr Menschen sind in sozialen Dienstleistungen tätig als im Exportgewerbe. Die öffentliche Verarmung, die Politik von Prekarisierung von Leben und Arbeiten kann diese Beschäftigten in Widerspruch zur aktuellen Regierungspolitik bringen. Die Kampagne kann die Partei durch eine erneuerte, emanzipatorische Klassenorientierung stärken.

Die Aufgaben der LINKEN gehen über die unmittelbaren Forderungen der Kampagne hinaus. Sie will dazu beitragen, die gesellschaftlichen Verhältnisse nach links zu verschieben, und lenkt den Blick auf Veränderungen, die notwendig sind, um Prekarisierung anzugehen: eine Umverteilung von oben nach unten, von privat zu öffentlich – anders ist eine Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht vorstellbar. Eine Umverteilung von den Gewinnen zu den Löhnen – sonst ist Verkürzung von Arbeitszeit mit neuerlicher Prekarisierung verbunden. Eine Konversion der Exportindustrie auf nachhaltige, sozialökologische Entwicklungspfade und eine Demokratisierung der Investitionsentscheidungen, damit die Perspektive einer Gesellschaft aufscheint, in der demokratisch entschieden wird, was wie produziert wird.

Die Verbindung von radikaler Kritik und machbarer Politik ist etwas anderes als die Gegenüberstellung von Pragmatismus und Radikalismus. Allzu leicht verfallen wir in Streitigkeiten um die richtigen Forderungen auf dem Papier, aber zu selten um unterschiedliche Strategien praktischer Transformation. In Lateinamerika hat es die Linke in vielen Ländern geschafft, Mehrheiten zu gewinnen und der vorherrschenden neoliberalen Politik linke Alternativen wie Armutsbekämpfung, Rückeroberung der nationalen Ressourcen, Demokratisierung der Gesellschaft, Formen solidarischer Ökonomie usw. entgegenzusetzen. Demgegenüber erscheint Europa als erstarrte und leblose Demokratie, so Alvaro García Linera, stellvertretender Ministerpräsident von Bolivien, auf der Jahreskonferenz der Europäischen Linken in Madrid 2013. Die europäische Linke beschränke sich zu sehr auf die Anklage der herrschenden Zustände. Sie müsse auch Lösungsvorschläge unterbreiten, die von einem nennenswerten Teile der Bevölkerung aufgegriffen und mehrheitsfähig gemacht werden können. Linke Politik muss in der Lage sein, gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die drängenden Fragen und Lösungsansätze unserer Zeit zu führen, tragfähige Deutungsmuster über die gesellschaftliche Lage zu entwickeln und in den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen eine vorwärtstreibende Rolle zu spielen. Sie muss Wege zur Gegenhegemonie eröffnen. Der Wahlsieg von SYRIZA in Griechenland, die Chance auf einen linken Regierungswechsel in Spanien und die neue Dynamik in der Linken stehen für Risse in der Hegemonie des Neoliberalismus in Europa. Das Hinterland wird unruhig.

LITERATUR

Heitmeyer, Wilhelm und Jürgen Mansel, 2003: *Entleerung der Demokratie*, www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/pdf/ergebnisse_2003.pdf

Kipping, Katja und Bernd Riexinger, 2013: *Verankern, verbreiten, verbinden. Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE*, www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden

»WE ARE HERE TO STAY«

SELBSTORGANISIERUNG VON FLÜCHTLINGEN IN GEWERKSCHAFTEN

DAS BEISPIEL HAMBURG

PETER BREMME

Ver.di Hamburg und der DGB Hamburg verfügen über eine langjährige Praxis in der Beratung und Organisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Diese geht unter anderem auf eine gemeinsame Kampagne des ver.di-Fachbereichs 13 (Besondere Dienstleistungen) mit OrganizerInnen der US-amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU[1] im Jahr 2006 zurück. Damals ging es um die Organisierung von Beschäftigten des Hamburger Wach- und Sicherheitsgewerbes. Die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der SEIU, etwa in der Justice-for-Janitors-Kampagne, der von Ken Loach mit *Bread and Roses* ein filmisches Denkmal gesetzt wurde, hat uns damals regelrecht die Augen geöffnet: Auch in Hamburg gibt es eine unsichtbare Welt von deregulierten, informellen und illegalisierten Arbeitsverhältnissen, die in den regulären gewerkschaftlichen Strukturen nicht auftaucht. Wir nahmen daraufhin Kontakt zu den bestehenden Migrationsabteilungen von ver.di, der IG Metall und des DGB auf und

suchten den Austausch mit anderen Initiativen. Um in Hamburg eine gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen zu schaffen, gründeten wir schließlich *Migration und Arbeit* (MiGrar). Bald gab es erste Erfolge: 2008 konnte die Peruanerin Anna S., eine Hausangestellte ohne Papiere, die rund um die Uhr den Haushalt einer reichen Reederfamilie versorgte, vor dem Arbeitsgericht als ver.di-Mitglied ihr Recht erstreiten. Auch bulgarische TagelöhnerInnen, die 2011 als Scheinselbstständige für einen Subunternehmer eine staatliche Kaserne entkernten, traten ver.di bei, klagten und bekamen ihren ausstehenden Lohn erstattet. Zuletzt konnte 2014 eine Philippina, die in der Botschaft Griechenlands arbeitete und dort um ihren Lohn betrogen wurde, mithilfe von MiGrar das fehlende Geld einklagen.

In allen geschilderten und weiteren Fällen wurden MigrantInnen Mitglied der Gewerkschaft und genossen anstandslos die üblichen gewerkschaftlichen Leistungen wie Rechtschutz und Prozessvertretungen. Und das, obwohl es sehr wahrscheinlich war, dass die KollegInnen sich in absehbarer Zeit nicht mehr in der Bundesrepublik aufhalten würden. Allen Beteiligten war klar, dass hier ein neues politisches Feld ausgelotet wurde, an das es eigene Maßstäbe anzulegen galt. Diese langjährige Praxis wurde nie infrage gestellt. Die Organisierung illegalisierter MigrantInnen erschien in Hamburg schon als gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit. Als im Frühjahr 2013 168 Flüchtlinge der Gruppe *Lampedusa in Hamburg* kollektiv in ver.di eintraten, änderte sich das: Die ver.di-Leitung Hamburg stellte eine Anfrage beim zuständigen Ressort Organisationspolitik in Berlin, ob die Aufnahme von Flüchtlingen nach der Satzung überhaupt möglich sei. Für uns völlig überraschend, wurde dies in weiten Teilen negativ beantwortet.

LAMPEDUSA IN HAMBURG

Etwa 300 Flüchtlinge kamen im Frühjahr 2013 über Italien nach Hamburg. Sie hatten in Italien Papiere erhalten, die dort gültig waren. Aus verschiedenen afrikanischen Ländern stammend, hatten sie in Libyen gearbeitet, bis der Krieg sie von dort vertrieb. In Hamburg angekommen, taten sie etwas, wozu jede/r GewerkschafterIn ihnen geraten hätte: Sie organisierten sich selbst, um gemeinsam ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen wirkungsvoller durchsetzen zu können – zunächst noch ohne Arbeitgeber und ohne Gewerkschaft. Im Vordergrund stand das nackte Überleben. Die 400 Euro Startkapital, die die Flüchtlinge meist von den italienischen Behörden erhielten, um das Land schnellstmöglich zu verlassen, waren kurz nach der Ankunft in Hamburg aufgebraucht. Das Winternotprogramm der Stadt bot ihnen bis in den April eine Schlafmöglichkeit, danach blieb ihnen nur die Parkbank im langen kalten Winter 2013. Eine erste lautstarke Demonstration für die Rechte

PETER BREMME ist Leiter des Hamburger Landesfachbereichs 13 bei ver.di und dort mit der Organisierung prekär Beschäftigter befasst. Im Zusammenhang mit seinem Engagement zugunsten der FlüchtlingsaktivistInnen der Gruppe *Lampedusa in Hamburg* erhielt er im Sommer 2014 eine Abmahnung, die mittlerweile aber zurückgenommen wurde.



»Lampedusa in Hamburg«, Rasande Tyskar/flickr

von Flüchtlingen brachte im Frühjahr viele von ihnen in Kontakt mit UnterstützerInnen. Damit begann die Selbstorganisierung der Gruppe, die sich später *Lampedusa in Hamburg* nannte (Uhl/Möller 2014).

Als die St.-Pauli-Kirche ihre Pforten öffnete und 80 Flüchtlingen Unterkunft und Verpflegung bot, befeuerte sie mit diesem Schritt die öffentliche Debatte über den Umgang der Stadt mit den Flüchtlingen. Die Gruppe und ihre UnterstützerInnen erhoben die Forderung, über den §23 des Aufenthaltsgesetzes eine Gruppenlösung zu erwirken.[2] Viele Gewerkschaftsmitglieder solidarisierten sich mit diesem Projekt und versuchten, konkrete Hilfe zu leisten.

In Gesprächen mit den Flüchtlingen wurde deren gemeinsame Geschichte deutlich. Sie alle waren aus unterschiedlichen afrikanischen Ländern nach Libyen gekommen, um sich ein neues, besseres Leben aufzubauen. Dort hatten sie ihren Lebensunterhalt mit Berufen wie Automechaniker, Schneider, Köchin, Schweißer, Friseur, Sicherheitskraft, LKW-Fahrer, Maler, Laborassistent oder Journalistin bestritten. Eine große Gruppe war als Bauarbeiter beschäftigt, viele bei einer Tochter des deutschen Konzerns Bilfinger-Berger.

In den Diskussionen zwischen den Flüchtlingen und GewerkschafterInnen in Hamburg kam die Frage auf, wieso die Flüchtlinge sich nicht auch hier gewerkschaftlich organisieren sollten. Schließlich wollen sie bleiben, arbeiten und Teil der Gesellschaft werden. »We are here to stay« wurde ihr Leitspruch. 186 Flüchtlinge füllten die ver.di-Aufnahmeanträge aus und wurden so Mitglieder im Fachbereich 13. Nach dem Eintritt bildete sich ein Unterstützungskreis aus KollegInnen verschiedener DGB-Gewerkschaften, der Gewerkschaftsjugend und vielen Einzelpersonen, um für konkrete Solidarität mit den neuen KollegInnen zu sorgen. Es wurden Willkommenspartys im Gewerkschaftshaus gefeiert, Spendenkonten eingerichtet, Sammlungen von Kleidern und Dingen des täglichen Bedarfs unterstützt, Wohnraum gesucht etc. Auch Räumlichkeiten für Gruppentreffen im Gewerkschaftshaus wurden organisiert, eine Demoinfrastruktur wurde beigesteuert und natürlich die Aufnahme der Flüchtlinge innerhalb der Organisation abgesichert. Außerdem ging es darum, Anträge für den Landesbezirksvorstand zu formulieren, Flüchtlinge mit Betriebsräten und Vertrauens-

leuten zusammenzubringen und sympathisierende GewerkschafterInnen aus anderen Landesbezirken und befreundeten europäischen Gewerkschaften informiert zu halten.[3]

Die Flüchtlinge selbst gingen immer wieder auf die Straße und sorgten für mächtigen Wirbel in der Freien Hansestadt. Bis zu 15 000 Menschen beteiligten sich an ihren Demonstrationen, darunter viele GewerkschafterInnen. Die Flüchtlinge machten auf diesen Demos ihre ver.di-Mitgliedschaft deutlich sichtbar, indem sie die Mützen ihrer Gewerkschaft trugen und entsprechende Fahnen schwenkten.

FLÜCHTLINGE UND GEWERKSCHAFT – GEHT DAS GUT?

Es gab durchaus auch innergewerkschaftliche Kritik an der Aufnahme der Flüchtlinge. Einige monierten, dass viele der KollegInnen in den Betrieben das Engagement der Gewerkschaft für die Flüchtlinge nicht nachvollziehen könnten und ver.di am Ende mehr Mitglieder verlieren würde, als man durch die Aufnahme der Flüchtlinge hinzugewinnen könnte. Weiter hieß es, ver.di sei keine humanitäre Hilfsorganisation, für Flüchtlinge gäbe es andere Anlaufstellen. Wir, der Fachbereich 13, beantworteten Beschwerdebriefe und Austrittsandrohungen von Gewerkschaftsmitgliedern und verbanden dies mit dem Versuch, innergewerkschaftliche Überzeugungsarbeit zu leisten. Wir diskutierten mit dem Teil der Hamburger ver.di-Leitung, der einer Kollektivaufnahme der Flüchtlinge skeptisch gegenüberstand, und versuchten diesbezügliche gewerkschaftsinterne Kritik auch juristisch abzuwehren.

Aus der Sicht des ver.di Ressorts Organisationspolitik in Berlin war die Aufnahme der Flüchtlinge aufgrund der Erwerbslosendefinition der ver.di Satzung problematisch. Diese orientiert sich nicht am Zustand der Erwerbslosigkeit an sich, sondern an einer arbeitsmarktpolitischen beziehungsweise sozialrechtlichen Zuordnung als ›arbeitsuchend‹. In der Berliner Auslegung blieben Flüchtlinge entsprechend notwendigerweise außen vor, da sie aufgrund der bestehenden Beschäftigungsverbote im rechtlichen Sinne nicht arbeitsuchend sind. Diese Auslegung stieß auf starken innergewerkschaftlichen Widerstand. Der ver.di-Gewerkschaftsrat beschloss, dass noch vor dem nächsten Gewerkschaftstag eine Lösung im Sinne der Aufnahme von Flüchtlingen gefunden werden soll. Eine Mitgliedschaft sollte demnach unabhängig von der Art der Erwerbslosigkeit oder des Aufenthaltes zugelassen werden (vgl. LabourNet 2014).

SOLIDARITÄT HAT VIELE GESICHTER

Liegt bereits ein Arbeitsverhältnis vor, so erwarten Flüchtlinge oft sehr konkrete Hilfe von einer Gewerkschaft. Meistens sind Ausbeutungsverhältnisse der Grund für ausstehende Lohnzahlungen. Oft versuchen sich Arbeitgeber aus der Verantwortung zu stehlen, wenn es um die Fürsorgepflicht bei Krankheit oder Invalidität geht. So wollte ein Hafenbetrieb einem Kollegen ohne Papiere, der sich in die Hand gebohrt hatte, keine ärztliche Hilfe zukommen lassen. Ein undokumentierter Bauarbeiter, der vom Gerüst gefallen und anschließend querschnittsgelähmt war, wurde seinem Schicksal überlassen.

Oft sind es befreundete Organisationen, die diese Fälle ins Gewerkschaftshaus bringen. Dann stellt sich oft das Problem, dass eine

dreimonatige Mitgliedschaft vorliegen muss, bevor eine Gewerkschaft Rechtschutz bieten kann, oder dass hier Fälle von ›Schwarzarbeit‹ gewerkschaftlich begleitet werden und sich Hauptamtliche in legale Grauzonen begeben, wenn sie den KollegInnen helfen. Hier hilft zum Glück das Arbeitsrecht, das sehr trennscharf zwischen Vertragsrecht, Aufenthaltsrecht und Besteuerung unterscheidet und diese Themen nacheinander abarbeitet. Die oben genannte Anna S., die ohne Aufenthaltstitel in der Bundesrepublik arbeitete, konnte keine Steuern zahlen, weil der Reederhaushalt sie nicht gemeldet hatte. Nach dem gewonnenen Prozess wurde sie allerdings von den Steuerfahndern gefragt, ob sie nicht als Zeugin gegen ihre Arbeitgeber auftreten könne. Oft geht es um Standardfälle der Geltendmachung von Rechten mit der Besonderheit, dass die Dokumentation des Arbeitsverhältnisses bei Undokumentierten besonders aufwendig ist.

Treten nun Flüchtlinge ohne Arbeitsverhältnis, aber mit einer legalen Aufenthaltsmöglichkeit wie die Mitglieder der Gruppe *Lampedusa in Hamburg* der Gewerkschaft bei, kommen noch ganz andere Erwartungen ins Spiel. Sie betrachten die Gewerkschaft zunächst als zivilgesellschaftliche Kraft, die dazu beitragen kann, Flüchtlinge in ihren politischen und menschenrechtlichen Anliegen zu unterstützen. WanderarbeiterInnen, die aufgrund kriegerischer Interventionen europäischer Länder in Libyen und ohne eigenes Dazutun ihre Arbeit und Versorgungsmöglichkeit für ihre Familien verlieren, brauchen gewerkschaftliche Solidarität in allen Bereichen: Arbeit, Wohnen, Lebensunterhalt und Aufenthalt.
Von Gewerkschaften erwarten sie, dass sie ihnen behilflich sind, in ihren alten Berufen zu arbeiten oder neue Berufsfelder zu finden. Hierzu gehört die Vermittlung von Wissen (Sprache und Arbeitsweisen), von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten und Kontakt zu betrieblichen Netzwerken, wie ihn nur Gewerkschaften über ihre Aktiven-, Vertrauensleute- und/oder Betriebsrätestrukturen herstellen können. Gewerkschaftliche Solidarität mit Flüchtlingen muss auch Alltagsfragen umfassen.

Die Probleme der Flüchtlinge sind vielschichtig. Sie müssen sich gleichzeitig um Unterbringung, Aufenthalt, medizinische und finanzielle Versorgung sowie Bildung für ihre Kinder kümmern, politische Auseinandersetzungen führen, Gruppendynamiken managen etc. UnterstützerInnen stehen häufig erschlagen vor all diesen großen und kleinen Problemen. Hier ist der Zugang zu einem Netzwerk von Organisationen wie *Kein Mensch ist illegal*, kirchlichen Flüchtlingsinitiativen, *Pro Asyl, medinet* und anderen wichtig. Solche Netzwerke existieren in fast allen Großstädten, haben aber kaum Kontakt zu Gewerkschaften. Wenn die gewerkschaftlichen Strukturen und ihr Know-how rund um das Arbeitsleben mit dem Erfahrungswissen dieser Netzwerke zusammenkommen, kann eine machtvolle Struktur geschaffen werden. Ziel muss letztlich der Aufbau eines nicht nur bundes-, sondern auch europaweiten Basisnetzwerkes von gewerkschaftsnahen UnterstützerInnen sein.

LET'S WORK TOGETHER – MIT UND OHNE (RICHTIGE) PAPIERE

Notwendig ist eine europaweite gewerkschaftliche Kampagne zu den Arbeitsmöglichkeiten

von Flüchtlingen innerhalb der EU. Diese muss unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus die europäischen Bürgerrechte auch für Flüchtlinge einfordern. In welchem EU-Land Flüchtlinge auch immer anlanden: Warum sollen sie nicht die Möglichkeit bekommen, nach einer üblichen Wartezeit eine Arbeit in dem Land ihrer Wahl auszuüben? Die Sicherung von europäischen Rechten für Flüchtlinge könnte Kern einer politischen Kampagne werden.

Weiterhin bedarf es des Aufbaus einer Arbeitsvermittlungsagentur für Flüchtlinge innerhalb der EU. In Hamburg gibt es ein Pilotprojekt der Arbeitsagentur mit dem Namen xenos. Es versucht, die Berufschancen für Asylbewerber in der Zeit ihres Verfahrens zu ermitteln und bei erfolgreichem Asylverfahren auch den passenden Job zu vermitteln. Bei aller gebotenen Kritik an dieser Logik der Verwertung für den deutschen Arbeitsmarkt liegt hierin doch ein Gedanke, der interessant ist. Flüchtlinge erhalten ein Jobprofil ihrer mitgebrachten Qualifikation und ein Arbeitsplatzangebot. Schließlich können Gewerkschaften auch beim Aufbau eines Netzwerks zur Vermittlung von Wohnmöglichkeiten für Flüchtlinge in Privatunterkünften helfen – als anerkannte Alternative zur Lagerunterbringung (z.B. Wohnprojekte, Einzelpersonen, Kirchen). Stichwort: ›solidarisches Wohnen‹.

Summa summarum: Die Aufnahme von Flüchtlingen der Gruppe *Lampedusa in Hamburg* in ver.di stellte uns vor neue Herausforderungen und führte zu einigen Konflikten innerhalb der Gewerkschaft. Sie hat die Organisation und die KollegInnen, die aktiv mit den Flüchtlingen zusammenarbeiteten, aber auch bereichert und unseren Horizont erweitert. Fragen der Flüchtlingspolitik in Hamburg, aber auch auf der europäischen Ebene rückten viel stärker in unseren Blick. Wir haben gelernt, Flüchtlinge nicht nur als hilfsbedürftige Menschen, sondern auch als aktive und eigenständig kämpfende KollegInnen zu sehen. Wie alle Menschen, die für ihre Rechte eintreten und sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung in der (Arbeits-)Welt wehren, verdienen sie unsere Solidarität und sollten Teil der Gewerkschaften sein. Wir hoffen, dass die Hamburger Erfahrung KollegInnen in anderen Städten und Gewerkschaften ermuntert, sich offensiver mit Flüchtlingen zu solidarisieren, den direkten Kontakt zu suchen und ihnen konkrete Unterstützung zu bieten. Wir hoffen auch, das sie dazu beiträgt, die gewerkschaftliche Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen voranzubringen.

LITERATUR

LabourNet, 2014: *Flüchtlinge und ver.di am Beispiel Lampedusa in Hamburg*, http://www.labournet.de/interventionen/asyl/arbeitsmigration/gewerkschaften-und-migrantinnen/fluchtlinge-und-ver-di-am-bsp-lampedusa-in-hamburg/

Uhl, Susanne und Antje Möller, 2014: *Lampedusa und Hamburg. Ein schwieriger Weg zur Humanität*, www.fsk-hh.org/blog/2014/06/16/lampedusa_in_hamburg

1 Die SEIU (*Service Employees International Union*) organisiert vor allem Dienstleistungsbeschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor. Schwerpunkte liegen im Gesundheitswesen, in der Gebäudereinigung und beim privaten Sicherheitspersonal. Mit ihren knapp zwei Millionen Mitgliedern gilt sie als die am schnellsten wachsende Gewerkschaft in den USA.

2 Nach § 23 des Aufenthaltgesetzes kann die oberste Landesbehörde bestimmten Flüchtlingsgruppen aus akuten Kriegs- bzw. Krisengebieten – etwa aus Syrien – eine Aufenthaltserlaubnis erteilen.

3 Besonders erwähnenswert sind die Aktivitäten der FNV Bongenoten, die in dem Film »Dringend gesucht – Anerkennung nicht vorgesehen« dokumentiert wurden, vgl. http://www.kiezfilme.de/dringend/index.htm.

INTERVIEW

ÜBERARBEITET UND ÜBERSCHULDET

DIE ZUKUNFT VON ARBEIT, FREIZEIT UND KONSUM

JULIET SCHOR

Muster von Arbeit, Freizeit und Konsum ändern sich nicht über Nacht, wir befinden uns aber seit einem halben Jahrzehnt in einer tief greifenden Krise. Ganz offensichtlich hat sich diese massiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt, aber sehen Sie Anzeichen für andere dauerhafte Veränderungen?

Einige Trends, die vor dem Crash von Bedeutung waren, haben sich inzwischen abgeschwächt. Ich denke da an das, was ich das Fast-fashion-Modell des Konsums genannt habe: Import preiswerter Fabrikwaren, von denen die Menschen immer mehr in immer kürzeren Zeiträumen erwarben, immer schnellere Modezyklen und Zyklen des Kaufens, Nutzens und Wegwerfens. Offensichtlich ist dies im Bereich der Bekleidung, aber es zeigt sich auch in der Unterhaltungs- und Haushaltselektronik, eigentlich bei fast allen Konsumgütern. Vieles davon wurde über Kredite finanziert oder durch längere Arbeitszeiten, aber die Preise für viele Produkte stürzten zeitweise in den Keller. Man bekam einen DVD-Player für 19 US-Dollar. Aber das war eine besondere Periode. Ich glaube nicht, dass wir das so bald wieder erleben werden.

Die andere zentrale Entwicklung ist eine Spaltung des Konsumgütermarktes, die sich schon seit längerer Zeit abzeichnet. Das liegt am wirtschaftlichen Absturz und an der Schrumpfung der Mittelschichten. Wir haben einerseits einen wachsenden Low-end-Sektor mit Ramschläden und Einzelhandelsstrukturen, die selbst Walmart als teuer erscheinen lassen, andererseits die Expansion eines High-end-Luxus-Marktes. Darin spiegeln sich die Entwicklungen beim Einkommen und Vermögen wider. Es gibt eine größere Zurückhaltung beim Schulden machen, sodass der Konsum auf Pump zurückgegangen ist. Haushalte kommen derzeit auch nicht mehr so leicht an Verbraucherkredite. Parallel erleben wir den Aufstieg ›alternativer Konsumptionskulturen‹: Immer mehr Menschen rücken von dominanten Lebensstilen der letzten Jahrzehnte ab, die im Wesentlichen auf Hyperkonsum, Markenfetisch und Massenproduktion basierten. Sie wollen ökologisch bewusster leben und präferieren etwa handwerkliche und selbst gefertigte Produkte.

Was waren aus Ihrer Sicht die Schlüsselfaktoren für das Aufkommen des auf Massenkonsum basierenden Kapitalismus in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg? Es scheint etwas verkürzt, nur auf die Bedeutung der Werbeindustrie abzuheben. Einige betonen die besondere Wirkung von massenmedial verbreiteten Vorbildern von bestimmten Lebensstilen. Der Ökonom James K. Galbraith etwa hat auf den endlosen Strom von neuen Produkten verwiesen, die neue Begehrlichkeiten erzeugen: den sogenannten Abhängigkeitseffekt.

Die alte Vorstellung vom Monopolkapital und die Erzählung von der einflussreichen Marketingindustrie, die zur Belebung der Nachfrage Riesenanstrengungen unternehmen, um die Leute zum Kaufen zu animieren, ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Aber ich finde sie zum großen Teil nicht wirklich überzeugend. Schauen wir uns den Arbeitsmarkt in der Nachkriegszeit an. Damals wurde die steigende Produktivität nicht zur Arbeitszeitverkürzung genutzt. Stattdessen wurde der Produktivitätszuwachs in höhere Einkommen überführt und zur Expansion des *output* genutzt: Es stiegen also die Löhne und Profite. Produktivität und Reallohnentwicklung wurden sogar explizit aneinandergekoppelt. Das hat die Konsumnachfrage gesteigert, weil nun Geld in die Taschen der Leute floss. Man könnte natürlich fragen, warum diese nicht mehr Geld gespart haben. Dass die Sparquote eher niedrig war, lag meiner Meinung nicht in erster Linie an der Werbung. Hier spielt eine große Rolle, dass wir es mit einer von Konkurrenz und Ungleichheit geprägten Gesellschaft zu tun haben, in der deine Stellung ganz stark davon abhängt, wie du lebst, was du einkaufst und was du vorzuweisen hast.

JULIET SCHOR ist Ökonomin und forscht zur Veränderung von Arbeit, Freizeit und Konsum. Sie ist Professorin für Soziologie am Boston College. Von ihr erschien unter anderem *The Overworked American: The Unexpected Decline of Leisure* (1993), *The Overspent American: Upscaling, Downshifting, and the New Consumer* (1999) *und Plenitude: The New Economics of True Wealth* (2010).

Mit steigenden Einkommen gehen bestimmte (Konsum-)Normen einher, mit denen man mithalten muss, um dazuzugehören. Das wäre auch unabhängig von der Werbung so. Dass der Konsum gestiegen ist, ist eher den Entwicklungen auf der Produktionsseite zuzuschreiben.

Hinzu kommt, dass unter Zeitstress die Menschen zu geldintensivem Freizeitverhalten neigen. Sie fahren für drei Tage in die Karibik oder geben viel aus, um ›den Stress abzuschütteln‹ oder um sich selbst für so viel harte Arbeit zu belohnen.

Seit den 1970er Jahren haben sich in den USA die Arbeitszeiten um mehr als einen Monat pro Jahr verlängert – ein dramatischer Anstieg. Hinzu kommt eine Intensivierung der Arbeit. Dies erzeugt ein starkes Gefühl von Unsicherheit und Stress, das vermehrt zu Burn-out und Depressionen führt. Parallel gingen die Löhne zurück. Es gibt permanent Angriffe auf Gewerkschaften von Unternehmensseite und von der Politik, selbst unter der Regierung demokratischer Präsidenten. Die Haushalte versuchen, die sinkenden Einkommen durch Mehrarbeit zu kompensieren beziehungsweise dadurch, dass sich immer mehr Familienmitglieder auf dem Arbeitsmarkt verdingen, der gleichzeitig immer weniger sichere Beschäftigungsverhältnisse

bietet. Um den Lebensstandard zu halten und die extrem hohen Gesundheits- und Ausbildungskosten für die Kinder zu bewältigen, nehmen viele Familie Kredite auf, sodass immer größere Anteile der Bevölkerung überschuldet sind.

Wird ein höheres Konsumniveau immer noch angestrebt? Wirkt der Luxuskonsum der Reichen noch als Leitkultur?

Während des Kollapses der Finanzmärkte und ihrer teuren Rettung und kurz danach legten die Reichen eine stärkere Zurückhaltung an den Tag, zumindest, was besonders ostentative Formen des Konsums angeht. Inzwischen wird Reichtum wieder etwas offener zur Schau gestellt. Doch im Allgemeinen frönen die Wohlhabenden ihrem Luxuskonsum außerhalb der Sichtweite der einfachen Leute und der Armen in den abgesonderten Welten ihrer *gated communities*, Business-Zonen und Clubs. Besonders protzige Fahrzeuge wie etwa der Hummer sind out und werden sozial geächtet, auch weil es ein zunehmendes ökologisches Bewusstsein gibt.

Ökologische Fragen werden sehr moralisierend debattiert, sodass ein umweltbewusster Lebensstil, der auf eine Reduzierung von Treibhausgasen abzielt, zunehmend mit gesellschaftlicher Anerkennung verbunden ist, vor allem bei den Hochgebildeten an der Ost- und Westküste. Ein ökologisch sensibler Konsum wird auch im Mainstream zunehmend angestrebt. Aber dann gibt es die vielen Leute, die einfach nur versuchen, über die Runden zu kommen, und die es sich es aus ihrer Sicht nicht leisten können, sich viele Gedanken über die ökologischen Folgen ihres Verhaltens zu machen. Die Ironie daran ist, dass deren ökologischer Fußabdruck aufgrund ihres Einkommens deutlich geringer ausfällt als bei den Wohlhabenden.

Kommen wir noch einmal auf das Thema Werbung zurück. Ob im Internet, im Fernsehen oder in Schulbüchern, sie scheint allgegenwärtig. Und sie ist immer spezialisierter. Wie wirkt sich das aus?

Auch wenn dies etwas kontraintuitiv erscheinen mag: Werbung ist inzwischen auch deshalb so omnipräsent, weil der ehemalige Kern des Werbegeschäfts, nämlich die Fernsehspots, an Bedeutung verloren haben. Die Zuschauer sind nicht mehr gezwungen, sich diese anzusehen, was aus Sicht der Werbung einen Riesenverlust darstellt, denn die 30- oder 60-sekündigen TV-Spots waren viel wirkmächtiger als alles, was sich WerbeexpertInnen seither in Bezug auf die räumliche Ausweitung ausgedacht haben. Werbung im Internet ist weit weniger wirksam. Das ist also eines der Paradoxe der Werbung zum gegenwärtigen Zeitpunkt: Im Moment ihrer Allgegenwart verliert sie an Einfluss. Zum einen fehlt das zentrale Medium, das alle erreicht. Die Vielfalt von Kommunikations- und Informationskanälen macht es kompliziert und teuer, Werbung richtig zu platzieren. Zum anderen lernen die KonsumentInnen, sehr selektiv mit Werbung umzugehen, oder stumpfen ab.

Bei Kindern und Jugendlichen ist das allerdings nicht so. Werbung richtet sich immer stärker an sie, da sie noch keinen souveränen Umgang mit Werbung erlernt haben und zugleich als Konsumentengruppe immer wichtiger werden. Hier ist Werbung viel effektiver. Und dennoch: Ich will nicht zu



Jahrelang prangten die zwei Murals des Streetart-Künstlers BLU an den Brandmauern der Cuvrybrache in Berlin-Kreuzberg. Wohl aus der Befürchtung, künftige Investoren könnten seine Kunst kapitalisieren oder zerstören, ließ er sie im Dezember letzten Jahres schwarz übermalen. CBS Fan/flickr

weit gehen, aber aus meiner Sicht ist Werbung zumindest bei Erwachsenen nicht sehr zentral für die Prägung von Konsummustern.

Können Produktions- und Konsumtionsnormen durch bewusstere Kaufentscheidungen entscheidend verändert werden?

Es gibt in der Soziologie und ganz allgemein in den Sozialwissenschaften viele kritische Stimmen zu ethischem, politischem oder grünem Konsum. Manche behaupten, er habe eher nachteilige Auswirkungen, weil er die Menschen dazu verleite, zu denken, dass mit ihrem Kauf- und Konsumverhalten gesellschaftliche Probleme gelöst werden könnten. Und weil er sie davon abhalte, sich mit anderen für gesellschaftliche Lösungen für Umweltprobleme, Konflikte in der Arbeitswelt, Armut und Entwicklung im globalen Süden einzusetzen.

Ich habe hierzu eine Studie durchgeführt, wobei wir eine Gruppe von zufällig aus der Bevölkerung ausgewählten Untersuchungspersonen einer Gruppe von Menschen gegenübergestellt haben, die wir als politische oder ethische VerbraucherInnen beziehungsweise als bewusste KonsumentInnen bezeichnet haben. Ein Ergebnis war: Es gibt tatsächlich einen hohen Grad an Überschneidung zwischen Menschen, die individuell gezielte Kaufentscheidungen treffen, und solchen, die sich

sozial und politisch engagieren und versuchen, kollektive Lösungen für Umwelt- oder andere gesellschaftliche Probleme zu finden. Wer gegen Sweatshops kämpft, wird keine Kleidung von Unternehmen, die dort produzieren lassen, kaufen; und wer besorgt ist über wachsende Umweltprobleme, wird nicht Dinge erwerben, die im Gegensatz zu den eigenen Werten stehen. Wir haben es also mit Menschen zu tun, die bereits vorher politisch (aktiv) waren, und deren Überzeugungen sich nun auch auf das Kaufverhalten auswirken. Es gibt aber auch solche, bei denen es umgekehrt war. Sie waren zuerst bewusste KonsumentInnen und wurden danach politisch aktiv. Die These, dass bei »grünen KonsumentInnen« die Bereitschaft, sich an kollektiven Formen des politischen Engagements zu beteiligen, geringer ausgeprägt sei als bei anderen, wird von dieser Untersuchung und anderen Studien in keiner Weise belegt.

Meiner Auffassung nach ist ein verändertes Konsumverhalten in den Gesellschaften, in denen wir heute leben, ein wichtiger Teil von breiteren politischen Kampagnen, in denen es um ökologische Fragen oder um eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen geht. Wir sehen eine Reihe von NGOs, die in Kampagnen involviert sind, die sich auf den Markt konzentrieren und versuchen, dort Veränderungen herbeizuführen – einige von ihnen zählen zu den erfolgreichsten in den letzten Jahren. Die Menschen haben sich vermehrt auch deswegen dem Markt zugewandt, weil er eine Arena darstellt, in der man – so sieht es zumindest aus – wenigstens kurzfristig einige Ziele erreichen kann.

Einige der erfolgreichsten politischen Kampagnen versuchten über die Beeinflussung des Kaufverhaltens die betreffenden Unternehmen zu schädigen und unter Druck zu setzen. Die Marktmacht von KonsumentInnen wird mobilisiert, weil damit eine hohe Aufmerksamkeit und auch kurzfristige Erfolge erzielt werden können, während die mühevolle Organisierungsarbeit oder die Durchsetzung tariflicher und/oder gesetzlicher Standards langwierig ist.

Können wir durch Änderungen beim Konsum oder durch gerechtes Marktverhaltenden Klimawandel verhindern? Selbstverständlich nicht. Oder können wir allein durch Druck auf die Märkte bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen? Selbstverständlich nicht. Zu meinen, dass dies ausreichen würde, wäre ein großer Fehler. Aber ich bin davon überzeugt, dass die meisten, die in diesem Feld aktiv sind und versuchen, das Verbraucherverhalten nachhaltig zu verändern, nicht so naiv sind, dies zu glauben.

Soziale und ökologische Probleme werden oft in einen Gegensatz gebracht. Gibt es Möglichkeiten, die Probleme der überarbeiteten, überschuldeten und verunsicherten 99 Prozent und der wachsenden Ungleichheit und der Überausbeutung der Natur gemeinsam anzugehen?

Ich sehe keinerlei positive Zukunft, solange wir keine wirksame Antwort auf die Klimakrise finden. In meinem letzten Buch *Wahrer Wohlstand* beschäftigte ich mich mit der Frage, was zu tun ist. Ganz offensichtlich müssen wir uns in Richtung eines Systems erneuerbarer Energien bewegen. Wir brauchen – das ist allgemein anerkannt – eine CO_2-Steuer oder eine schärfere Regulation von Treibhausgasen. Was allerdings weniger anerkannt ist, ist der Umstand, dass wir niemals in der Lage sein

werden, den Klimawandel mit einem Modell in den Griff zu bekommen, das weiterhin auf die Ausweitung des wirtschaftlichen Wachstums setzt. Daher müssen wir uns dringend der Frage der Arbeitszeitverkürzung annehmen, weil dies der einzige Weg ist, die Expansion der Wirtschaft auf vernünftige Weise zu stoppen. Im Kern unserer Bemühungen sollte stehen, auf einen Pfad zurückzukehren, der uns dazu bringt, steigende Produktivität wieder zur Verkürzung von Arbeitszeit zu nutzen. Dies würde uns die großartige Möglichkeit eröffnen, den Arbeitsmarkt wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, Erwerbslose zu integrieren und die Arbeit gerechter zu verteilen. Es wird viel über die Verteilung von Einkommen geredet, aber nicht über die Verteilung von Arbeitsstunden, die doch eine wesentliche Grundlage der Einkommensverteilung ist. Aufgrund der reduzierten Arbeitsstunden würde das Einkommen der Menschen tendenziell stagnieren, sodass die unteren Einkommen angehoben und die oberen abgesenkt werden müssten.

Es geht also um eine gerechtere Art, den Zugang zu und die Verteilung von Arbeit zu regeln, darum, mehr freie Zeit zu haben und größere gesellschaftliche Anstrengungen zu unternehmen, um grundlegende menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, vor allem auf der lokalen und Nachbarschaftsebene. Für die Grundversorgung der Bevölkerung wären zum Beispiel kommunale Versorgungsbetriebe in öffentlicher Hand zu schaffen, die Energie und Wärme zu vernünftigen Preisen bereitstellen, es wäre das öffentliche Verkehrswesen auszubauen sowie die öffentliche Nahrungsversorgung. Es gibt einige sehr interessante Ansätze im globalen Süden, die BäuerInnen und KonsumentInnen in lokalen Nahrungsmittelökonomien zusammenbringen und bei denen es nicht um hochpreisige Biokost für wenige geht, wie bei uns, sondern um erschwingliche Lebensmittel, mit der die Versorgung der einfachen Leute sichergestellt werden kann. Also kürzere Arbeitszeiten, erfüllte Grundbedürfnisse – hierzu gehören eine angemessene Unterkunft, eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung – das ist die Richtung, in die wir uns bewegen sollten. Der Kampf gegen den Klimawandel und der Kampf für eine soziale Grundversorgung gehen für mich Hand in Hand.

Zentral ist dabei der Umgang mit Zeit. Ich bin davon überzeugt, dass das Ergebnis einer gesellschaftlichen Transformation, die auf stabile Einkommen und mehr freie Zeit für alle setzt, eine grundlegend gewandelte Verbraucherkultur ist. Bei dieser neuen Kultur geht es nicht mehr länger darum, alles Neue auf dem Markt zu erwerben, das Muster »Arbeite hart und gib viel aus«, wie ich es einmal genannt habe, hätte ausgedient, genauso wie die weit verbreitete Wegwerfmentalität. Es wäre eine Kultur, die nicht länger von den Medien bestimmt ist, sie wäre ›wahrhaft materialistisch‹ in dem Sinne, dass man den Dingen, die man hat, wirkliche Aufmerksamkeit schenkt. Und es wäre eine Kultur des Konsums, die mehr den Bedürfnissen der Erde entspricht.

Dies ist eine gekürzte Fassung eines Interviews aus Dollars & Sense. Aus dem Englischen von Corinna Trogisch und Mario Candeias.

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Barbara Ehrenreich: Klassenkrieg und die Produktion v on Unsicherheit

GARANTIERTE PREKARISIERUNG

DIE »JUGENDGARANTIE« DER EU

THOMAS SABLOWSKI

SANDRA SIERON

Die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen lag in der Europäischen Union (EU) im dritten Quartal 2014 laut Eurostat bei 21,3 Prozent. In Spanien waren es offiziell 52,4, in Griechenland 49,5, in Kroatien 40,4 und in Italien 39,3 Prozent. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU ist nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern zunehmend auch ein politisches für die Regierenden. Denn die Protestbewegungen gegen die Krisenpolitik der EU-Regierungen und der Troika von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds werden in hohem Maße von jungen Menschen getragen. So ist es nicht verwunderlich, dass der wiedergewählte Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, in seiner ersten Rede vor dem neu konstituierten Parlament am 1. Juni 2014 das »schockierende Niveau der Jugendarbeitslosigkeit«, das eine »Bedrohung für unsere Demokratie« sei, gleich an erster Stelle der politischen Herausforderungen in seiner neuen Amtsperiode nannte (Schulz

2014). Und auch der neue Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, eröffnete die Vorstellung seiner politischen Leitlinien für die zukünftige Arbeit der Kommission mit der Bemerkung, die Jugendarbeitslosigkeit habe Höchststände erreicht, und erklärte die Schaffung neuer Arbeitsplätze zum primären Ziel seiner Agenda (Juncker 2014, 2).

POLITIK MIT DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IM KAMPF UM HEGEMONIE

Die ›Entdeckung‹ des Problems der Jugendarbeitslosigkeit durch die SpitzenpolitikerInnen der EU ist freilich nicht ganz neu. Bereits im Jahr 2005 vereinbarte der Rat der Europäischen Gemeinschaft, dass erwerbslosen Jugendlichen ein »Neuanfang« binnen sechs Monaten nach Eintritt der Erwerbslosigkeit ermöglicht werden soll. Am 6. Juli 2010 forderte das Europäische Parlament die Kommission und den Rat auf, durch eine »Europäische Jugendgarantie« sicherzustellen, dass junge Menschen nach einer Arbeitslosigkeit von maximal vier Monaten einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle, eine Zusatzausbildung oder eine Kombination aus Arbeit und Ausbildung angeboten bekommen. Die Europäische Kommission machte sich dies in ihrer Mitteilung »Jugend in Bewegung« am 15. September 2010 zu eigen und forderte die Mitgliedstaaten auf, entsprechend tätig zu werden. Passiert ist daraufhin jedoch zunächst wenig.

Am 5. Dezember 2012 legte die EU-Kommission dann einen Vorschlag zur Einführung einer »Jugendgarantie« vor. Der Rat der EU verabschiedete eine entsprechende Empfehlung am 22. April 2013. Empfehlungen haben für die Mitgliedstaaten nicht die gleiche Verbindlichkeit wie Richtlinien, Verordnungen oder Entscheidungen des Rates. Dass inzwischen jedoch nationale Implementierungspläne für die »Jugendgarantie« vorliegen, dürfte damit zusammenhängen, dass das Problem der Jugendarbeitslosigkeit sich in den letzten Jahren erheblich zugespitzt und dass die EU für die Einführung der »Jugendgarantie« auch finanzielle Mittel mobilisiert hat. Zum einen sind Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für den Zeitraum 2014 bis 2020 in Höhe von 10 Milliarden Euro jährlich vorgesehen. Zum anderen sollen durch eine »Beschäftigungsinitiative für junge Menschen« weitere EU-Gelder in Regionen fließen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent liegt. Auf die »Beschäftigungsinitiative für junge Menschen« soll im Zeitraum 2014 bis 2015 ein Budget von 6 Milliarden Euro entfallen, wobei für 3 Milliarden Euro ein neuer Haushaltstitel der EU eingerichtet wird und die betroffenen Mitgliedstaaten mindestens noch einmal 3 Milliarden Euro durch eine entsprechende Widmung der

THOMAS SABLOWSKI ist Referent für die politische Ökonomie der Globalisierung am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift. Für die Stiftung ist er außerdem im Blockupy-Bündnis aktiv und war an der Planung der Proteste gegen die EZB-Eröffnung beteiligt.

SANDRA SIERON studiert Politikwissenschaften in Frankfurt/M. Im Rahmen ihres Praktikums am Institut für Gesellschaftsanalyse hat sie zum Thema Jugendgarantie gearbeitet.

ihnen zugewiesenen Mittel des ESF aufbringen müssen. Soweit es sich hier nicht um zusätzliche öffentliche Ausgaben handelt, sondern nur um eine spezifische Neuaufteilung des EU-Budgets, entstehen also keine neuen Multiplikatoreneffekte.

EIN TROPFEN AUF DEN HEISSEN STEIN

Die Gelder der »Beschäftigungsinitiative für junge Menschen« werden übrigens interessanterweise nicht proportional zur Zahl der erwerbslosen Jugendlichen in den Ländern, die an dem Programm teilhaben, verteilt, sondern nach politischen Gesichtspunkten. Von den 3 Milliarden Euro des neuen Haushaltstitels der EU entfällt der höchste Betrag mit 881 Millionen Euro auf Spanien, gefolgt von Italien (530 Mio. Euro) und Frankreich (290 Mio. Euro). Großbritannien erhält weniger Geld, obwohl dort mehr Menschen der Kategorie »Not in Employment, Education or Training« (NEET) leben als in Spanien.[1] Auch der jeweilige Anteil der NEETs an der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen erklärt nicht die Verteilung der EU-Mittel. Denn Bulgarien, das Land mit der höchsten NEET-Rate in der EU, erhält 294 Euro pro NEET, während Italien, das Land mit der zweithöchsten NEET-Rate, 416 Euro pro NEET erhält, gefolgt von Griechenland mit 734 Euro, Irland mit 616 Euro und Spanien mit 1 038 Euro pro NEET. Dass die absolut höchsten Beträge auf Spanien, Italien und Frankreich entfallen, dürfte damit zu erklären sein, dass diese Länder für den europäischen Binnenmarkt bedeutender sind als kleinere Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal und dass Ende 2012/Anfang 2013 die wirtschaftliche und politische Situation in Italien, Frankreich und Spanien besonders instabil erschien, wenn man von den Ländern absieht, die sowieso schon den Programmen der Troika unterlagen. Kurzum: Der weitere Verlauf der Krise der EU schien sich zu jener Zeit in diesen Ländern zu entscheiden.

Die EU-Jugendgarantie entspricht dem neoliberalen Konzept der ›Flexibilisierung‹ des Arbeitsmarktes und der ›aktivierenden‹ Arbeitsmarktpolitik, die auch für die Agenda 2010 in Deutschland bestimmend waren. Ferner muss die EU-Jugendgarantie als eine Maßnahme im Rahmen der Lissabon-Strategie und des auf ihr aufbauenden Programms »Europa 2020« verstanden werden. Im Rahmen der Lissabon-Strategie wurden unter anderem auch politische Ziele für den Arbeitsmarkt formuliert, die sich speziell auf Jugendliche und junge Erwachsene bezogen. So sollte deren europaweite Mobilität gefördert werden, die Quote der SchulabbrecherInnen auf zehn Prozent gesenkt werden und die Zahl der 18- bis 24-Jährigen, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen und keine weiterführende Berufsausbildung durchlaufen haben, bis 2010 halbiert werden.

Unter den sieben ›Flaggschiffinitiativen‹ für »Europa 2020« findet sich die Initiative »Jugend in Bewegung«, die Vorgaben zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme enthält und den Eintritt von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt erleichtern soll, sowie die »Agenda für Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten«, mit der die Arbeitsmärkte »modernisiert«, der lebenslange Erwerb von Qualifikationen gefördert sowie »Arbeitsangebot« und »Arbeitsnachfrage« besser aufeinander abgestimmt werden



Peter Bihr/flickr
Viktor Rosenfeld/flickr



sollen, unter anderem durch die Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte.

»PASSIVE« JUGENDLICHE ALS ZIELSCHEIBE

Entsprechend den Konzepten der ›aktivierenden‹ Arbeitsmarktpolitik zielt die Jugendgarantie auf Jugendliche und junge Erwachsene, die als passiv beschrieben werden (die sogenannten NEETs, s.o.). Obwohl die EU-Kommission mit Verweis auf Eurostat-Daten selbst darauf aufmerksam macht, dass strukturelle Faktoren wie ein Migrationshintergrund, die Herkunft aus einem einkommensschwachen Haushalt, eine Behinderung oder das Leben in einem abgelegenen Gebiet die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass jemand der Gruppe der NEETs angehört (vgl. Europäische Kommission 2012, 4), verfolgt sie einen Lösungsansatz, der die Ursachen der ›Passivität‹ beim Individuum sucht. Es geht vor allem darum, *employability*, die ›Beschäftigungsfähigkeit‹ zu verbessern. Die Frage, ob die zunehmend besser ausgebildeten Jugendlichen auch auf ein entsprechendes Arbeitsplatzangebot treffen oder ob sie trotz besserer Ausbildung nicht letztlich um eine gleichbleibende oder gar relativ schrumpfende Zahl von Arbeitsplätzen konkurrieren, wird gar nicht gestellt. Schauen wir uns die Zahlen an: Der Anteil der Graduierten in der EU-28 stieg in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen von 34,5 Prozent im Jahr 2007 auf 45,6 Prozent im Jahr 2012. Im selben Zeitraum stieg die Arbeitslosenquote der AkademikerInnen in dieser Altersgruppe von 11,5 Prozent auf 18,1 Prozent. Es gibt also in der EU immer mehr HochschulabsolventInnen, zugleich steigt die Zahl der erwerbslosen AkademikerInnen.

Der ständige Wechsel zwischen Erwerbstätigkeit und Aus- und Weiterbildung wird zum Leitbild erhoben – im Einklang mit der Vorstellung des »lebenslangen Lernens«. De facto wird das Bildungssystem verstärkt als Zwischenlager für Erwerbslose genutzt, verändert sich aber auch qualitativ dadurch, dass es stärker der Arbeitsmarktpolitik untergeordnet wird. Bildung als Mittel der Emanzipation und der allseitigen Entwicklung des Individuums tritt weiter in den Hintergrund, während die »berufliche Kompetenzförderung« und der nahtlose Übergang von der Ausbildung zur Arbeit in den Vordergrund rücken. Das Scheitern des Letzteren wird als mangelnde Übereinstimmung des Bildungswesens mit den Qualifikationsanforderungen der Unternehmen interpretiert; daraus wird der Bedarf abgeleitet, das Bildungswesen weiter im Sinne ›der Wirtschaft‹ zu reformieren. In diesem Sinne ist eines der zentralen Vorhaben der EU im Rahmen der Beschäftigungspolitik für Jugendliche, einen »Qualitätsrahmen für Praktika« zu schaffen und eine »Europäische Ausbildungsallianz« zur Förderung dualer Ausbildungssysteme nach deutschem Vorbild voranzutreiben.

EIN GESPENST GEHT UM: DER »UNTERNEHMERGEIST«

Eines der Ziele der Jugendgarantie ist es, den »Unternehmergeist« junger Leute zu fördern: »Erfolgreiche Unternehmer sind als Rollenmodelle wichtig für die Förderung des Unternehmergeistes bei jungen Menschen«, so die Europäische Kommission (ebd., 26f). Die »Unterstützung bei kontinuierlicher Beratung junger Menschen zu Unternehmens-

gründung und Selbständigkeit« sowie die »Bereitstellung von mehr Gründungshilfen« werden als Mittel zur Umsetzung der Jugendgarantie gesehen. Durch die Einführung von »Unternehmensgründungsunterricht« soll bereits in der Schule der Unternehmergeist geweckt werden. Das Rezept ist einfach: Wenn partout kein Job gefunden werden kann, dann machen sich eben alle selbständig, bis die offizielle Statistik stimmt. Dafür gibt es auch materielle Anreize. Der Plan der spanischen Regierung zur Umsetzung der Jugendgarantie sieht zum Beispiel vor, für die ersten Monate der Selbständigkeit eine »Flatrate« bei Steuern und Abgaben einzuführen und den Bezug von Arbeitslosenhilfe zu ermöglichen, die zugleich als »Kapital« genutzt werden soll. Die Konkurrenzfähigkeit solcher Existenzen ist zutiefst fragwürdig und nicht von Sanktionsmechanismen losgelöst, für die sich »Hartz IV« und alle früheren Workfare-Programme als Vorbild erweisen. Das Risiko des Einkommensverlustes bei Erwerbslosigkeit wird dabei komplett auf das Individuum abgewälzt. Alle Maßnahmen, die die EU-Kommission für die Umsetzung der Jugendgarantie vorgeschlagen hat, beruhen auf den »Grundsätzen der gegenseitigen Verpflichtung«, die die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vorschreiben und Sanktionen bei mangelnder Kooperationsbereitschaft von Betroffenen beinhalten können. Die Kommission warnt, die Jugendgarantie könne ein »moralisches Risiko« beinhalten, wenn junge Menschen sich darauf verließen, dass Angebote an sie herangetragen werden. Diese Gefahr dürfte allerdings gering sein, denn fraglich ist eher, ob es überhaupt genügend ›Angebote‹ gibt beziehungsweise ob solche mit den von der EU zur Verfügung gestellten Mitteln geschaffen werden können.

UMVERTEILUNG ZUGUNSTEN DES KAPITALS

Dass der Marktmechanismus als solcher kein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen bereitstellt, erkennt implizit auch die Kommission an, wenn sie vorschlägt, »Einstellungsanreize« zu schaffen, um die Jugendgarantie umzusetzen. Als Ursache der mangelnden Bereitschaft der Unternehmen, junge Erwachsene einzustellen, gelten unter anderem – der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie entsprechend – zu hohe Löhne und ›Lohnnebenkosten‹. So fordert die Kommission unter anderem einen »budgetneutralen Abbau der Steuerbelastung der Arbeit«, das heißt, die Lohn- und Einkommensteuer sollen gesenkt und die indirekten Steuern und Abgaben erhöht werden. Die Forderung nach einer »Budgetneutralität« ergibt sich aus der Austeritätspolitik, die die Kommission gleichzeitig verfolgt. Eine solche Umschichtung von direkten zu indirekten Steuern würde es der Kommission zufolge erlauben, die Bruttolöhne zu senken, sodass Unternehmen entlastet werden und ihre Arbeitsnachfrage sich erhöht. Unter den Tisch wird dabei gekehrt, dass ein solcher Umbau des Steuersystems verteilungspolitisch regressiv ist und gerade die Kaufkraft der unteren Einkommensgruppen, der Erwerbslosen, der RentnerInnen und Studierenden schmälert, was zur Folge hat, dass die von ihnen ausgehende effektive Nachfrage sinkt, sodass weitere Arbeitsplätze abgebaut werden.

Zuschüsse für die Einstellung schwer vermittelbarer Jugendlicher sind ein weiteres Mittel zur Umsetzung der Jugendgarantie,

welches den Unternehmen zugute kommt. Um Anstellungen zu fördern, können zum Beispiel in Spanien die Beiträge zur Sozialversicherung gesenkt werden oder komplett entfallen. Eines der Programme bezieht sich auf eine Kombination von Teilzeitbeschäftigung und Weiterbildung, wobei der Beitrag zur Sozialversicherung für bis zu zwölf Monate gemindert werden kann. Das sogenannte First-Job-Programm sieht vor, dass für Personen, die keine Aussicht auf eine unbefristete Anstellung haben, temporäre Beschäftigungsverhältnisse erleichtert werden. Die gesamten Kosten der Unternehmen für sogenannte Traineeships können für eine Dauer von sechs Monaten bis zu drei Jahren vom Staat übernommen werden. Unternehmen, die befristete Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete umwandeln, erhalten für drei Jahre Subventionen zu den Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 500 Euro jährlich für männliche Beschäftigte und 700 Euro jährlich für weibliche Beschäftigte (Ministerio de empleo y seguridad social 2013). Fraglich ist dabei, ob derartige Lohnsubventionen insgesamt zu einer Erhöhung des Arbeitsplatzangebots führen oder nur die Mitnahmeeffekte gestärkt werden.

WANDERER, DAS KAPITAL RUFT!

Last but not least soll auch die Förderung der »Arbeitskräftemobilität« in der EU zur Umsetzung der Jugendgarantie beitragen. Wer also auf dem nationalen Arbeitsmarkt keinen Job findet, soll zur Emigration angeregt werden. Dazu sollen die Informationssysteme über Jobangebote grenzüberschreitend ausgebaut werden – als läge es nur an mangelnden Informationen, wenn Menschen trotz mangelnder Perspektiven ihr Heimatland nicht verlassen wollen. Vorgesehen sind ferner der Ausbau von Kontaktstellen, »Sensibilisierungskampagnen« und die Förderung von Freiwilligenorganisationen, die Mentoringprogramme anbieten. Die dazu zur Verfügung stehenden Mittel sind allerdings sehr beschränkt. Die Zahl der bei dem EURES-Portal gemeldeten jungen Menschen, die in der gesamten EU nach Arbeit suchen, ist seit 2010 stark angestiegen, wobei die höchsten Zuwächse in Griechenland (394 Prozent), Spanien (295 Prozent) und Italien (196 Prozent) zu verzeichnen waren. Im Rahmen des MobilPro-EU-Programms haben zum Beispiel das spanische Arbeitsministerium und das deutsche Ministerium für Arbeit und Soziales 2013 das Job-of-My-Life-Programm vereinbart, mit dem 5 000 spanische Jugendliche innerhalb von vier Jahren eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz in Deutschland erhalten sollten. Bereits im April 2014 musste das Programm wegen einer zu hohen Anzahl an Bewerbungen zeitweise ausgesetzt werden (vgl. Berlingieri et al. 2014, 80f). Im europäischen Durchschnitt sind die Mobilitätsintentionen laut Eurobarometer seit 2011 allerdings gesunken. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass MigrantInnen sich in den Zielländern häufiger als Einheimische in befristeten Arbeitsverhältnissen oder Teilzeitjobs wiederfinden und für die Arbeit, die sie ausüben, oft überqualifiziert sind (Europäische Kommission 2014).

EIN TEUFELSKREIS WIRD GESCHAFFEN

Die Jugendgarantie der EU ist der untaugliche Versuch, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit isoliert von den es konstituierenden

ökonomischen Verhältnissen zu behandeln. Quantitativ ist das Programm unzulänglich, weil die verfügbaren finanziellen Mittel, gemessen an der Zahl der betroffenen Personen, viel zu gering sind. Es ist aber auch qualitativ untauglich, weil es die Ursachen der hohen Jugendarbeitslosigkeit verkennt. Zunächst muss festgehalten werden, dass eine mehr oder minder hohe Erwerbslosigkeit eine Funktionsbedingung der kapitalistischen Produktionsweise ist, wie Karl Marx in *Das Kapital* gezeigt hat. Wenn die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität über der des Sozialprodukts liegt, nimmt die Zahl der Erwerbslosen tendenziell zu. Was die EU angeht, so ist empirisch festzustellen, dass die Wachstumsraten des Sozialprodukts seit Mitte der 1970er Jahre rückläufig sind und dass die Zahl der Erwerbslosen über die Konjunkturzyklen hinweg zugenommen hat. Unter dem Vorwand, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, wurden Standards für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen, welche die des eigentlichen Arbeitsrechts unterlaufen. Dadurch werden diese in überdurchschnittlichem Maße in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt und gehören daher auch zu den ersten, die Opfer von Krisen werden. Krisen haben zunächst die Entlassung von LeiharbeiterInnen und die Beendigung befristeter Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse zur Folge, wodurch die Jugendarbeitslosigkeit stärker als die allgemeine Erwerbslosigkeit ansteigt. Dies gibt dann wieder Anlass zu einer neuen Runde von Maßnahmen zur Förderung der prekären Beschäftigung von Jugendlichen, nach dem Motto: besser ein prekärer Job als gar kein Job. Die Jugendgarantie der EU reiht sich insofern ein in eine lange Reihe von neoliberalen Arbeitsmarktreformen und Sondermaßnahmen für Jugendliche, die einen Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und Prekarisierung befördern. Die Jugendlichen scheinen jedoch nicht länger bereit, den politischen Ausverkauf ihrer Zukunft kommentar- und kampflos hinzunehmen. Das Aufbegehren gegen die europäische Krisenpolitik muss also auch als Absage an die europäische Jugendarbeitsmarktpolitik gelesen werden.

LITERATUR

Berlingieri, Francesco et al., 2014: *Youth Unemployment in Europe. Appraisal and Policy Options*, Robert-Bosch-Stiftung, Berlin

Eurofound, 2012: NEETs – *Young People not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe*, Publications Office of the European Union, Luxemburg

Europäische Kommission, 2012: *Arbeitsgrundlage der Kommissionsdienststelle. Begleitunterlage zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie*, 5.12.2012, Brüssel

Dies., 2014: *EU Employment and Social Situation. Recent trends in the geographical mobility of workers in the EU*. Quarterly Review, Supplement June 2014, Brüssel

Juncker, Jean-Claude, 2014: *Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission*, 15.7.2014, Brüssel

Ministerio de empleo y seguridad social, 2013: *Spanish National Youth Guarantee Implementation Plan*, Dezember 2013, Madrid

Schulz, Martin, 2014: *Inaugural Speech by Martin Schulz as President of the European Parliament, Europäisches Parlament*, 1.7.2014, Straßburg

1 Der Ausdruck NEET bezieht sich in der Statistik auf Jugendliche und junge Erwachsene, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht beschäftigt (laut Definition der *International Labor Organisation* arbeitslos oder inaktiv) sind und sich mindestens vier Wochen vorher in keiner Aus- oder Weiterbildung befinden (Eurofound 2012, 22f). Im Unterschied zur Arbeitslosenrate, die sich auf die ökonomisch aktive Population einer Altersgruppe bezieht, wird die NEET-Rate in Bezug auf alle Personen dieser Altersgruppe berechnet. Daraus ergibt sich in der Regel, dass es zwar mehr NEETs als Erwerbslose gibt, die NEET-Rate jedoch niedriger ist als die Jugendarbeitslosenrate.

ZIEMLICH VIEL KLASSE

PREKARISIERUNG UND POLITISCHE PARTIZIPATION

DEBATTE NEUE KLASSENPOLITIK

HORST KAHRS

Mit der sozialen Ungleichheit wuchs in den vergangenen drei Jahrzehnten die politische Ungleichheit. Nach der Bundestagswahl 2013 schlug die Bertelsmann Stiftung Alarm wegen möglicher Gefahren für die demokratische Legitimität: »Das demokratische Versprechen der Gleichheit aller bleibt uneingelöst« (Vehrkamp/Hierlemann 2013, 3). »Bei der Bundestagswahl 2013 [kamen] überproportional viele Nichtwähler aus den sozial prekären Milieus. Ihre Meinungen, Präferenzen und Interessen sind im Wahlergebnis unterrepräsentiert. Die Bundestagswahl 2013 war deshalb eine sozial prekäre Wahl« (Tillmann/Gagné 2013, 6). Dieser Befund stützte sich auf eine breite empirische Basis. Gibt es ein neues Klassenwahlverhalten der unteren sozialen Schichten?

Noch bis zur Wahl 2009 galt als herrschende Meinung unter deutschen Wahl- und DemokratieforscherInnen, dass eine sinkende Wahlbeteiligung keine nachhaltigen Auswirkungen auf die demokratische Qualität der Repräsentation habe. NichtwählerInnen

verteilten sich über alle sozialen Schichten, hätten vielfältige Motive und kämen aus allen Parteilagern. Die bei nach 1965 Geborenen sinkende Wahlbeteiligung wurde mit einer abnehmenden Verinnerlichung der »Wahlnorm« und fortschreitender »Individualisierung« der Lebensverhältnisse erklärt. Wenig Gehör fanden Analysen, die auf eine ungleiche soziale und räumliche Verteilung der NichtwählerInnen und eine soziale Schieflage in der Partizipation hinwiesen.

Eine breitere Öffentlichkeit hatte anlässlich der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politische Milieus in Deutschland« (Neugebauer 2007) über den Zusammenhang von sozialer Lage, politischer Milieubildung und Partizipationsverhalten diskutiert. Die Studie sollte herausfinden, welche sozialen Schichten nach dem Ende der Schröder-Fischer-Ära für sozialdemokratische Politik zu gewinnen seien. Wenig Rückhalt wurde bei der klassischen Klientel sozialdemokratischer Politik, den sozialen Unterschichten, vermutet. Die Angehörigen der »Unterschicht«, immerhin 26 Prozent der Bevölkerung, »rechnen sich kaum noch Aufstiegschancen aus« (ebd., 46). Prägend seien Gemeinsamkeiten wie »aus sehr einfachen Verhältnissen«, »einfache bis mittlere Schulbildung«, »einfache und mittlere Tätigkeiten, eher traditionelle Arbeitsverhältnisse«; damit einhergehend »Politikinteresse, politisches Kommunikations- und Teilhabeverhalten unterdurchschnittlich«, »ausgesprochen politikfern«, »hoher Anteil von Nichtwählern« (ebd., 79ff). Parteien und Politik würden »konkret nach dem persönlichen Nutzen ihrer Politik für den Einzelnen beurteilt« (ebd., 32). Wer diese Schichten, unter ihnen das dann vielzitierte »abgehängte Prekariat« (Neugebauer), als WählerInnen mobilisieren wolle, müsse mit Versprechungen aufwarten, die nur durch eine erweiterte Umverteilungspolitik finanziert werden könnten. Bei den weniger politikfernen und partizipationsbereiteren WählerInnen aus der Mittel- und Oberschicht erhöhe diese Orientierung wiederum die Gefahr von Wählerabwanderung. Folglich rückten die Anliegen des unteren Drittels auf der politischen Agenda weiter nach hinten, was wiederum dort die Sichtweise bestätigte, dass sich Wählengehen nicht rechne. Die Neugebauer-Studie näherte sich der Frage nach einem neuen Klassenwahlverhalten. Die SPD erzielte 2009 ihr schlechtestes Ergebnis der deutschen Nachkriegsgeschichte, gleichzeitig war die Wahlbeteiligung so niedrig wie nie.

HORST KAHRS bearbeitet als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung das Öffentliche, die Gesellschaft und sogar Wahlen. In diesem Text wirft er die Frage auf, ob die LINKE wichtige Teile der *underclass* als politische Akteure überhaupt noch erreichen kann. Wir beginnen damit eine Debatte um ›neue Klassenpolitik‹, die wir in den nächsten Heften fortsetzen werden.

Das sozialdemokratische Debattenmagazin *Berliner Republik* publizierte 2011 dann einen Beitrag von Guy Standing, in dem er mit Blick auf die damaligen Unruhen und Brände in britischen Städten konstatierte, dass »eine neue gefährliche Klasse« entstanden sei, eine »Klasse im Werden, zersplittert in frustrierte und verbitterte Gruppen, jedoch verbunden in ihren Unsicherheiten und Ängsten« (Standing 2011).



Cuvrybrache vor und nach der Übermahlung von BLUs Mural, ekvidi/flickr

Teile wendeten sich der extremen Rechten zu, andere drifteten in anarchisches Verhalten oder politische Abstinenz ab, und weitere sehnten eine grüne Sozialdemokratie herbei (ebd.). Übersetzt auf die deutschen Verhältnisse implizierte dies die Frage, ob und welche anderen Formen der Artikulation ihrer Wünsche und Erwartungen die prekarisierten Nichtwählerschichten in Deutschland finden würden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung adressierte sie nun als »Wähler im Wartestand« und beauftragte 2012 das Forsa-Institut mit der Durchführung einer Nichtwählerstudie. Sie unterschied zwischen dauerhaften, gelegentlichen und einmaligen NichtwählerInnen und lieferte eine Vorlage für den Haustürwahlkampf der SPD 2013 (Güllner 2013). Gezielt sollten von der SPD enttäuschte WählerInnen persönlich abgeholt werden. Diese Strategie scheiterte. Ein großer Teil der gesunkenen Wahlbeteiligung ist eben kein Phänomen politischer Konjunkturlagen oder individueller ›Politikverdrossenheit‹, sondern Ergebnis sich sozial festsetzender Einstellungen und Haltungen zum institutionellen politischen Betriebssystem.

Die Bertelsmann Stiftung richtete unter dem Titel »Gespaltene Demokratie« (Petersen et al. 2013) ihr Augenmerk auf diese soziale Bedingtheit der Wahlabstinenz und orientierte auf das soziale Wohn- und Lebensumfeld. Zur Bundestagswahl finanzierte sie das Projekt »Prekäre Wahlen«, dass die Wahlergebnisse für 28 Großstädte auf der Ebene von Stimmbezirken für soziale Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Wohnqualität und Einkommen analysierte (Schäfer et al. 2013).

Es zeigte sich eine Wahlbeteiligungsspannbreite von bis zu 40 Prozent in den Stimmbezirken einer Stadt. Die Unterschiede korrelierten vor allem mit Arbeitslosigkeit und Bildung. Je niedriger der Anteil der Arbeitslosen in einem Stimmbezirk und je höher der Anteil der Abiturienten, desto höher fiel die Beteiligung aus. »Es sind nicht nur deprivierte ›Problemviertel‹ in Großstädten, wo weniger Menschen das Wahlrecht ausüben, sondern

insgesamt benachteiligte Wohngegenden. […] Dieses Phänomen tritt nicht allein in den sogenannten großstädtischen Problembezirken auf, sondern ist immer dort zu finden, wo soziale Benachteiligungen kumulieren – auf dem Land wie in der Großstadt, im Osten und im Westen Deutschlands gleichermaßen« (Schäfer/Roßteutscher 2015, 114 u. 116). Es sind nicht die einzelnen sozialstrukturellen Merkmale, die politisches Verhalten hervorbringen.



›Prekäre‹ gehen nicht seltener wählen, weil sie erwerbslos sind, weil ihr Einkommen gering oder weil ihr sozial- und arbeitsrechtlicher Status weniger oder gar nicht geschützt ist. Erst die sozialräumliche Häufung, Verdichtung dieser Merkmale schafft einen kollektiven Kommunikations- und Erfahrungsraum. Nur dort, wo es ihn gibt, wo NichtwählerInnen bevorzugt auf NichtwählerInnen treffen, wo langjährige soziale Erfahrungen kommuniziert und verarbeitet werden zu einer Sichtweise auf das System von Gesellschaft und Politik und die eigene Stellung darin, nur dort werden Einstellungen zu Wahlen und politischer Partizipation generell neu gebildet.

›Prekarisierung‹ als Sammelbegriff für arbeits- und sozialrechtliche Merkmale und Einkommens- und Lebenslagen bildet diese Prozesse unzureichend ab, nicht zuletzt, weil es ihm an einer Raum- und einer Zeitachse fehlt. Mindestens drei große kollektivierte Erfahrungen spiegeln sich in der seit den 1980er Jahren anwachsenden sozialen Schieflage im Wahlverhalten: erstens die Entwertung industrieller Qualifikationen und daran gebundener sozialer Positionen, zweitens die »Rückkehr der Proletarität« (Karl-Heinz Roth) und die Erfahrung des sozialen Ausschlusses, insbesondere für Jugendliche mit geringen Schulzeiten, und drittens die Erfahrung insbesondere der Kinder aus sozialen Aufsteigermilieus, dass auch lange Bildungszeiten, gute Qualifikationen und eine Nähe zu den modernen Produktivkräften in der ›Wissensgesellschaft‹ keinen Zugang zu guten Arbeitsplätzen garantieren, Stichwort etwa: ›Generation Praktikum‹. Die sozialen Erfahrungen bestehen nebeneinander fort und führen zu teilweise auch sozialräumlich deutlich getrennten Alltagswelten der ›Pre-

karisierung‹, etwa in Berlin (vgl. vom Berge 2014).
Die Studien der Bertelsmann Stiftung und andere Analysen zur Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl spüren diesem sozialräumlich, nicht betrieblich gebundenen ›Klasse-Werden‹ nach. Eine Analyse, die politische, soziale und räumliche Dimensionen unterschied, kommt zu dem Schluss, dass die »individuelle Klassenlage« nur dann einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat, wenn »soziale und räumlich-kommunikative« Eigenschaften hinzukommen. »Höchst einflussreich war auch die persönliche Einschätzung des Verhaltens in der Nachbarschaft.« Wer glaubt, dass in der Nachbarschaft fast niemand wählt, bleibt mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls fern, und umgekehrt (Lamers/Roßteutscher 2015, 119).

Individuell erfahrene Prekarisierung allein führt noch zu keiner Änderung im Partizipationsverhalten, erst die quasi kollektive Bearbeitung in Nachbarschaften – und ihre Einordnung in die soziale Herkunft. Die statistische Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit oder Armut und politischem Engagement hat ihre Ursache nicht im Eintritt von Arbeitslosigkeit oder Armut, »die politische Teilhabe wird davon nicht nachhaltig verändert«. Vielmehr gründe der Zusammenhang auf »die soziale Herkunft, die sowohl zu Nachteilen bei Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko als auch zu politischer Inaktivität führt« (Kroh/Könnecke 2013, 12f). Offen blieb, inwieweit mehrjährige Arbeitslosigkeit beziehungsweise Transferabhängigkeit zur Abwendung von politischer Partizipation führt.

Der Hinweis auf sich sozial vererbende Klassenlagen und -haltungen korrespondiert mit dem schon etwas älteren Befund, dass die soziale Aufstiegsmobilität gerade für die unteren sozialen Klassen deutlich gesunken ist. »Einmal Unterschicht – immer Unterschicht«, diese Haltungen breiten sich erneut aus. Nicht die sozial- und arbeitsrechtliche Prekarität prägt das Partizipationsverhalten. Die gut gebildeten »prekären Kreativen« sehen den eigenen prekären Status eher als vorübergehend, das spätere Einrücken in den sozialen Klassenstatus der Eltern aufgrund der eigenen Ressourcen als wahrscheinlich. Das sozialräumliche Zusammenkommen von materieller Prekarität und formal niedrigem Bildungsgrad prägt die Tendenz zu sinkender Wahlbeteiligung. »Je niedriger der durchschnittliche Bildungsgrad in einem Stadtviertel ist, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus« (Schäfer/Roßteutscher 2015, 108). Selbst die seit den 1990er Jahren sinkende Wahlbeteiligung Jüngerer lässt sich unverkennbar auf den Bildungsgrad und somit auf die Herkunft zurückführen (Lamers/Roßteutscher 2014, 122).

Handelt es sich bei der sozialen Spaltung der politischen Partizipation um ein auf sozialräumliche »Milieus« und damit um auf lokal abgrenzbare Viertel (»soziale Brennpunkte«) begrenztes Phänomen oder finden sich darin Spuren eines veränderten Klassenwahlverhaltens, also eines Zusammenhangs zwischen der »berufliche(n) Stellung – Lohn- versus Gehaltsempfänger, Beschäftigte mit und ohne Aufsichtsfunktion, weisungsgebundene versus selbstbestimmte Tätigkeiten« (Schäfer 2015, 123)? Es galt in der Wahlforschung lange Zeit als gesichert, dass die Klassenlage immer weni-

ger Einfluss auf das Wahlverhalten habe, dass ArbeiterInnen zum Beispiel nicht mehr bevorzugt SPD wählen. Bezieht man jedoch nicht nur WählerInnen, sondern auch NichtwählerInnen in die Analyse ein, ist das Bild ein anderes: »*Wie* man wählt, hängt weniger eng mit der Klassenlage zusammen, aber *ob* man wählt dafür umso stärker« (Schäfer 2015, 123). »Weder der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft noch das Aufkommen postmaterieller Werte haben das Wahlverhalten von der Klassenlage gelöst« (ebd., 144). In der Arbeiterklasse sei die Nichtwahlneigung überdurchschnittlich ausgeprägt und wiederum im unteren Einkommensdrittel der ArbeiterInnen deutlich stärker als beim oberen (ebd., 136). Der von der Klassenlage geprägte Abschied aus der Demokratie wird mit wachsender sozialräumlicher Entmischung in den Städten anhalten und wachsen.

Die Bertelsmann Stiftung hält fest, dass dort die Wertorientierungen der Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft nicht mehr nach unten durchdringen und spricht von »einer spaß- und erlebnisorientierten Unterschicht, die sich den Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft verweigert« (Tillmann/Gagné 2013, 3). Die Parteien seien gefordert, nicht nur dort »ihre Parteiarbeit und Wahlkampfaktivitäten [anzubieten], wo sie auf Nachfrage stoßen« (Vehrkamp/Hierlemann 2013, 4).

Passgenauere politische »Angebote« für einen »Wählermarkt« werden wenig ausrichten, wo kaum jemand seine Stimme zu Markte tragen will. Das kommunikativ entwickelte kollektive Gefühl, in der eigenen Lebenslage nicht erkannt, geschweige denn repräsentiert zu sein, dass zudem die eigene Meinung nichts wert sei und eigene Einflussmöglichkeiten nicht vorhanden seien, gehört zu den Grundelementen des neuen Wahlverhaltens von Klassen, die in der deutschen politischen Sprache bislang keinen Namen haben und daher als Subjekte nicht präsent sind.

LITERATUR

Güllner, Manfred, 2013: *Nichtwähler in Deutschland*, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Kroh, Martin und Christian Könnecke, 2013: Arm, arbeitslos und politisch inaktiv?, in: *DIW-Wochenbericht* Nr. 42, 3–16

Lamers, Patrick und Sigrid Roßteutscher, 2014: Aspekte des Wählerverhaltens. Die Wahlbeteiligung, in: Rüdiger Schmitt-Beck et al. (Hg.), *Zwischen Fragmentierung und Konzentration. Die Bundestagswahl 2013*, Baden-Baden, 119–132

Neugebauer, Gero, 2007: *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn

Petersen, Thomas, Dominik Hierlemann, Robert B. Vehrkamp und Christopher Wratil, 2013: *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*, Gütersloh

Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp und Jérémie Felix Gagné, 2013: *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*, www.wahlbeteiligung2013.de

Ders. und Sigrid Roßteutscher, 2015: Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl, in: Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden, 99–118

Ders., 2015: *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt/M, New York

Standing, Guy, 2011: Die neue gefährliche Klasse, in: *Berliner Republik* 4/2011, www.b-republik.de/archiv/die-neue-gefaehrliche-klasse

Tillmann, Christina und Jérémie Felix Gagné, 2013: Von Performern und Prekären – wird Deutschland eine Demokratie der Besserverdienenden?, in: *Einwurf* 3/2013

Vehrkamp, Robert und Dominik Hierlemann, 2013: Ziemlich unpolitische Freunde – wer in Deutschland warum nicht mehr wählt, in: *Einwurf* 1/2013

Vom Berge, Philipp et al., 2014: *Wie sich Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten verteilen*, IAB-Kurzbericht 12/2014, Nürnberg

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE: WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

Tine Haubner: Prekarisierungserfahrungen von Erwerbslosen



RAUM NEHMEN

URBAN ART GEGEN VERDRÄNGUNG





Verdrängung hat viele Gesichter. Ob in Berlin, Hamburg, London oder Paris: Steigende Mieten sorgen dafür, dass sich viele Menschen das Leben in den Innenstädten nicht mehr leisten können. Für einige bleibt nur die Straße. Aber auch der öffentliche Raum wird prekär. Spikes, scharfe Kanten, Stacheln und Gitter verhindern, dass man sich hier aufhält. Parkbänke sind längst so konstruiert, dass sie bestenfalls zum kurzen und vor allem aufrechten Verweilen einladen. Wer kein Geld hat, um etwa in Straßencafés zu sitzen, hat es schwer, am städtischen Geschehen teilzunehmen. Urban Art macht auf solche Ausschlüsse aufmerksam – am stärksten betreffen sie Obdachlose. Der französische Künstler *The Wa* demontiert scharfe Gitter und baut sie zu Liegen um. Das Hamburger Duo *We Are Visual* verwandelt Heizungsschächte in Schlafplätze. Ihre Kunst irritiert, steht gegen die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums und gibt Hinweise auf die Notwendigkeit, sich diesen wieder anzueignen. Wir danken Rudolf David Klöckner vom Streetart-Blog *Urban Shit*, dass er uns diese Bildstrecke zur Verfügung gestellt hat.



Oben links: Anti-Homeless Spikes in London, Rod Saito/flickr
Oben rechts und unten: The Wa, »Relaxation situationnelle«, Marseille, 2012, alle drei Fotos: © Antoine Rivière


stade KUNSTHAUS
NESCH
ON THE
ROCKS


2013


ON THE
ROCKS



Entlüftungsgitter waren in den letzten Jahren einer von wenigen Orte in St. Pauli, wo Obdachlose sich aufwärmen und im Winter erträglicher aufhalten konnten. Im Frühjahr wurde die Abluft so verändert, dass der Aufenthalt unmöglich wurde.

We Are Visual, »Zwei Betten«, Hamburg 2013,
alle Bilder: © Sebastien Asiedu

CARING FOR STRATEGY

TRANSFORMATION AUS KÄMPFEN UM SOZIALE REPRODUKTION ENTWICKELN

JULIA DÜCK UND BARBARA FRIED

Zugespitztes Elend, Kriege, Klimakrise und Armut selbst in den Kernländern des Austeritätskapitalismus sowie deren rechtspopulistische Bearbeitung – Argumente für einen Kurswechsel gibt es genug. Zuletzt war es der Erfolg von SYRIZA in Griechenland, der gezeigt hat: Mehr und mehr Menschen wollen dieses Spiel nicht länger spielen. Nur wie kann der Einstieg in einen Ausstieg aus diesem offensichtlichen Wahnsinn aussehen?

In den Krisenanalysen und Praxen einer oftmals in libertär-akademische Milieus zurückgezogenen Linken gerät diese Frage trotz pointierter Kritiken häufig aus dem Blick. In die Auseinandersetzungen marginalisierter Gruppen ist die gesellschaftliche Linke hierzulande wenig involviert, auf die alltäglichen Zwangslagen der Menschen hat sie vielfach nur abstrakte Antworten. Es fehlt an Praxen, die Alltagsprobleme bearbeiten und doch den Horizont der Veränderung nicht aus dem Blick verlieren, die praktische Unterstützung mit politischer Bildung und Organisierung ver-

schränken. Für sozialistische Transformation stellt sich also nicht nur die Frage des ›wohin‹ – nach einem gemeinsamen ›Projekt‹ –, sondern insbesondere die Frage des ›mit wem‹ und des ›wie‹. Wenn Transformation nicht zahnloser Modebegriff werden soll, geht es um die Suche nach strategischen Interventionspunkten, von denen aus sich ein gesellschaftlicher Umbau praktisch weitertreiben lässt.

Solche finden sich aktuell im Care-Bereich. Kämpfe um soziale Reproduktion eröffnen die Möglichkeit, in lokale Auseinandersetzungen marginalisierter Gruppen einzugreifen, Teil davon zu werden und doch Ansprüche an ein gesellschaftliches Allgemeines zu formulieren. Sie bieten die Chance, sehr unterschiedliche Akteure praktisch zu verbinden und vor allem Menschen zu erreichen, die bisher nicht in linken Strukturen zu Hause sind, sich insgesamt von ›Politik‹ nicht viel versprechen. Ausgehend von Widersprüchen eines prekären Alltags, von individuellen und kollektiven Handlungsstrategien unter Krisenbedingungen und von Kämpfen um die Absicherung grundlegender Lebensbedürfnisse eröffnen sich Ausblicke auf neue Bündnisse, die eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse überhaupt erst ermöglichen.

CARE IN DER KRISE

Verwerfungen des neoliberalen Kapitalismus sind gegenwärtig am deutlichsten im Care-Bereich zu spüren. Die Krise der sozialen Reproduktion (vgl. u.a. Winker 2015) trifft den Alltag der allermeisten Menschen und bildet den Hintergrund vielfacher Prekarisierungserfahrungen. Austeritätspolitiken und Privatisierungen haben Löcher in die öffentliche Daseinvorsorge gerissen. Gleichzeitig führt die vermeintlich kostensparende, marktförmige Organisierung von Care-Tätigkeiten zu einer Zerstörung der Fürsorglichkeit. Die Arbeit am Menschen orientiert sich weder am gesellschaftlichen Bedarf noch an den je individuellen Bedürfnissen, sondern soll möglichst effizient erfolgen. Aufwendig zu dokumentierende Zeitverwendungen dienen nicht nur komplizierten Abrechnungssystemen, sondern legen Rationalisierungspotenzial offen. Während die Arbeitsverdichtung zunimmt und die Beschäftigten unter Überlastung leiden, sinkt die Qualität der Versorgung,

JULIA DÜCK arbeitet im Rahmen ihrer Promotion an einer feministisch-materialistischen Krisenanalyse und zu Organisierung im Care-Bereich. Sie ist aktiv im Netzwerk Care Revolution und im Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus.

BARBARA FRIED ist leitende Redakteurin dieser Zeitschrift und stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie hat die Aktionskonferenz Care Revolution mitorganisiert und ist in dem daraus entstandenen Netzwerk aktiv.

nehmen die Infektionsraten in den Krankenhäusern zu, müssen die BewohnerInnen in Alten- und Pflegeheimen im Minutentakt ihr Essen verschlingen, bestehen frühkindliche Bildungspläne nur auf dem Papier.

In dieser Situation wird Reproduktionsarbeit wieder in die Haushalte verschoben, führt dort zu Doppelt- und Dreifachbelastung – insbesondere bei Frauen – und auch zu einer Retraditionalisierung von Lebensweisen, einem

Backlash in Bezug auf geschlechterpolitische Errungenschaften. Doch die vermeintlich stabile Familienform ist gar nicht in der Lage, die reduzierten Angebote sozialer Dienstleistungen zu kompensieren. Der prekäre Alltag lässt kaum Spielräume für Pflege, Erziehung, Betreuung, Selbstsorge oder gar Muße. Innerfamiliäre Konflikte um die Organisation der Reproduktion sind die Folge.

Die Politik reagiert mit Reformen, die teils Leistungen ausweiten und auch Geschlechterarrangements vorsichtig in Bewegung bringen, beispielsweise durch Kita-Ausbau, Elterngeld, Pflegereform und Pflegezeiten. Diese zielen jedoch in erster Linie auf eine Steigerung der Erwerbsfähigkeit, sind Momente neoliberaler Krisenbearbeitung. Wichtig wäre hier, für einen egalitären Zugang zu den damit verbundenen Leistungen zu streiten, denn aktuell drohen sie gesellschaftliche Spaltungen noch zu verschärfen: etwa die zwischen gut ausgebildeten Doppelverdienerhaushalten und jenen, denen das Elterngeld von den Transferleistungen abgezogen wird, oder zwischen hoch qualifizierten berufstätigen Frauen, die zumindest Teile der widersprüchlichen Emanzipationsdividende einstreichen, und jenen, die die übrigbleibende Reproduktionsarbeit verrichten. Auch rassistische Grenzziehung werden verstärkt: Reproduktionslücken in Privathaushalten werden dadurch gestopft, dass Hausarbeit an (illegalisierte) migrantische Arbeitskräfte delegiert wird, Gleiches gilt für Lücken, die durch Personalmangel in der Pflege entstanden sind.

Für viele bleiben diese Reformen am Ende doch kaum mehr als kosmetische Veränderungen in einer Gesellschaft, die Lebensnotwendiges ökonomisiert und Risiken – von Ausbildung bis Gesundheit – den Einzelnen aufbürdet (vgl. Wohlfahrt in diesem Heft). Die Grenzen neoliberaler Politiken in diesem Feld werden aber zunehmend deutlich. Sie führen zu alltäglichen Krisenerfahrungen, die – und das ist für strategische Überlegungen zentral – keinesfalls nur die vermeintlich ›Abgehängten‹ betreffen. Bis weit in die Mittelschichten hinein verstärkt sich der Eindruck, dass hier etwas fundamental falsch läuft. Ansetzend an diesen Erfahrungen lässt sich eine Politik aus der Perspektive sozialer Reproduktion entwickeln.

DIE KRISE ALLTAGSNAH POLITISIEREN

Die Hürden alltäglicher Lebensführung werden oft auf eigenes Versagen zurückgeführt und nicht als Ausdruck gesellschaftlicher Krisenphänomene wahrgenommen. Das Gefühl, ständig unter Druck zu sein – bei der Arbeit, aber auch zu Hause oder beim Amt den vielen Anforderungen nicht gerecht zu werden, nie stillzustehen und trotzdem oder deshalb dauernd überfordert zu sein –, all das wird trotz besseren Wissens als »*ich* schaffe das nicht«, als individuelle Erfahrung des Scheiterns verbucht. Dass es fast allen so geht, dringt kaum ins Bewusstsein – auch wenn die Möglichkeiten, in diesem *rat race* die Nase vorn zu behalten oder mit den Folgekosten umzugehen, stark klassenabhängig sind.

Und doch gelingt es vielerorts Widerstand zu entwickeln. Die Bewegungen der letzten Jahre haben neben Forderungen nach ›echter Demokratie‹ auch Kämpfe um soziale Reproduktion ins Zentrum gerückt. Dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum, öffentlicher Gesundheitsversorgung und guten Bildungsangeboten

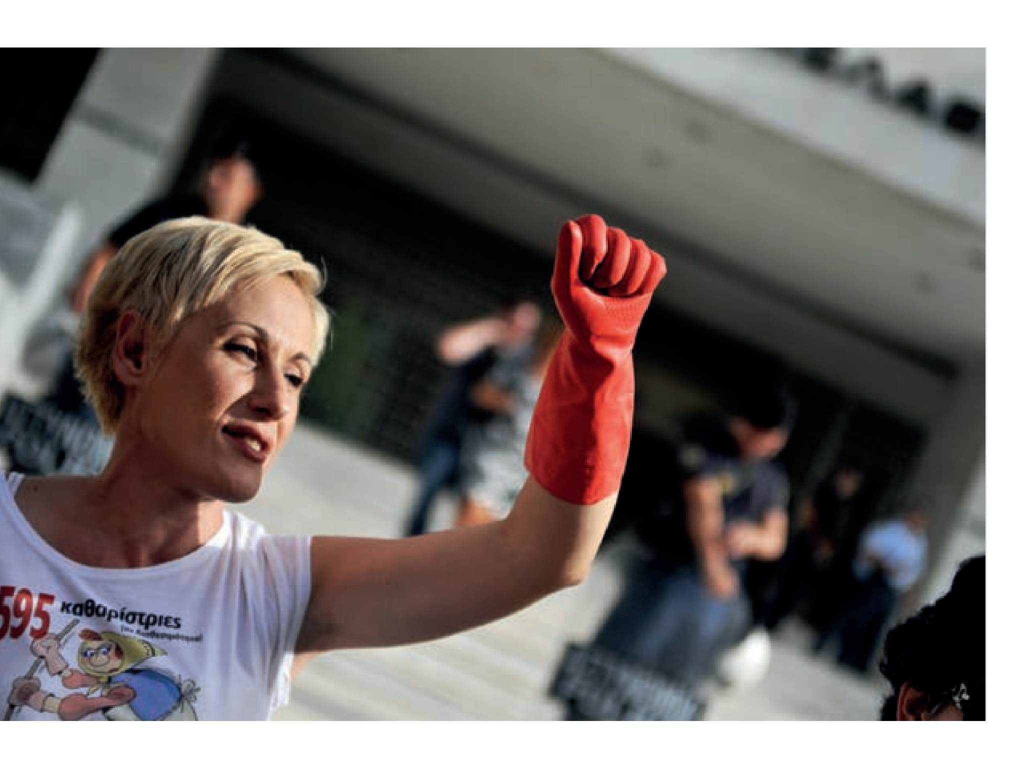
setzten sie selbstorganisierte Strukturen und Solidaritätsnetzwerke entgegen, in denen auch neue Formen politischer Organisierung entstehen – wie bei der Plattform gegen Zwangsräumungen (PAH) in Spanien oder in den solidarischen Kliniken in Griechenland (vgl. Candeias/Völpel 2014). Weniger bekannt ist eine landesweite Kampagne für gute Pflege in den USA: *Caring Across Generations*. Auch hier beginnt der Kampf für hochwertige Pflege und gute Arbeitsbedingungen im Alltag der Menschen, wird aber verschränkt mit einer Politik des ›kulturellen Wandels‹. Ausgehend von der stark individualisierten, aber von immer mehr Menschen geteilten Erfahrung, an den Anforderungen einer neoliberalen Leistungsgesellschaft zu scheitern, werden Debatten um Alternativen angestoßen. Es geht darum, diese überhaupt vorstellbar zu machen. Ängste und Sorgen werden mit der aus dem *Community Organizing* stammenden Methode des *Storytelling* in lokal organisierten *Care Congresses* zu verallgemeinern versucht. Der von Isolation und mangelnder sozialer Absicherung geprägte Alltag ambulanter Pflegekräfte werden ebenso thematisiert wie die Nöte derjenigen, die auf dauerhafte Unterstützung angewiesen sind. Fragen der Lebensweise stehen in einem umfassenden Sinne zur Diskussion: Wie wollen wir leben, wie alt werden? Wie ist das möglich in einer Gesellschaft, in der nur *›high-performer‹* Anerkennung erfahren und ›Minderleister‹ geringgeschätzt werden? Es gelingt, Orte der Begegnung zu schaffen und eine gemeinsame Sprache zu finden, wo politische Begriffe für die eigenen Anliegen nicht zur Verfügung stehen.

Hinter Projekten wie *Caring Across Generations* steht die Erkenntnis, dass eine Bedingung erfolgreicher politischer Mobilisierungen darin besteht, die individualisierten Erfahrungen des Scheiterns als kollektive Probleme artikulierbar zu machen. Deshalb steht zunächst nicht der Aufbau einer klassisch linken, ›schlagkräftigen‹ Organisation im Zentrum. *Transformatives Organizing* zielt vielmehr darauf, soziale Situationen zu schaffen, die die Erfahrung kollektiver Handlungsfähigkeit in prekärem Gelände erst ermöglichen, um diese dann Schritt für Schritt mit einem Wissen um die gesellschaftlichen Ursachen der eigenen Situation und die Perspektiven ihrer Veränderung zu erweitern.

NEUE BÜNDNISSE: MITTE-UNTEN

Jenseits solcher veränderter Formen linker Organisierung bietet der Care-Sektor außerdem das Terrain für wirkmächtige Allianzen. Die praktische Verbindung unterschiedlicher Klassenfraktionen anhand eines gemeinsamen Interesses ist Voraussetzung für ein transformatorisches Projekt. Die spezifische *Qualität* von Care-Arbeit ermöglicht auf besondere Weise die Überschreitungen sozialer Milieus: Es sind die »Motivation und Arbeitsbedingungen der einen Person, die […] über die Lebensqualität der anderen« (Jochimsen 2002, 63) entscheiden. Diese existenzielle Verwiesenheit kann eine Grundlage neuer Bündniskonstellationen sein.

Eine in diesem Zusammenhang exemplarische Auseinandersetzung haben vor einigen Jahren Hausangestellte im Bundesstaat New York geführt und gewonnen. In einem zehnjährigen Kampf konnten sie nicht nur grundlegende Arbeitsschutzbestimmungen für Beschäftigte in Privathaushalten erstreiten –



Die 595 Reinigungskräfte des griechischen Finanzministeriums stehen für den Widerstand gegen die Troika-Politik. Als Sparmaßnahme waren sie im September 2013 von der damaligen Regierung entlassen worden. Nach dem Wahlsieg von SYRIZA kündigte Finanzminister Varoufakis ihre Wiedereinstellung an und setzte dies im März 2015 tatsächlich um. © Aggeliki Koronaiou

die *Domestic Workers Bill of Rights* –, sondern auch das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung. Das Besondere ist: Dieser historische Erfolg wurde im Bündnis mit den ›ArbeitgeberInnen‹ errungen. Die Kampagne der *Domestic Workers United* hat die existenzielle, zwischenmenschliche Qualität von Sorgearbeit und Sorgebeziehungen ins Zentrum gestellt. Auf dieser Grundlage und unter dem Slogan »respect the work that makes all other work possible« gelang es, im Laufe eines beharrlichen Organisierungsprozesses ein gemeinsames Interesse dieser höchst unterschiedlichen Akteure zu konstituieren: von fast ausschließlich migrantischen Haushaltsarbeiterinnen in häufig undokumentierten Arbeitsverhältnissen auf der einen und überwiegend berufstätigen Frauen aus der (überwiegend weißen) Mittelschicht auf der anderen Seite, die große Teile der Pflege und Betreuung der ihnen am nächsten stehenden Menschen an eben diese ›Nannies‹ delegierten – sie aber in der Regel zu miserablen Bedingungen beschäftigten. Ein gemeinsames Ringen um gute Arbeitsverhältnisse *als* gute Sorgeverhältnisse wurde – bei allen bleibenden Differenzen – zum verbindenden Moment dieser Auseinandersetzung (vgl. Poo in *LuXemburg* 2/2012). Ansätze für vergleichbare Mitte-unten-Bündnisse (Michael Brie), die für bessere Soziale Infrastrukturen in Pflege, Altenbetreuung oder Kindererziehung streiten, lassen sich auch hierzulande organisieren (vgl. Nowak 2010). Die Kampagne der Kita-Beschäftigten im Jahr 2009 und die in den Sozial- und Erziehungsdiensten seit April 2015 laufende Tarifauseinandersetzung weisen in diese Richtung (vgl. Seppelt in diesem Heft).

ORGANISATIONSGRENZEN ÜBERWINDEN

Um gemeinsame Interessen zu konstituieren, gilt es, auch die Grenzen politischer Kulturen und Organisationsformen zu überschreiten. Gerade in der Verbindung verschiedener Praxen stellen sich jedoch die größten Herausforderungen: Während die Arbeiterbewegung

auf eine lange Tradition der Organisierung in Gewerkschaften und Parteien zurückgreifen kann, müssen effektive Formen von Arbeitskämpfen im Care-Bereich erst entwickelt werden. Noch komplizierter ist es mit unentlohnter Sorgearbeit. Hier gibt es kaum bewährte Formen und Strukturen, ›Arbeitskämpfe‹ zu organisieren. Und doch wird allerorten deutlich, wie sehr ein unterfinanziertes System öffentlicher Daseinsvorsorge, samt seiner Folgen für dortige Arbeitsverhältnisse, und der Druck auf häusliche Sorgearbeit zwei Seiten derselben Medaille sind.

Aber auch hier entstehen Ansätze, feldspezifische Praxen produktiv zu verbinden. Ein Beispiel hierfür sind die Auseinandersetzungen um die unerträglichen Zustände in unseren Krankenhäusern. Sie zeigen, wie sich betriebliche Kämpfe mit zivilgesellschaftlichen Anliegen verschränken lassen und wie darin außerdem Ansätze gewerkschaftlicher Erneuerung entstehen. So haben 2011 die Beschäftigten der Berliner Charité in einer Tarifauseinandersetzung erstmals nicht Lohnerhöhungen, sondern die Aufstockung von Personal gefordert, und damit nicht nur ihre eigenen Arbeitsbedingungen, sondern auch die Situation der PatientInnen ins Zentrum eines Arbeitskampfes gerückt. Mit dem Slogan »Mehr von uns ist besser für alle« konnten sie auf den Personalmangel im Krankenhaus hinweisen und zugleich die Anliegen von PatientInnen und (pflegenden) Angehörigen aufgreifen. Bestand bei bisherigen Arbeitskämpfen die Gefahr, sich die PatientInnen (und die Öffentlichkeit) zum Gegner zu machen, standen hier die gemeinsamen Interessen im Vordergrund. Die Forderung nach einer festen Quote von Pflegekraft pro PatientIn hat den Streik zu einem Ringen um gute Gesundheitsversorgung gemacht (vgl. Wolf in *LuXemburg* 1/2013).

Rund um diese Auseinandersetzungen entstand das Bündnis *Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus*, in dem nun erprobt wird, wie unterschiedliche politische Organisierungserfahrungen produktiv gemacht werden können. Es ist nicht immer leicht, die komplizierte Logik gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen für alle Beteiligten transparent zu machen, gleichzeitig stehen gesundheitspolitische Konflikte teils quer zu betrieblichen Erfordernissen. Hier vollzieht sich ein exemplarischer Lernprozess: Wie kann eine breite Öffentlichkeit Arbeitskämpfe in einem Feld unterstützen, auf dem massiver finanzieller Druck lastet und in dem die Überlastung der Beschäftigten mit am höchsten ist? Und wie können umgekehrt betriebliche Auseinandersetzungen genutzt werden, um für eine hochwertige öffentliche Gesundheitsversorgung zu streiten?

PRODUKTIONS- UND LEBENSWEISE

Die Widersprüche und Spaltungen im Verhältnis von Produktions- und Lebensweise rücken in solchen Auseinandersetzungen in den Fokus – jenseits von Mainstream-Debatten um die ›Vereinbarkeit von Beruf und Familie‹. Zwar sind Kämpfe um Erwerbsarbeit immer schon mit Fragen der Lebensweise verschränkt, selten werden sie jedoch als solche geführt, und auch im Alltagsverstand existieren sie überwiegend getrennt voneinander.[1] Im Care-Bereich ist der Zusammenhang offensichtlich: Nicht nur bedingen die Arbeitsbedingungen der einen die Lebensbedingungen der anderen Person; auch beschränken die gegenwärtigen Verhältnisse in der Erwerbsarbeit

insgesamt die Möglichkeiten guter Sorge – im ›Privaten‹ wie im Beruf. Arbeitsverdichtung, Prekarisierung, steigende Reproduktionsanforderungen und sinkende Angebote machen Sorge und Selbstsorge häufig zum Hexenwerk. Gute Pflege können nur Menschen leisten, die nicht im ›Minutentakt‹ agieren müssen, die nicht ständig am Limit ihrer Kräfte sind und die ihren Job überhaupt nur dann zufriedenstellend bewältigen können, wenn sie täglich Überstunden machen.

Die Akteure in diesen Konflikten – viele von ihnen Frauen – verfügen über ein hohes Maß an geteiltem oder zu teilendem Wissen, können auf eigene Erfahrungen mit Reproduktionsarbeit zurückgreifen, sowohl mit deren gesellschaftlicher Abwertung als auch mit ihrer geschlechtsspezifischen Zuweisung. Im Austausch darüber kann deutlich werden, wie sehr die vermeintlich getrennten Sphären von ›Arbeit‹ und ›Leben‹, von Produktion und Reproduktion miteinander verwoben sind.

TRANSFORMATORISCHES POTENZIAL

Obwohl die beschriebenen Auseinandersetzungen im ›Kleinen‹ ansetzen, wird deutlich, dass eine Bearbeitung der Widersprüche im Care-Bereich auf ›das Ganze der Gesellschaft‹ zielt. Die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Sorgenden und Umsorgten machen es unumgänglich, die *Bedingungen* aufzurufen, unter denen man in Angstfreiheit schwach sein kann. Gelangt man erst hinter die Schranken gesellschaftlich errichteter Tabus, öffnen sich Sehnsüchte und Ahnungen einer anderen Gesellschaft. Es geht nicht darum, Care ›reibungsloser‹ und vielleicht auch besser zu organisieren, sondern darum, mit der neoliberalen Logik zu brechen, ganz andere Care-Praxen zu entwickeln. Wo ansetzen?

Caring Across Generations zeigt, wie sich neue Handlungsmöglichkeiten ergeben, wenn es gelingt, die Interessen von Pflegenden und Gepflegten nicht gegeneinanderzustellen. Deren Anliegen treffen sich aber nicht per se im Anspruch auf gute Pflegebedingungen. Die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen in der ambulanten Pflege beispielsweise würde zunächst bedeuten, dass diese teurer wird. Das richtet sich nur dann nicht gegen die Gepflegten, wenn die Leistung nicht privat finanziert werden muss. Also geht es bei diesen Kämpfen auch um Fragen von Ressourcen, um die Umverteilung von Arbeit, Zeit und Geld sowie um die Forderung nach einer demokratischeren Gestaltung des Gemeinwesens. Bündnisse in Care-Verhältnissen müssen die politischen Rahmenbedingungen angehen, um tragfähig sein zu können – damit bewegen sie sich aber mitten in mächtigen Interessenkonflikten.

Die Forderung nach ›Mindestbesetzung‹, nach einer Pflegequote, ist ein weiterer Hebelpunkt: Einerseits realpolitische, in Tarifauseinandersetzungen oder parlamentarisch zu erstreitende Option, bricht sie tendenziell mit der Profitlogik gegenwärtiger Krankenhausfinanzierung, wirft die Frage nach dem gesellschaftlichen Bedarf auf. Einem Gesundheitssystem, das durch ökonomische Kennziffern organisiert ist, stellt sie ein planerisches Steuerungsmodell entgegen und den demokratischen Anspruch auf die Ausgestaltung öffentlicher Güter. Aus dieser Perspektive gewinnen Diskussionen um den Wert des Öffentlichen und um funktionsfähi-

ge Soziale Infrastrukturen an Bedeutung (vgl. Krampe in diesem Heft).

Mit der Forderung nach einer Bedarfsfinanzierung im Gesundheitswesen steht aber nicht nur der gesellschaftlichen Bedarf, sondern die Frage menschlicher Bedürfnisse auf der politischen Agenda. Im Ringen um gute Care-Verhältnisse ist eine Sorgeökonomie aufgerufen, in der jede/r nach seinen/ihren Bedürfnissen sorgt und umsorgt wird. Damit dies keine abstrakte Utopie bleibt, gilt es, auch den momentanen Bedingungen im Gesundheitswesen Stück für Stück mehr Lebensqualität abzuringen. Dabei ist Veränderung auch als Selbstveränderung zu denken. Care kann Perspektiven öffnen, jenseits des alten Widerspruchs von Revolution/Reform/Nische. Es lassen sich alltagsnahe Praxen mit politischer Bildung und Organisierung verbinden, mit anderen Kämpfen verschränken. Sorgearbeit als Tätigkeit gibt eine Ahnung davon, wie es wäre, wenn die Zerrissenheit zwischen Arbeit und Leben, zwischen Produktion und Reproduktion, die tief in der gesellschaftlichen – geschlechtlichen – Teilung der Arbeit angelegt ist, aufgehoben wäre. Hier liegt ein Potenzial, das dieses Feld – jenseits des Ringens um verbesserte Daseinvorsorge – für transformatorische Politik öffnet und mit utopischer Kraft ausstattet. Diesen strategischen ›Schatz‹ gilt es zu heben.

FEMINISMUS GOES CARE

Was kann die gesellschaftliche Linke aus den geschilderten Erfahrungen lernen? Welche Konsequenzen ziehen wir für feministische Politik? In den letzten Jahrzehnten ging es vornehmlich um Fragen der Gleichstellung und Integration in den Arbeitsmarkt. Feministische Auseinandersetzungen waren durch die Anliegen von Mittelschichtsfrauen geprägt, die gewisse Emanzipationsgewinne durch verbesserten Zugang zu Erwerbsarbeit einstreichen konnten. Perspektiven auf ein Projekt der Gesellschaftsveränderung fehlten weitgehend. Das beginnt sich zu verändern. Heute spielen Fragen feministischer Ökonomiekritik, von Reproduktionsarbeit und sozialer Reproduktion (wieder) eine wichtigere Rolle und verknüpfen sich teils mit politischen Praxen. Care bietet – bei allen berechtigten Einwänden gegen eine begriffliche Unschärfe – die Möglichkeit, feministische Kämpfe neu und anders mit sozialpolitischen Fragen zu verbinden. Die Repolitisierung des Feminismus würde dann gleichzeitig feministische Perspektiven im Ringen um ein gemeinsames demokratisches Öffentliches stärken.

CARE REVOLUTION

Viele der hier vorgestellten Überlegungen waren Anlass und sind gleichzeitig Ergebnis eines praktischen Organisierungsprozesses, der im Zuge der Vorbereitungen zur Aktionskonferenz Care Revolution Anfang 2013 in Berlin begonnen hat und seitdem von dem gleichnamigen bundesweiten Netzwerk weitergetragen wird. Ausgehend von der Diagnose einer Krise sozialer Reproduktion haben sich etwa 70 Initiativen und viele Einzelpersonen aus einem breiten politischen Spektrum und quer zu den unterschiedlichen Feldern sozialer Reproduktion zusammengetan, um sich über ihre alltäglichen Kämpfe, Perspektiven und Organisierungserfahrungen auszutauschen und um gemeinsame Interessen zu formulieren oder besser: sie in einem gemeinsamen

Prozess ›herzustellen‹. Ein »Kollektivwille«, wie Antonio Gramsci schreibt, bildet sich nämlich nicht von allein. »Es handelt sich um einen molekularen, äußerst feinen Prozeß, um radikale, in die Verästelung reichende Analyse, [...] Gespräche und Debatten, die sich unendlich oft wiederholen und in ihrem riesigen Ensemble jene Betriebsamkeit darstellen, aus der ein Kollektivwille mit einem gewissen Grad an Homogenität hervorgeht, [um] eine koordinierte und simultane Handlung zu bewirken.« (Gramsci 1991, §1050f) Was kann das heißen?

Eine ›objektive‹ Betroffenheit aufgrund von allgemeinen Spar- und Privatisierungsmaßnahmen ist schnell behauptet. Aber wie verbindet sich tatsächlich der Anspruch von Eltern behinderter Kinder auf Teilhabe am öffentlichen Leben mit der Perspektive migrantischer Pflegekräfte, für die sich die Frage nach Teilhabe ganz anders stellt? Wie die Errungenschaften der Behindertenbewegung wie ein gesetzlicher Anspruch auf persönliche Assistenz mit den kollektiven Selbstvertretungsinteressen von Beschäftigten in diesem Bereich? Wie die Perspektiven von GewerkschafterInnen, die im Kita-Bereich aktiv sind und doch mit den Logiken unbezahlter Sorgearbeit wenig vertraut? Wie queer-feministische Kritiken am Sozialstaat, der nach wie vor heterosexuelle und familiäre Lebensmodelle begünstigt, mit gewerkschaftlichen Perspektiven auf eine Stärkung sozialer Daseinsvorsorge? Und: Wie lassen sich feministische Theorie und Gesellschaftsanalyse als Ressourcen in einem kollektiven Lernprozess begreifen, statt in erster Linie als schier unüberwindliche Sprachbarrieren daherzukommen? All das kann nur praktisch beantwortet werden – in vielen langwierigen, teils enervierende Diskussionen, in denen durch unterschiedliche Begriffe hindurch doch gemeinsame Ziele benannt oder in ungerichteten Suchprozessen gemeinsame Begriffe und Projekte gefunden werden – und: bei alledem doch Differenz anerkannt wird. Ein wichtiger Bezugspunkt kann derzeit in der Entwicklung eines demokratischen Öffentlichen und von Sozialen Infrastrukturen liegen – grade als Fluchpunkt der gemeinsamen Organisierung von bezahlter und unentlohnter Care-Arbeit im ›Privaten‹. Dies würde zunächst einen Ausbau und eine ›Aufwertung‹ weiblicher Beschäftigungsfelder bedeuten und darin ein Ringen um gute Erwerbsarbeit. Außerdem wird so die Frage der Professionalisierung von Care-Arbeit auf die Agenda gesetzt. Dies spielt nicht nur für gewerkschaftliche Auseinandersetzungen eine Rolle, sondern ist ein wichtiges Moment der Kritik an Naturalisierung, an der geschlechtlichen Zuweisung und Abwertung sorgender Tätigkeiten, gegen die Vorstellung, Sorgearbeit sei quasi natürliche Kompetenz von Frauen, die keiner Qualifikation bedürfe.

Die Orientierung feministischer Kämpfe auf die Entwicklung Sozialer Infrastrukturen erweitert diese um eine Perspektive allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, zielt somit nicht ›nur‹ auf den Umbau der Geschlechterverhältnisse, sondern auf diese *als* Produktionsverhältnisse (Frigga Haug), zielt auf ›das Ganze der Arbeit‹. Im Fluchtpunkt steht eine Produktionsweise, in der reproduktive Tätigkeiten nicht zur Restgröße der Alltagsbewältigung degradiert werden; in der Zeit für Bildung und Muße entsteht, für Sorge und Selbstsorge. Auf dem Weg dahin wären demokratische Soziale Infrastrukturen weit

mehr als eine verbesserte sozialstaatliche Absicherung, sondern notwendige Voraussetzung ganz anderer Care-Praxen. Veränderte Arbeitsteilung und Verschiebungen im Verhältnis der Geschlechter sind damit nicht per se gegeben, und doch wären verkürzte Erwerbsarbeitzeiten und entgeltfreier Zugang zur Absicherung elementarer Bedürfnisse jenseits persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse (Stichwort: Ehegattensplitting) Bedingungen, unter denen solche Aushandlungen weitergetrieben werden könnten. All das gilt es auszutarieren – kurzfristige Erfolge sind unwahrscheinlich, und doch ist allein der Schritt aus der Isolation heraus, sich gemeinsam auf einen Suchprozess begeben zu haben, ein erster Meilenstein. Es geht um eine Selbstbefähigung der Akteure in diesen Kämpfen – und damit um eine Verschiebung von Kräfteverhältnissen nicht zuletzt innerhalb der Organisationen der Linken.

DIE REORGANISIERUNG DER LINKEN

Zum Schluss steht keine Blaupause und doch die These, dass aus den skizzierten Praxen nicht nur (queer-)feministische Politik neue Inspiration ziehen kann, sondern dass es gilt, ein feministisch-sozialistisches Transformationsprojekt ausgehend von Kämpfen um soziale Reproduktion zu entwickeln, diese insgesamt als Terrain linker Politik zu erschließen. Das Feld eignet sich, Praxen zu entwickeln, die am Alltagsverstand ansetzen, dabei aber nicht stehen bleiben; die radikale Veränderung anstreben und trotzdem im Hier und Jetzt beginnen; die es schaffen, gemeinsame Interessen herzustellen und verschiedene Perspektiven zusammenzubringen, ohne Differenzen zu negieren. »Die bloße Kommunikation zwischen den ›Vielen‹ kann jedoch keine Einheit herbeiführen und statt der Entfaltung einer positiven Dialektik von Vielfalt und Einheit setzt sich so erstere auf Kosten letzterer durch« (Porcaro in *LuXemburg* 4/2011, 32). Es geht also darum, gewerkschaftliche, (queer)-feministische, migrantische, betriebliche und zivilgesellschaftliche Kämpfe praktisch zu verbinden.

Dafür ist jedoch ein Umdenken nötig. Im Großen und Ganzen tut sich die gesellschaftliche Linke noch schwer, den Aufbau lokaler, an drängenden Alltagsproblemen ansetzender, kollektiver Netze als eine zentrale Aufgabe anzusehen. Und doch muss sie dazu eine Praxis entwickeln, auch wenn für hiesige Zusammenhänge die Tatsache ungewohnt und teils kaum erträglich ist, dass solche Selbstermächtigungsprozesse unendlich viel Zeit beanspruchen, oftmals politisch ›ungerichtet‹ erscheinen und in konkreten Fragen eigensinnige Entscheidungen treffen und Prioritäten setzen. Es geht darum, die Basis der Kämpfe systematisch zu erweitern, Selbstbefähigungs- und Lernprozesse zu ermöglichen, Verknüpfungen und Verallgemeinerungen von Kämpfen um Care zu entwickeln und möglichst viele Menschen in diesen Prozess zu involvieren. So wird Transformation aus der Perspektive des Alltags denkbar.

LITERATUR:

Candeias, Mario und Eva Völpel, 2014: *Plätze sichern!*, Hamburg

Gramsci, Antonio, 1991: *Gefängnishefte*, Wolfgang Fritz Haug (Hg.), Hamburg

Jochimsen, Maren, 2002: Kooperation im Umgang mit Verletzlichkeit, in: Biesecker, Adelheid et al. (Hg.), *Kooperation und interaktives Lernen in der Ökonomie*, Frankfurt/M, 53–70

Nowak, Iris, 2010: *Sorgetätige in prekären Lohnverhältnissen*, Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Winker, Gabriele, 2015: *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld

INTERVIEW

AUFWERTUNG JETZT!

GESPRÄCH ÜBER STRATEGIEN UND TÜCKEN DER TARIFRUNDE IN DEN SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENSTEN

JANA SEPPEL

Die Bundestarifkommission von ver.di hat Ende 2014 die Eingruppierungsvorschriften in den Sozial- und Erziehungsdiensten gekündigt und verhandelt nun mit dem kommunalen Arbeitgeberverband. Worum genau geht es in dieser Tarifrunde?

Wir wollen eine angemessene Entlohnung für die Beschäftigten erreichen. Dadurch dass die Kriterien der Eingruppierung verändert werden, soll sich ihr Gehalt um circa 10 Prozent verbessern. Wichtig ist, dass in Zukunft bei der Einstufung frühere Beschäftigungszeiten voll anerkannt werden. ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen sind sehr gut ausgebildet. In Kitas, Schulen, in der Behindertenhilfe sowie in der Kinder- und Jugendhilfe leisten sie eine anspruchsvolle Arbeit, die aber nicht angemessen entlohnt wird.

Wieviel verdient eine Erzieherin?

Das Einstiegsgehalt liegt im öffentlichen Dienst zwischen 2 100 und 2 530 Euro brutto bei einer Vollzeitstelle. Fast die Hälfte der ErzieherInnen arbeiten jedoch Teilzeit – zum Teil auch unfreiwillig. Entweder gibt es keine Vollzeitstellen oder die gesundheitliche Belastung ist zu hoch, was insbesondere die älteren KollegInnen spüren. Auch bei einem Gehalt von 2 800 Euro nach längerer Berufsphase sind das bei einer 3-Tage-Woche beispielsweise nur 1 680 Euro brutto. Da ist das Armutsrisiko hoch. Bei sozialen Berufen verstärken sich das relativ niedrige Lohnniveau und der hohe Anteil von Teilzeitphasen im Lebenslauf außerdem negativ mit Blick auf die Rente. Der *gender pay gap*, also die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, verschärft sich auf diese Weise zu einem *gender pension gap* von fast 60 Prozent.

Der letzte Streik in den Sozial- und Erziehungsdiensten in 2009 war beeindruckend. Inwiefern profitiert ihr von diesen Erfahrungen?

Wir haben in der damaligen Streikbewegung viel gelernt, konnten aber die geforderten Lohnerhöhungen noch nicht durchsetzen. Deshalb müssen wir nun den Druck erhöhen. Die damals entfaltete Kreativität der KollegInnen und unsere Mobilisierungserfolge in den großen Städten müssen nun in der Fläche wirken. Wir haben dazu in den vergangenen Jahren

gemeinsame Lernprozesse organisiert in Form von pädagogischen Fachkonferenzen und Aktivenworkshops sowie durch einen direkten Austausch zwischen Beschäftigten sowie haupt- und ehrenamtlichen GewerkschafterInnen. Es war wichtig, dass wir bei der jetzigen Tarifauseinandersetzung unsere gewerkschaftsinternen Diskussionen über die Forderungen sehr früh begonnen haben. Dennoch wird die Tarifrunde aus zwei Gründen kein Spaziergang: Zum einen arbeiten viele neue, noch relativ junge Beschäftigte mit wenig Streikerfahrungen in den Einrichtungen. Zum anderen gibt es immer noch viele nicht organisierte Bereiche, gerade in den ländlichen Regionen.

Können pädagogische Fachkräfte durch Streik überhaupt ökonomischen Schaden anrichten? Im Vergleich mit Beschäftigten in der Automobilindustrie oder auch Verkäuferinnen verfügen sie doch kaum über Produktionsmacht.

Es ist richtig, dass wir durch Streik nur sehr begrenzt ökonomischen Schaden verursachen. Häufig ist es ja im öffentlichen Dienst so, dass die Träger – ob Kommune, Kirche, Wohlfahrtsverband oder freie Träger – dadurch sogar noch Lohnkosten einsparen. Zwar können und sollten Eltern für die Streiktage ihre Gebühren zurückverlangen, dies wird aber kaum genutzt und reicht als Druckmittel nicht aus. Ich würde mir sehr wünschen, dass all die Väter, die hier bei Daimler arbeiten, während des Streiks zu Hause bleiben und sich um ihre Kinder kümmern würden. Dann wäre der Druck ein ganz anderer. Meine Erfahrung aus 2009 ist allerdings, dass die Risiken in der Regel die Mütter tragen. Sie gründen Betreuungsgemeinschaften oder nehmen ihren Jahresurlaub in Anspruch.

JANA SEPPELT ist Politologin und seit 2011 Gewerkschaftssekretärin im Fachbereich Gemeinden bei ver.di Stuttgart, wo sie Beschäftigte in kommunalen Einrichtungen betreut, viele von ihnen im Sozial- und Erziehungsdienst. Davor war sie lange in der Gruppe Soziale Kämpfe in Berlin aktiv.

Es sind eben in den Familien nach wie vor überwiegend Frauen, die für die Kinderbetreuung und Erziehung zuständig sind. Und auch ErzieherInnen sind zu 96 Prozent weiblich. Wir müssen als Gewerkschaft noch stärker Strategien entwickeln, wie wir diese geschlechtliche Arbeitsteilung aufbrechen können. Die Tarifauseinandersetzung ist auch dafür ein wichtiger Schritt, weil es um die Aufwertung von feminisierter Sorge- und Erziehungsarbeit geht. Erzieherinnen sind keine Basteltanten, es geht auch nicht um ›mütterliche Kompetenzen‹, sondern um qualifizierte Arbeit. Das muss sich in der Eingruppierung widerspiegeln.

Warum ist Streik dann trotzdem das richtige Mittel?

Wie in jeder Branche gilt: Ohne Streik und ein aktives Nein-Sagen erreichen wir nichts. Wenn ErzieherInnen streiken, greifen sie direkt in die Reproduktion der Familien ein. Sie können einen enormen öffentlichen Druck erzeugen, damit sich der Probleme angenommen wird. Wir sagen: Jetzt geht es zur Abwechslung mal um dich und nicht nur um Eltern, Kinder oder KlientInnen. Du machst das, damit du im Alter nicht arm bist und damit du ein deinen Fähigkeiten und der gesellschaftlichen Aufgabe angemessenes Gehalt bekommst. Letztendlich müssen wir diese Auseinandersetzung auch in der Öffentlichkeit gewinnen. Neben unserer



Proteste der Reinigungskräfte des griechischen Finanzministeriums gegen ihre Entlassung, 2014, Beide Bilder: © Aggeliki Koronaiou

Fähigkeit, gemeinsam zu handeln und Solidarität innerhalb der Einrichtungen sowie zwischen den einzelnen Berufsgruppen zu organisieren, ist entscheidend, unserem Anliegen in der Öffentlichkeit die notwendige Aufmerksamkeit und Legitimität zu verschaffen – also symbolische Macht aufzubauen.

Ist es in diesem Feld besonders schwierig zu streiken, weil es zunächst die Kinder und Jugendlichen beziehungsweise ihre Eltern sind, die darunter ›leiden‹?

Ein Kollege sagte neulich zu mir, dass wir mit der Haltung »Glücklich liegen wir darnieder, aber glücklich eben« brechen müssen. Zum Teil ist uns das auch schon gelungen. Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst haben eine hohe Arbeitsmotivation und einen stark ausgeprägten Sorgeethos. Gerade auch in der Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe sehen die Beschäftigten ihre Erfolge als gefährdet an, wenn sie die KlientInnen wegen des Streiks nicht mehr betreuen können. In der Kita oder dem Hort fühlen sie sich gegenüber den Eltern teilweise schuldig, weil sie um deren Nöte wissen, wenn die Einrichtung geschlossen bleibt.

Streik muss gelernt und regelmäßig geübt werden: Wie organisiere ich einen Streik so, dass diese Ängste auch in der Organisation des Streiks berücksichtigt werden? Wie lerne ich zu unterscheiden, ob ich mich um eine Sache wirklich kümmern muss oder ob sie vorrübergehend vernachlässigbar ist? Wie kann ich erkennen, ob dies in meiner Verantwortung oder in der meines Arbeitgebers liegt? Mittlerweile gibt es da einen großen Erfahrungsschatz auch in der Arbeit mit den Eltern, in der Vorbereitung der Streikstrategie und in ganz praktischen alltäglichen Organisierungsfragen.

Ist im Zuge der Auseinandersetzungen ein neues Selbstbewusstsein der Beschäftigten entstanden?

Die gewachsene Solidarität untereinander und die Erfahrung »Wir können das!« hat auf jeden Fall zu einem neuen Selbstbe-

wusstsein und auch zu gesellschaftlicher Anerkennung beigetragen. Die Beschäftigten begreifen sich mehr und mehr als Lohnabhängige, die bestimmte Rechte haben und diese einfordern. Interessanterweise haben diese Erfahrungen auch die Gremien der betrieblichen Mitbestimmung und der Gewerkschaften selbst verändert. Die Dominanz von Männern in den Personalräten, Betriebsräten oder wie im Fall der kirchlichen Träger in den Mitarbeiterversammlungen sowie in den gewerkschaftlichen Führungspositionen wurde und wird durch diese aktiven, selbstbewussten Frauen infrage gestellt. Damit finden auch inhaltliche Verschiebungen statt. Themen wie Bildung und Betreuung, soziale Arbeit oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben in den Gremien einen höheren Stellenwert bekommen.



Wie geht ihr mit den Interessenkonflikten zwischen Beschäftigten und Eltern um, wenn die Einrichtungen geschlossen bleiben?

Gespräche mit den Eltern und Elternbeiräten sind unheimlich wichtig. Einerseits erhöhen wir den politischen Druck, wenn wir die Eltern auf unsere Seite ziehen. Zum anderen können konfrontative Auseinandersetzungen mit den Eltern eine starke emotionale Belastung für die Beschäftigten darstellen. Eltern meckern schon mal die Erzieherin an, dass sie aufgrund des Streiks ihre Kinder nicht unterbringen können.

Wir werben deshalb um Verständnis für unsere Forderungen und betonen, dass wir ein gemeinsames Interesse an guten Arbeitsbedingungen und einer angemessenen Entlohnung haben. Dies ist nun einmal die Voraussetzung für hohe Qualität. Wir müssen den Eltern aber auch klar machen, dass wir ohne die Nutzung des Streikrechts diese Auseinandersetzung nicht gewinnen können. Wir fordern die Solidarität der Eltern, und uns ist aber klar, dass die Situation für sie belastend ist. Deshalb reden KollegInnen mit den Eltern darüber, wie sie an Streiktagen kollektiv mit anderen Eltern die Betreuung organisieren können. Wir versuchen hier auf die Eltern einzugehen und sie frühzeitig zu informieren, ohne allerdings unser Streikrecht infrage zu stellen. Und klar, bei längeren Erzwingungsstreiks werden wir als

Gewerkschaft dann auch Notdienstvereinbarungen mit den Trägern aushandeln, in denen das Betreuungsangebot für all die Eltern geregelt ist, die keine Alternative haben.

Von den 700 000 Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten arbeiten nur noch etwa 200 000 bei kommunalen Trägern. Welche Bedeutung hat diese Aufwertungskampagne für den Rest?

Obgleich die Tarifstruktur in den Sozial- und Erziehungsdiensten einem Flickenteppich ähnelt, ist der TVöD (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst) nach wie vor die Leitwährung. Wir verhandeln also über die Rahmenbedingungen im gesamten Bereich, und der Abschluss wird auch Ausstrahlung auf die übrigen zwei Drittel der Beschäftigten haben. Erhöhen sich die Gehälter für den öffentlichen Dienst, werden auch andere Träger langfristig nachziehen müssen, um gutes Personal zu bekommen.

Wie können Beschäftigte, die nicht bei kommunalen Trägern arbeiten, die Auseinandersetzung unterstützen?

Wir müssen unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung zusammenführen. Die einen streiken, die anderen können demonstrieren oder Versammlungen abhalten. Auch kirchliche Mitarbeitervertretungen können an Demonstrationen und Aktionen teilnehmen. Bei uns in Stuttgart legen Mitarbeitervertretungen beispielsweise ihre Versammlungen auf einen Streiktag und halten diese in der Öffentlichkeit ab. Wir versuchen auch Studierende pädagogischer und sozialer Studiengänge mit auf die Straße zu bringen und Kooperationen mit LehrerInnen zu entwickeln. Wir müssen Angebote unterhalb des Streiks überlegen, damit wir wirklich eine gesellschaftliche Bewegung hinbekommen. Aber für das eine Drittel, das streiken kann, gilt: Wir brauchen jede und jeden! Es wäre nicht gut, wenn wir wieder nur in den Großstädten rausgehen.

Niedrige Löhne sind nicht das einzige Problem in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Wie geht es nach der Tarifauseinandersetzung weiter?

Jetzt steht erst einmal die Tarifrunde im Vordergrund. Wir sollten aber auf den Streikversammlungen sowie bei den Aktionen und Demos auch schon die viel zu niedrigen Personalschlüssel und die prekären Arbeitsbedingungen thematisieren. In Stuttgart werden wir versuchen, im Anschluss an die Tarifrunde mit Kampagnen zu diesen Themen anzuknüpfen. Das Problem ist: Wenn wir Tariferhöhungen erreichen, ohne dass substanziell mehr Geld in die Kommunen fließt, wird sich der Druck nur verlagern. Deshalb müssen wir uns insgesamt für eine bessere öffentliche Finanzierung einsetzen, damit die sozialen Ungleichheiten sich nicht weiter verschärfen. Diese manifestieren sich auch räumlich. In ärmeren Vierteln oder Gegenden sind in der Regel auch die Einrichtungen sehr viel schlechter ausgestattet.

Gibt es Schätzungen, wie viele Fachkräfte fehlen?

Selbst die Bertelsmann Stiftung hat sich in einer Studie von 2014 dafür ausgesprochen, bundesweit 120 000 neue Vollzeitarbeitsplätze in Kitas zu schaffen. Generell ist der Personalschlüssel viel zu niedrig. Erschüt-

ternd sind auch die Unterschiede zwischen den Bundesländern. Mal ehrlich, der Baden-Württemberger Schlüssel für Kinder über drei Jahre ist mit 1 zu 9 im Ganztagesbereich schon zu niedrig, aber 1 zu 15 in Mecklenburg-Vorpommern schießt echt den Vogel ab. Infolge des Ausbaus der Betreuung für Kinder unter drei Jahren sind gerade in Ballungsgebieten viele Stellen unbesetzt. Die Kommunen versuchen das Betreuungsangebot um jeden Preis aufrechtzuerhalten, und folglich erlässt das Jugendamt jede Menge Sondergenehmigungen, wenn der Personalschlüssel unterschritten wird. Dies wirkt sich auf Qualität und Arbeitsbelastung aus.

Wie ist ein höherer Personalschlüssel zu realisieren, wenn schon jetzt die Leute fehlen?

Viele Frauen und auch Männer wollen in dem Bereich arbeiten. Das ist nicht das Problem. Der Fachkräftemangel ist ganz klar eine Folge der Prekarisierungstendenzen und das Ergebnis einer verfehlten Politik. In den Sozialberufen ist der Anteil derjenigen, die Niedriglöhne verdienen, besonders hoch, und gute Ausbildung schützt hier keinesfalls. Auch der Anteil an Befristungen ist hoch. Es gibt Schätzungen, dass 40 Prozent der ausgebildeten ErzieherInnen sich im Berufsverlauf einen anderen Job suchen. Das sagt einiges!

Seit 2013 gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Was ist beim sogenannten U3-Ausbau schiefgelaufen?

Der Ausbau des Betreuungsangebots wurde mit äußerst knappen Mitteln verwirklicht. Im Vordergrund stand die Quantität, die Qualität blieb auf der Strecke. Und das obwohl WissenschaftlerInnen und Gewerkschaften seit Langem darauf hinweisen, dass die Gruppen zu groß und die Räume zu klein sind, dass das Personal nicht ausreicht etc. Die Bundesregierung hat es sich hier verdammt einfach gemacht. Sie hat ein Gesetz erlassen, aber die Realisierung auf die Kommunen abgewälzt, und die sind finanziell sehr unterschiedlich ausgestattet. Aber auch die Kommunen haben einiges versäumt. Natürlich hätte auch in der Verwaltung Personal ausgebaut werden müssen. Schließlich sind es die Kommunen, die sicherstellen müssen, dass bei allen Trägern eine fachlich gute Arbeit geleistet wird. Bei uns in Baden-Württemberg beobachte ich mit großer Skepsis, dass der Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren zu einer Verschiebung in der Trägerlandschaft führt. Die Kommunen sind kaum aktiv geworden und waren stattdessen froh, dass zunehmend privatwirtschaftlich arbeitende GmbHs die Lücken füllen. Zwei Dinge sind da problematisch: Zum einen gibt es bei diesen Trägern kaum Betriebsräte. Zum anderen lassen Gemeinde- und Stadträte zunehmend zu, dass sie ihre Gebühren selbst festlegen und sich nicht in städtische, häufig sozial gestaffelte Gebührenordnungen einfügen. Je nach Träger und Region haben sie teilweise bessere Ausstattungen, weil sie einfach mehr Geld verlangen. Damit verstärkt sich die Segregation. Auch dafür ist es wichtig, dass die Aufwertungskampagne erfolgreich läuft und wir die Situation der Kommunen – gerade auch angesichts der Schuldenbremse – immer mit thematisieren.

Das Gespräch führte Sarah Bormann.

GESUNDHEITSVERSORGUNG GANZ ANDERS?

IDEEN FÜR EINE SOZIALE INFRASTRUKTUR

EVA-MARIA KRAMPE

Der gegenwärtige neoliberale Kapitalismus hebelt die Systeme sozialer Sicherung systematisch aus. Austeritätspolitiken insbesondere in den sogenannten Krisenländern verschärfen diese Tendenz. Für das Gesundheitswesen bedeutet das, dass Privatisierung und Ökonomisierung auch die Gesundheitsrisiken rasant individualisieren und vertikal ausdifferenzieren (vgl. Wohlfahrt in diesem Heft). Ein Zurück zu den überkommenen korporatistisch-bürokratischen Formen des Sozialstaats ist jedoch nicht nur wegen veränderter Arbeitsverhältnisse keine Alternative, sondern auch wegen dessen ausgrenzenden und disziplinierenden Charakters. Der fordistische Sozialstaat gehört auch deshalb der Vergangenheit an, weil es angesichts des erreichten Stands der Produktivkraftentwicklung nicht mehr sinnvoll ist, die gesellschaftlichen Existenzmöglichkeiten im Wesentlichen an Lohnarbeit zu binden. Das Verhältnis von kollektiver Produktion und kollektivem Konsum muss neu justiert werden. Eine völlige Umgestaltung des Sozialen,

die zu einer emanzipatorischen Veränderung der herrschenden Verhältnisse insgesamt beitragen würde, steht auf der Agenda.

Hierauf zielt das Konzept der Sozialen Infrastruktur (vgl. Gehrig 2013; Hirsch et al. 2013), das im Folgenden für den Bereich der Gesundheitsversorgung konkretisiert werden soll. Es geht um die Entwicklung kollektiver Formen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse. Zur Sozialen Infrastruktur müssen prinzipiell alle Menschen Zugang haben, unabhängig von ihrem Einkommen und der Art ihrer Tätigkeit, unabhängig von Alter, Geschlecht und Staatsbürgerschaft.[1]

Infrastrukturen im Gesundheitsbereich umfassen ein weites Feld. Es geht darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse so einzurichten, dass folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Gesundheitsschädigungen müssen nach Möglichkeit schon vorbeugend vermieden werden. Umfassende *Krankheitsprävention* und darüber hinaus die Sicherung körperlicher Handlungsfähigkeit und körperlichen Wohlbefindens sollten Priorität genießen. Dabei spielen Ernährung, Wasserversorgung, Hygiene, Kanalisation, Seuchenprävention, Friedenssicherung und die Vermeidung von Berufskrankheiten und Unfällen eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt die Vermeidung von Umweltbelastungen aller Art. Fortschritte der Medizin im engeren Sinn sind dem nur bedingt gleichrangig.
- Die erste Aufgabe von Gesundheitspolitik ist es, Gesundheit zu erhalten. Das *Heilen von Krankheiten und Verletzungen* ist daher als Folge eines Versagens bei der Verfolgung dieses Ziels zu betrachten.
- Verletzungen, Krankheiten und damit mehr oder weniger lang andauernde Zustände der körperlichen und seelischen Beeinträchtigung lassen sich jedoch nicht vermeiden. Situationen von Schwäche und Abhängigkeit wird es immer wieder geben, nicht nur während der Kindheit und im Alter. Daher ist der möglichst gute und für alle Beteiligten schonende Umgang mit Abhängigkeiten, also die *Pflege* und *Unterstützung*, ins Zentrum des Umgangs mit Gesundheit und Krankheit zu stellen.

Eine diesen Maximen folgende alternative Gesundheitspolitik kann nur formuliert werden, wenn sie Probleme des bestehenden Systems kritisch reflektiert. Das Gesundheitssystem wird zwar von der sogenannten Selbstverwaltung aller Beteiligten gesteuert. Es ist aber sowohl inhaltlich als auch finanziell faktisch durch ein Anbieterkartell beherrscht, das seine Klientel autonom und weitgehend unkontrolliert bewirtschaftet. Darüber hinaus steht das strukturell ungleiche Verhältnis zwischen ExpertInnen und Betroffenen einer Demokratisierung im Gesundheitsbereich im

EVA-MARIA KRAMPE ist Redaktionsmitglied der Online-Zeitschrift *links-netz*, auf die das Konzept der Sozialen Infrastruktur zurückgeht. Als Transformationsstrategie zielt der Ansatz jenseits einer bedingungslosen Grundsicherung auf den Ausbau von kostenfrei zu nutzenden öffentlichen Gütern und Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur, Verkehr und Wohnen. Die Autorin ist Fachreferentin für Qualitätsmanagement an der Frankfurt University of Applied Sciences. Schwerpunkte ihrer wissenschaftlichen Arbeit sind Pflege und Gesundheitswesen.

Wege. Das Verhältnis zwischen ÄrztInnen und PatientInnen müsste, soweit dies möglich ist, dem Prinzip informierter Übereinstimmung folgen – das wiederum setzt entsprechende Fähigkeiten sowohl bei den MedizinerInnen als auch bei den zu Behandelnden voraus. So wären Bedingungen zu schaffen, unter denen PatientInnen sich die dafür nötigen Kompetenzen aneignen könnten. Um Patienteninteressen zur Geltung zu bringen, bedürfte es außerdem gesetzlicher Regelungen, die es BürgerInnen ermöglichen, über Behandlungsfragen mit zu entscheiden. Im Konzept der *Patient Partnership* stehen sich Laien und Professionelle nicht mehr länger als ›Nutzer/Kunden‹ und ›Anbieter‹ gegenüber, sondern begegnen sich als gleichberechtigte Parteien – ähnlich gibt es dies bereits in der englischen Praxis. Ein großer Teil dieser Probleme könnte auf Basis einer nicht nur finanziell, sondern tatsächlich lokal und regional verankerten Versorgungsstruktur angegangen werden. Dazu bieten sich lokale Gesundheitszentren als Organisationseinheiten an.

LOKALE GESUNDHEITSZENTREN

Lokale Gesundheitszentren können die Funktionen wiederbeleben, die einst der häufig mythologisierte Gemeinde- und Landarzt oder auch die Gemeindeschwester in der DDR hatten. Es ist keine falsche Idee, dass man in Gesundheits- wie Krankheitsfragen stabile, aber nicht hoch spezialisierte ExpertInnen braucht – eine Idee, die in vielen Ländern der Peripherie bereits erfolgreich umgesetzt wird. Solche GesundheitsexpertInnen kennen die Personen und ihre Geschichte und können ›ganzheitlich‹ beraten, sind aber auch über Spezialeinrichtungen der Medizin informiert. GemeindeärztInnen oder auch niedergelassene Pflegende beispielsweise kennen die Gesundheitsgefährdungen, die es in der Gemeinde oder Region gibt, und können PatientInnen darauf aufmerksam machen.

In einer Einzelpraxis können oft überforderte ÄrztInnen leicht zu Außenposten von Industrien und Verwaltungen werden, die vor allem unternehmerisch darauf achten müssen, dass ›die Kasse stimmt‹. Ein lokales Gesundheitszentrum würde dagegen Bedingungen für eine sachorientierte Arbeit herstellen. Dort wären ÄrztInnen mit unterschiedlichen Spezialisierungen und einem gemeinsamen Maschinenpark kooperativ tätig. Darüber hinaus wäre die Zusammenarbeit zwischen ÄrztInnen, Pflegenden, TherapeutInnen, PharmazeutInnen und vielen anderen unmittelbar sichergestellt. Entscheidungen über Therapien und die Einnahme von Medikamenten könnten gemeinsam gefällt werden.

An diese Gesundheitszentren sollten mobile Dienste der Therapie und häuslichen Pflege angeschlossen sein, die der sozialen Situation der PatientInnen angepasst sind und mit dem betreuenden Arzt beziehungsweise der betreuenden Pflegeperson koordiniert werden. Dazu gehörten auch Schwangeren- und Mütterberatung, amtsärztliche Funktionen, Erziehungsberatung und verwandte Dienste. Auch die Distribution von Medikamenten und Heil- und Hilfsmitteln könnte über diese Zentren rationaler erfolgen und gleichzeitig die Macht der Apotheken und der Pharmaindustrie überwinden. Der Gedanke, solche lokalen Gesundheitszentren einzurichten, ist keineswegs neu. Bereits in der Weimarer

Republik war die Organisationsform der Ambulanzen schon stärker entwickelt, bevor sie zum ›Schutz‹ der niedergelassenen Ärzte zurückgedrängt wurde. Ähnliches trifft auf die in der DDR üblichen Polikliniken zu, die nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eiligst abgewickelt wurden. Wie die aktuelle Förderung von Gemeinschaftspraxen, Ärztehäusern und neuerdings auch Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zeigt, gibt es im Gesundheitssystem selbst ein Interesse an solchen kooperativen Organisationsformen, wenngleich zumeist mit anderen Intentionen – nämlich denen der Kostensenkung.

DIE ZENTRALE ROLLE DER PFLEGE

Pflege und der Umgang mit länger andauernden Beeinträchtigungen ist ein immer wichtiger werdender Bereich des Gesundheitssystems, der ebenfalls zu den Aufgaben von lokalen Gesundheitszentren gehören müsste. Pflege geht insofern über das Medizinische hinaus, als sie dazu beiträgt, eine den jeweiligen alters- und/oder krankheitsbedingten Umständen Rechnung tragende Gestaltung des Lebens zu ermöglichen. Anders als in der Bundesrepublik ist in vielen westlichen Ländern, aber auch in Gesundheitssystemen peripherer Länder diese aufgewertete Rolle der Pflege längst anerkannt. Auch wenn es zwischen den Arbeitsfeldern gelegentlich Überschneidungen gibt, sollte sie jedoch nicht mit den Aufgaben der Sozialen Arbeit verwechselt werden.

Eine wichtige Funktion der Pflegepersonen innerhalb der Gesundheitszentren bestünde darin, zwischen medizinischem Wissen und Gesundheits- und Krankheitsempfinden der PatientInnen zu vermitteln. Sie könnten die hierarchische Beziehung zwischen Fachleuten und Laien zu einem Teil demokratisieren, indem sie die subjektive Definition von Krankheits- und Gesundheitsempfinden aufwerten. Darüber hinaus kennen Pflegende in der häuslichen/ambulanten Versorgung die individuellen familiären Bedingungen und können krankmachende Lebens- und Arbeitsbedingungen wesentlich früher erkennen, als dies von medizinischer Seite der Fall ist. Das heißt, sie könnten dazu beitragen, den Kompetenzerwerb der PatientInnen zu unterstützen. Gemeinsam mit den Betroffenen könnten sie Maßnahmen entwickeln, die vormedizinisch wirksam würden.

Ein an Prävention orientierter Ansatz würde es ermöglichen, unterschiedliche Lebensbereiche wie das Arbeitsumfeld, Kindergärten und Schulen viel stärker einzubeziehen. Eine Sensibilisierung für Gesundheitsrisiken wie auch die Durchführung präventiver Programme könnte dort Teil der allgemeinen Ausbildung sein, ohne zu einem Moment totaler Kontrolle zu werden. Darüber hinaus muss selbstverständlich auch die akute Pflege nach Krankenhausaufenthalten zu Hause gewährleistet sein, da diese infolge der inzwischen sehr frühen Entlassung aus den Krankenhäusern hoch professionelle Anforderungen stellt. Allerdings sollte in der darauffolgenden Phase ebenso wie bei Menschen, die aufgrund ihres Alters und/oder gesundheitlicher Beeinträchtigungen bis hin zu schweren Behinderungen zu Hause versorgt werden müssen, ambulante Pflege anders organisiert werden als heute. Beruflich Pflegende sollten ihre Hauptverantwortung in der professionellen Unterstützung und Organisation von Pflegenetzwerken sehen.

Ein wichtiges Moment einer so konzipierten Gesundheitsversorgung muss eine andere Versorgung von Sterbenden und von Menschen mit schwersten gesundheitlichen Beeinträchtigungen einschließen. Dafür wären kleine, dezentrale stationäre Einrichtungen inmitten der Kommunen denkbar, damit auch hier die Pflegenetzwerke in die Betreuung einbezogen werden und die Gettoisierung schwer kranker Menschen beendet wird.

Da Gesundheitszentren möglichst lokal und bedarfsnah einzurichten wären, bestimmte Geräte und Spezialbehandlungsmöglichkeiten aber einen größeren Einzugsbereich erfordern, um sinnvoll genutzt zu werden und ausgelastet zu sein, wären regionale Einrichtungen anzustreben, die in Kooperation mit den lokalen Zentren betrieben werden. Darüber hinaus müsste es eine zentrale demokratisch legitimierte Instanz geben, die all diese Prozesse sinnvoll plant.

FINANZIERUNG UND DEMOKRATISCHE SELBSTVERWALTUNG

Finanziert würde ein solches Gesundheitswesen allein über Steuereinnahmen. Das heißt, dass Krankenkassen, wenn überhaupt, nur in Teilfunktionen erhalten blieben. Dasselbe gilt für die kassenärztlichen Vereinigungen. Natürlich ist weiterhin eine Verwaltung der Finanzierung nötig und auch eine Kontrolle der Einzelleistungen. Aber zweifellos wird Gesundheitsvorsorge als Soziale Infrastruktur viele Leistungen enthalten, die sich nicht einzeln zurechnen lassen und die daher pauschal finanziert werden müssen. Die Finanzierung der lokalen Gesundheitszentren müsste unter Berücksichtigung regional unterschiedlicher Bedarfslagen aus zentralen Mitteln erfolgen. Ähnlich wird dies zum Beispiel in England bereits praktiziert und ansatzweise in der Bundesrepublik im Rahmen des Risikostrukturausgleichs zwischen den Krankenkassen realisiert. Wenn ein Teil der Finanzierung aus den Steuereinnahmen der Gemeinden erfolgt, entstehen dort Motive, an einer möglichst effektiven lokalen Gesundheitspolitik und Patientenversorgung mitzuarbeiten. Überhaupt wäre die anvisierte Gestaltung des Gesundheitssystems insgesamt erheblich kostengünstiger.

Die Gesundheitszentren müssten also Fachleute für Sozial-, Arbeits- und Umweltmedizin haben und gleichzeitig in breitere Planungsprozesse eingebunden sein. Umgekehrt werden solche übergreifenden Gremien Einfluss auf die Arbeit der Gesundheitszentren haben. Gesundheit wird damit organisatorisch zu einer Aufgabe von Gemeindepolitik.

Ganz entscheidend ist, dass die Gesundheitszentren mit demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen ausgestattet werden (gute Ansätze hierfür finden sich schon heute etwa in Schweden). Die Interessen der Betroffenen müssen gegenüber GesundheitsexpertInnen und Unternehmen gestärkt werden, wenngleich Expertenwissen selbstverständlich notwendig bleibt, denn Patientenbedürfnisse können und werden durchaus von der Pharma- und Geräteindustrie manipuliert. In den Leitungsgremien der dezentralen Versorgungszentren müssten daher auch unabhängige ExpertInnen vertreten sein – neben der Bevölkerung und relevanten Teilen der sonstigen Gemeindeverwaltung und -politik. Eine solche Repräsentationsstruktur ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Gesundheits-

versorgung spezifischen lokalen Bedürfnissen angepasst wird und über Prioritäten demokratisch statt technokratisch oder entlang ökonomischer Interessen entschieden werden kann.

EINSTIEGE UND KAMPF UM HEGEMONIE

Es steht außer Frage, dass eine solche Neuorganisation des Gesundheitswesens nicht über Nacht erreicht werden kann. Ihr stehen die Interessen der aktuell mächtigsten Akteure in diesem Sektor entgegen. Nichtsdestotrotz führen Versorgungsprobleme dazu, dass einzelne Beteiligte, auch in der Politik, versuchen, andere Wege zu beschreiten. Dabei geht es nicht nur um die in der Tat ›explodierenden‹ Kosten für die weltweit einmalige Zunahme an medizinischen und chirurgischen Eingriffen, die der Gesundheit offensichtlich eher ab- als zuträglich sind (das gilt etwa für viele Knie-, Gelenk- und Wirbelsäulenoperationen). Auch die mangelnde Koordination zwischen stationärer und ambulanter Versorgung treibt die Kostenspirale in die Höhe. Als Reaktion darauf werden bereits seit einigen Jahren besondere finanzielle Anreize für die Einrichtung Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) geboten. Diese werden zwar vielfach von privaten Krankenhausketten genutzt, um deren bestehende Beschränkung auf die stationäre Versorgung zu überwinden. Dennoch bieten sich hier Ansätze für eine gänzlich andere Organisation des Gesundheitswesens: dort nämlich, wo ÄrtztInnen und andere Gesundheitsfachleute sich gemeinsam daran machen, solche Zentren als Orte einer ganzheitlichen Versorgung für Stadtteile oder Quartiere zu etablieren. Als besonders akut gelten momentan die Versorgungsengpässe in ländlichen Regionen, die für ärztliche UnternehmerInnen nicht genügend Profite abwerfen. Hier gibt es vereinzelt, vor allem im norddeutschen Raum, Initiativen von Gemeinderäten und Bürgermeistern, Arzthäuser einzurichten und MedizinerInnen als Angestellte der Gemeinde für die Versorgung zu gewinnen. Obwohl eher aus der Not geboren, denn als politisches Konzept gedacht, zeigt dies einen anderen Weg hin zu einer lokal organisierten und verantworteten Gesundheitsversorgung auf.

Insgesamt liegt ein langwieriger Weg vor uns. ›Von oben‹ wird ein solches als Soziale Infrastruktur konzipiertes Gesundheitssystem derzeit nicht durchgesetzt werden. Jenseits der unmittelbaren sozialen und politischen Praxen, die es hier zu entwickeln gelte, bedürfte es deshalb einer gründlichen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse, also: einer Selbstveränderung der Gesellschaft insgesamt. Dazu bedarf es sozialer Bewegungen und Initiativen, die an unterschiedlichen Zusammenhängen anknüpfen und sich miteinander verbinden. Es geht um den erfolgreichen Kampf um eine neue Hegemonie, die Voraussetzung für eine soziale Emanzipation ist. Veränderte Praxen im Gesundheitswesen können hier jedoch Laboratorien, Orte der Verbindung sein (vgl. Dück/Fried in diesem Heft).

LITERATUR

Gehrig, Thomas 2013: Soziale Infrastruktur statt Grundeinkommen?, in *LuXemburg* 2/2013, 54–59

Hirsch, Joachim, Oliver Brüchert und Eva-Maria Krampe u.a., 2013: *Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur*, herausgegeben von der AG links-netz, Hamburg

1 Die erste Fassung dieses Textes für *links-netz* wurde von Joachim Hirsch, Eva-Maria Krampe, Christa Sonnenfeld, Heinz Steinert und Nadja Rakowitz verfasst.

VOM GESCHÄFT MIT GRUNDBEDÜRFNISSEN

DIE ÖKONOMISIERUNG SOZIALER DIENSTE

NORBERT WOHLFAHRT

In der Diskussion um Qualität und Entwicklung Sozialer Infrastrukturen herrscht vielfach Verwunderung darüber, warum für alles Mögliche Geld da ist, nicht aber für so elementare Dinge wie die Versorgung alter Menschen, die Erziehung und Betreuung von Kindern oder die Förderung von Menschen mit Behinderungen. Der Grund hierfür liegt im Prinzip des Privateigentums und der privaten Gewinnerwirtschaftung, die für die gesamte kapitalistische Ökonomie beherrschend sind.

SOZIALE INFRASTRUKTURPOLITIK ALS LEISTUNG DES KAPITALISTISCHEN STAATES

Wenn der Staat ganze Sektoren der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen dem Markt entzieht, tut er dies nicht als Alternative zum privatkapitalistischen Geschehen, sondern weil die von ihm als notwendig erachteten Infrastrukturen vom Markt allein nicht zustande gebracht werden. Die gemeinwirtschaftliche Versorgung mit elementaren Gütern und Dienstleistungen wie Wasser, Strom, Verkehrs-

infrastruktur, Gesundheitspflege oder Schulbildung erfolgt von einem übergeordneten Standpunkt aus: Ziel ist die Pflege und Erhaltung der als Staatsvolk zusammengefassten Bürgerinnen und Bürger als Basis und Ressource nationaler Standortpolitik. Der Staat erbringt entweder unprofitable, aber notwendige Voraussetzungen für die Gewinnwirtschaft oder er übernimmt, als Reaktion auf die Schädigungen der Konkurrenzgesellschaft, kompensatorische Leistungen wie die Aufrechterhaltung der Volksgesundheit (Dahme/Wohlfahrt 2014a).

Daraus folgt: Der Gebrauchswert sozialer Dienste wird – im Unterschied zur normalen Warenproduktion – nicht durch die Nützlichkeit bestimmt, die das Produkt für das konsumierende Subjekt hat. Er wird stattdessen staatlich, in der Regel durch gesetzliche Regelungen gestiftet. Solche staatlichen Setzungen sind Gegenstand dauerhafter Abwägungen: Welche Dienstleistungen werden in welcher Qualität benötigt, um eine von staatlichen Transfers unabhängige Reproduktion der Arbeitskräfte zu gewährleisten? Welche Dienstleistungen sind erforderlich, um die staatlich als notwendig erachteten Ausbildungs- und Instandhaltungsarbeiten der bürgerlichen Verhältnisse durchzusetzen (Schulwesen, Schutz von Kindern und Jugendlichen)?

Soziale Dienstleistungen sind damit weit überwiegend nicht Ergebnis einer zahlungsfähigen Nachfrage, die sich auf ein spezifisches Produkt richtet, sondern durch staatliche Nützlichkeitserwägungen geschaffene und finanzierte Investitionen. Ihr Gebrauchswert ist also nicht nur staatlich vermittelt, sondern auch staatlich bestimmt, und damit unabhängig davon, ob sich das Produkt auch für den Adressaten als nützlich erweist. Der klassische Schwerpunkt der Gemeinwirtschaft liegt zweifellos darin, materielle Infrastrukturen zu gewährleisten und zu betreiben, die als Anlagesphäre privatkapitalistischer Akkumulation nicht infrage kommen, weil die Investitionskosten zu hoch sind oder weil das private Geschäftsrisiko angesichts des Umfangs des anzulegenden Kapitals als zu hoch eingeschätzt wird. Erfolgt dennoch ein Kapitaleinsatz in solchen Bereichen, so steht immer auch die Privatisierung staatlich betriebener gemeinwirtschaftlicher Leistungen auf der Agenda. Soziale Dienstleistungen entspringen ihrem Grunde und ihrer spezifischen Ausgestaltung nach also primär einer souveränen sozialstaatlichen Zwecksetzung, ohne dass die Wünsche und Interessen der so ›Begünstigten‹, analog der Kundenorientierung im Rahmen einer rein marktvermittelten Dienstleistungsbeziehung, dabei inhaltlich den wirklichen Maßstab des Handelns abgäben. Das gilt zum einen in wirtschaftlicher Hinsicht, denn die Hilfebedürftigen verfügen (überwiegend) nicht über die entsprechende Zahlungsfähigkeit – weder im Bereich der kompensatorischen Jugendhil-

NORBERT WOHLFAHRT ist Professor an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum. Er beschäftigt sich mit modernen Gerechtigkeitstheorien und den Folgen kapitalistischer Entwicklung für die soziale Arbeit. In jüngster Zeit hat er auch die gewerkschaftsfeindliche Politik christlicher Wohlfahrtskonzerne ins Visier genommen und sich mit Inklusion als neuem sozialpolitischen Leitbild auseinandergesetzt.

fe, der Betreuung von Kleinkindern oder der Pflege älterer Menschen. Eben jener Mangel an kaufkräftiger Nachfrage ist der Grund, weshalb diese Leistungen überwiegend oder ausschließlich staatlich gestiftet werden. Zum anderen gilt es aber auch in sachlicher Hinsicht, denn Art und Umfang der Leistungen sind in zwölf Sozialgesetzbüchern bis ins Detail gesetzlich geregelt, also vorab festgeschrieben.

Dennoch verfolgt der Sozialstaat durchaus auch im Bereich der sozialen Dienstleistungen das Anliegen, die von ihm durchgesetzten Versorgungsleistungen als *Geschäftssphäre* zu organisieren. Das Beispiel des ›Gesundheitsmarktes‹ zeigt aber, dass dieser nicht der privaten Nachfrage der Konsumenten allein überlassen bleibt. Das Geschäft mit der Gesundheit funktioniert nur dadurch, dass ein Teil des Lohneinkommens der erwerbstätigen Bevölkerung zwangskollektiviert wird. Die Gewinne der Pharmaindustrie, Ärztehonorare und Krankenhausbudgets sind also nicht in erster Linie das Ergebnis einer privatkapitalistisch kalkulierten Geldanlage. Sie basieren stattdessen auf sozialstaatlich hergestellter Zahlungsfähigkeit. Gleiches gilt für die Soziale Arbeit (in professioneller und organisatorischer Form). Sie ist damit zum einen abhängig von den Konjunkturen staatlicher Sozialpolitik – beispielsweise wenn Inklusionsarbeit auf die Agenda gesetzt wird und dadurch für andere Aufgaben weniger Mittel zur Verfügung stehen – und unterliegt zum anderen wirtschaftlichen Konjunkturzyklen und sonstigen Krisen wie der aktuellen Finanzkrise. Beides kann dafür verantwortlich sein, dass staatliche Einnahmen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben schwanken oder gar rückläufig sind.

MARKT UND WETTBEWERB – DIE STANDORTPOLITISCHE REORGANISATION SOZIALER DIENSTE

Die zentrale Rolle, die staatliche Regulierungen für die Gestaltung der sozialen Dienstleistungsproduktion spielen, kontrastiert oberflächlich betrachtet mit Entwicklungen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten unter dem Begriff der *Ökonomisierung sozialer Dienste* (Buestrich u.a. 2008) diskutiert wurden. Markt oder marktähnliche Mechanismen – so die zugespitzte These – ersetzen das klassische hierarchische Verhältnis von sozialstaatlicher Regulierung und Leistungserbringung. Ökonomisierte soziale Dienstleistungsproduktion wird dabei als Verwertungsprozess gefasst, in dem mittels einer vorgeschossenen Geldsumme eine Verwertung des eingesetzten Kapitals zum Zwecke der Erzielung eines Überschusses stattfindet, also *Wertschöpfung* betrieben wird. Es ist bezeichnend, dass auch die (gemeinnützigen) Leistungserbringer des sozialen Dienstleistungssektors inzwischen mit Bezug auf ihre wirtschaftlichen Leistungen von Wertschöpfung sprechen und sich damit selbst die Funktion eines Wirtschaftsunternehmens, also eines Kapital akkumulierenden Sozialbetriebs zuweisen. Betrachtet man diese Entwicklung, zeigt sich, dass der Prozess der Liberalisierung und Privatisierung in vollem Gange ist und sowohl durch die EU als auch durch die nationale Politik weiter forciert wird. Wichtige Elemente dieser Strategie sind:

- *Die Durchsetzung von Wettbewerb als Instrument einer ›effizienten Wohlfahrtsproduktion‹:* Ausgehend von der zu Beginn der 1990er Jahre einsetzenden Verwaltungsmodernisierung nach dem Muster des *New*

Public Management sollen durch organisierten Wettbewerb Leistungsreserven freigesetzt und die Kosten der sozialen Dienstleistungsproduktion eingedämmt werden (KGSt 1993, 22). Preis- und Qualitätsvergleiche werden zum Steuerungsinstrument in der Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Anbietern.

- *Kommunalisierung und Dezentralisierung:* Durch die Verlagerung sozialer Dienste auf untere Verwaltungsebenen sollen die Kostenträger hinsichtlich der Steuerung gestärkt und der lokale Sozialraum aktiviert werden.
- *Social Entrepreneurship:* Durch eine anleihenfinanzierte Soziale Infrastrukturpolitik soll das soziale Unternehmertum gefördert und die Wirkungsorientierung verstärkt werden. Der Staat fungiert lediglich als ›Rückversicherung‹ finanzkapitalistischer Investitionen in soziale Dienste, die für die Kapitalgeber eine entsprechende Rendite abwerfen sollen (*Social Impact Bonds*).
- *Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA:* Von der Kommune bis hin zur europäischen Ebene sollen künftig – von hoheitlichen Dienstleistungen wie Polizei und Justiz abgesehen – Güter, Dienstleistungen oder Dienstleistungssysteme im Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben werden. Beschaffungsaufträge müssen ›diskriminierungsfrei‹ vergeben werden (Wohlfahrt/Zühlke 2015).

Die von der EU seit Langem verfolgte Politik einer Öffnung des Sozialbereichs für marktwirtschaftliche Investitionen macht diesen zu einem Sektor kapitalistischer Akkumulation. Angesichts der europäischen Staatschuldenkrise gewinnt diese Entwicklung an Fahrt. Auch in der EU sollen Finanzinvestoren und Sozialunternehmen zukünftig stärker in Bereiche investieren können, die traditionell staatlich finanzierten Trägern vorbehalten waren. Hierzu müssen Maßstäbe der Erfolgsmessung entwickelt werden, Programme zur Förderung von Forschung und Entwicklung von Sozialunternehmen aufgelegt und vorhandene Wettbewerbsschranken abgebaut werden.

BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE FOLGEN DER ÖKONOMISIERUNG

Das Selbstkostendeckungsprinzip, nach dem die tatsächlichen Kosten einer erbrachten Leistung erstattet werden, wurde durch vorab berechnete Entgelte ersetzt. Aus gemeinnützigen Leistungsanbietern wurden so Sozialunternehmen, die nun ›wirtschaften‹ müssen und einem unternehmerischen Risiko unterliegen. Bezogen auf die Vergütung und Arbeitsbedingungen kam dieser Systemwechsel einer Art Dammbruch gleich: Löhne und Gehälter wurden zum entscheidende Faktor politisch vorgegebener Rationalisierung und Kostensenkung. Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) wurde als Richtlinie zur Regulierung der Arbeitsbedingungen und zur Festlegung der Löhne und Gehälter faktisch außer Kraft gesetzt. Die tarifpolitischen Besonderheiten des Sozialsektors sowie der allgemein ausgerufene Sparzwang sorgen dafür, dass bisher keine andere tarifliche Regelung an seine Stelle getreten ist. Stattdessen ist ein bislang ungebremster Preiswettbewerb zu beobachten, der eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Gehältern in Gang gesetzt hat. Diese wird dadurch verschärft, dass flächendeckend Dienstleistungen in gemeinnützige GmbHs ausgegliedert werden: Durch das Outsourcing von Sekundärdienstleistungen (Küche, Gebäudemanagement, Wäschereien

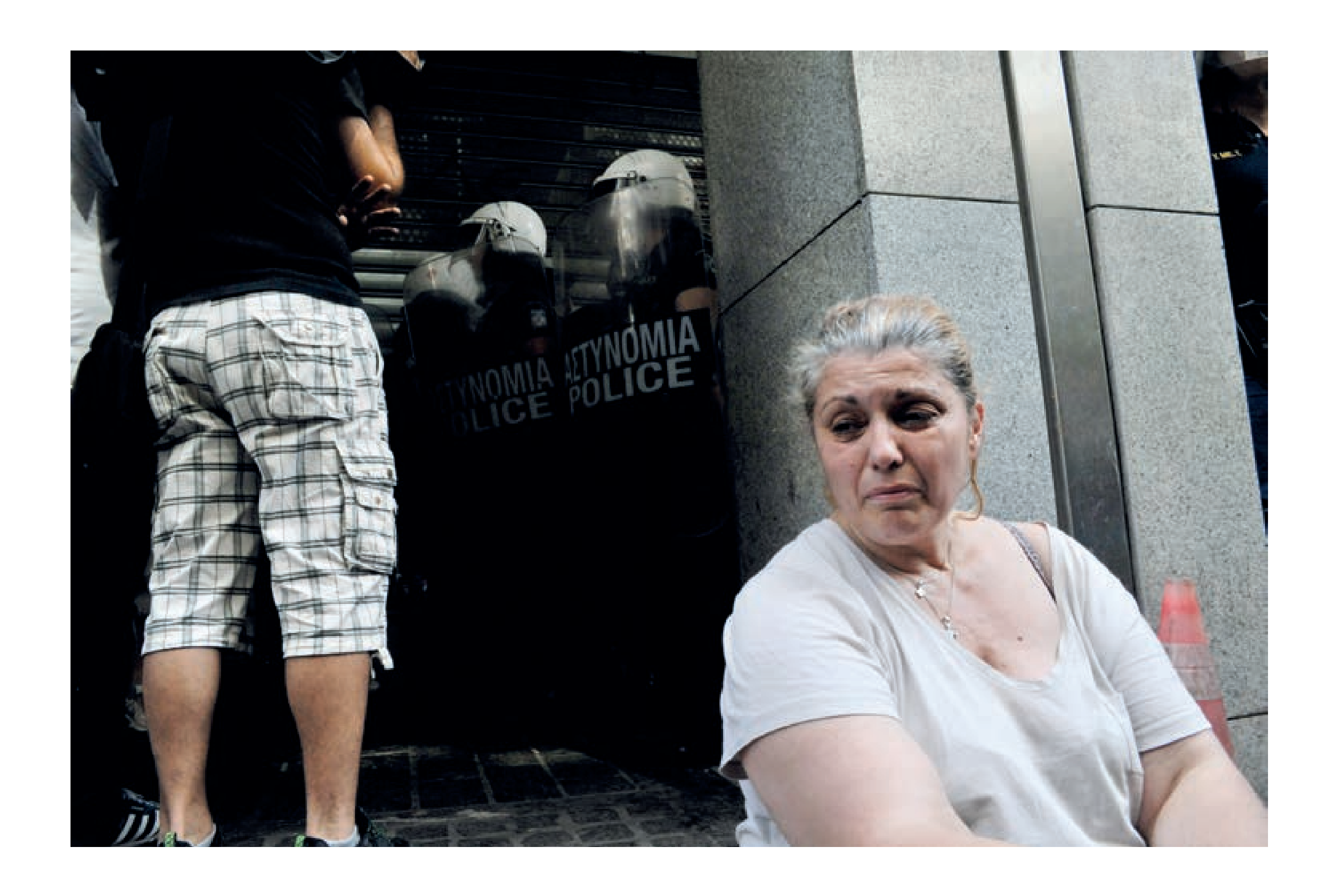


Protestierende Reinigungskräfte vor dem Finanzministerium in Athen. © Aggeliki Koronaiou

etc.), durch Kooperationen und Fusionen (insbesondere im Verwaltungs- und Versorgungsbereich) und durch die Rationalisierung der betriebsinternen Handlungsabläufe sollen rasch massive Einsparungen erzielt werden.

Als Folge zeigt sich eine fortschreitende Pluralisierung und Differenzierung der Tariflandschaft im Sozialsektor. Alle Träger und ihre Verbände sind bemüht, ›passgenaue‹ tarifpolitische Lösungen für ihre jeweilige Wettbewerbssituation zu finden, was nicht nur zu einer Zunahme sogenannter Haustarifverträge führt, sondern auch neue verbandspolitische Wege in der Tarifpolitik kreiert. Öffnungsklauseln und Notlagentarife für einzelne Einrichtungen stellen beispielsweise im Krankenhauswesen mittlerweile fast den Normalfall dar.

Darüber hinaus wurden gravierende Veränderungen in den Arbeitsrechtsregelungen der kirchlichen wie der freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände vorgenommen. Sie beziehen sich jenseits der genannten Öffnungsklauseln auf tarifpolitisch zentrale Bereiche wie Arbeitszeit, Tabellenstruktur und -systematik, Eingruppierungssystematik, Bezahlung und Kündigungsregelungen. In all diesen Punkten zeigen sich außerdem je nach Verband und Region erhebliche Ausdifferenzierungen. All das führt zu einer weiteren Atomisierung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Der Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« respektive »gleiches Entgelt für



gleichwertige Tätigkeiten« hat angesichts einer so zersplitterten Tariflandschaft im Sozialsektor keine Gültigkeit mehr. Die Flexibilität, die durch die Abkehr vom BAT/TVöD erreicht wurde, hat jeweils höchst unterschiedliche Auswirkungen für die Arbeitgeberseite und für die Beschäftigten. Während die Träger auf Basis des neu entstandenen ›Tarifedschungels‹ eine weitgehende Handlungs- und Gestaltungsfreiheit gewonnen haben, hat sich für die Beschäftigten die Situation überwiegend zum Negativen verändert – wobei die Verschlechterungen je nach Verband, Region und Branche unterschiedlich gravierend ausfallen. Vor allem die Verbände in ostdeutschen Bundesländern hatten eine Vorreiterrolle bei der Reduzierung von Entgelten und Arbeitsstandards.

Diese Pluralisierung von Tarifstrukturen, der fortschreitende Prozess der Ausgliederung und der wachsende Pragmatismus der Leistungserbringer zerstören das normative Selbstverständnis der Verbände als gemeinnützige Mitgestalter der Sozialpolitik. Insofern beinhaltet die Entwicklung der Beschäftigungsbedingungen in der Sozialwirtschaft auch für die dort tätigen Verbände ein grundsätzliches Dilemma. Sie sind durch Zersplitterung, egoistische Klientelinteressen und machtpolitischen Rigorismus (unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit) in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Die wenigen Ansätze zur Schaffung bundesweit gültiger Regelungen scheitern an der mangelnden Bereitschaft der Untergliederungen

und Betriebe, sich einem flächendeckenden einheitlichen Tarifvertrag ›unterzuordnen‹. Zwar wird die Notwendigkeit eines einheitlichen Sozialtarifvertrags nicht grundsätzliche bestritten – das Engagement dafür hält sich jedoch in sehr engen Grenzen. Ein Grund dafür ist, dass dies auch bedeuten würde, sich auf einen gemeinsamen (gewerkschaftlichen) Partner zu verständigen. Die Erarbeitung gemeinsamer Standards wird nicht zuletzt dadurch verhindert, dass die kirchlichen Verbände an ihrem Privileg des ›Dritten Weges‹ festhalten und damit unter anderem an einer empfindlichen Einschränkung der betrieblichen Mitbestimmung und des Streikrechts der Beschäftigten.

Komplementär zur Fragmentierung der Arbeitgeber- und Tarifstrukturen erweist sich auch die Interessenvertretung der Beschäftigten im Sozialsektor als schwach und uneinheitlich. Grund hierfür ist vor allem der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad. Da sich auch Arbeitgeber großer Verbände zunehmend der Anwendung von tariflichen Absprachen entziehen, arbeitet mittlerweile eine nicht konkret erfassbare Anzahl von Beschäftigten in sozialen Einrichtungen ohne jegliche tarifvertragliche Regelung ihrer Arbeits- und Entgeltbedingungen. Sie können sich allein auf die gesetzlichen Vorschriften des Arbeits- und Sozialrechts berufen. Angesichts vielfach fehlender oder schwacher betrieblicher Interessenvertretungen sind sie zu deren Durchsetzung auf sich allein gestellt.

Die Forderung nach einem Branchentarifvertrag erweist sich vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen als vermintes Gelände. Insbesondere die kirchlichen Arbeitgeber beharren auf dem kirchlichen Arbeitsrecht und der daraus abgeleiteten Verweigerung des Streikrechts für die Beschäftigten. Soziale Infrastrukturpolitik ist in Deutschland in vielerlei Hinsicht noch als Fürsorgepolitik zu begreifen. Sie gründet eher auf paternalistischem Wohlwollen als auf einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den Folgewirkungen eines im Wettbewerb stehenden Sozialmarkts.

WAS TUN?

Politische Perspektiven, die einer Ökonomisierung der sozialen Dienste etwas entgegensetzen wollen, müssen zunächst in Rechnung stellen, dass für die bestimmenden Subjekte im sozialen Dienstleitungssektor (Staat, Verbände, Sozialunternehmen) der Wettbewerb als Leitidee auch der zukünftigen Ausgestaltung von Infrastrukturpolitik außer Frage steht. Im Fokus der Auseinandersetzung sollten zunächst die beschäftigungspolitischen Folgen stehen, die sich aus Tarifflucht, Ausgliederung und geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad ergeben. Ein *Branchentarif*, der den Absenkungen des Tarifniveaus infolge von Privatisierungen gewisse Grenzen setzt, wird zumindest für den Bereich Pflege inzwischen auch von den Arbeitgebern ins Auge gefasst. Ein *Tarifvertrag Soziales* könnte darüber hinaus weitere negative Folgen des Wettbewerbs einschränken. Generell muss eine gewerkschaftliche Strategie darauf zielen, soziale Dienstleistungsberufe aufzuwerten und den dort auf breiter Fläche existierenden *gender pay gap* zu minimieren. Eine Voraussetzung dafür ist es, den Organisationsgrad der dort Beschäftigten zu erhöhen. Dabei erweist sich der *›Dritte Weg‹ der kirchlichen*

Verbände mit seinem paternalistischen Verständnis einer fürsorgenden Dienstgemeinschaft als entscheidendes Hemmnis für eine den tatsächlichen Wettbewerbsbedingungen angemessene Organisationsform der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Widersprüche des kirchlichen Arbeitsrechts nehmen dramatisch zu, werden aber zugleich normativ (mit Verweis auf das kirchliche Selbstbestimmungsrecht) zugekleistert.

Sozialpolitisch sind die zerstörerischen Folgen der *Austeritätspolitik* zu skandalisieren. Die Kombination aus Dezentralisierung (Kommunalisierung/Sozialraumorientierung) und Schuldenbremse führt im Bereich Sozialer Infrastrukturpolitik zu einem weiteren Auseinanderklaffen von Leistungen und Entgelten. Das wieder gängige Stichwort von der ›neuen Subsidiarität‹, also das Plädoyer für eine Verlagerung möglichst vieler Aufgaben auf lokale, eigenverantwortlich tätige Akteure, zeigt, dass die Abwälzung sozialer Dienstleistungen auf die Familie und die sogenannte Zivilgesellschaft keineswegs der Vergangenheit angehört.

Grundsätzlich ist dem aktuellen Trend zum sozialen Unternehmertum entgegenzutreten. Eine Sozialwirtschaft, die soziale Dienstleistungsproduktion am Maßstab des Geldverdienens misst, ist politisch zu bekämpfen. Mit einer kapitalmarktfinanzierten sozialen Dienstleistungsproduktion werden sich die Widersprüche zwischen Versorgungs- und Gewinnorientierung weiter verschärfen. Die Ideologie, wonach nur das, was bezahlt wird, auch Wirkungen erzeugt, dürfte gleichwohl zusätzlichen Aufwind bekommen. Daher gilt es auch *auf europäischer Ebene* den Glauben anzufechten, dass die Soziale Infrastrukturpolitik nur durch mehr Wettbewerb, Liberalisierung und Angebotsorientierung gesunden kann. Die Wirkungen dieses tödlichen Rezepts sind in nahezu allen europäischen Staaten zu studieren. Nicht nur führt dies zu der bekannten Ausdehnung des Niedriglohnsektors, sondern auch zu einer Absenkung der Qualitätsstandards und zu massiven Einschränkungen der Versorgungsleistungen. Besonders dramatisch aktuell in den von der Krise am heftigsten betroffenen südeuropäischen Staaten zu sehen.

Deutschland mit seiner am Subsidiaritätsprinzip orientierten Sozialen Infrastrukturpolitik benötigt eine sozialpolitische Auseinandersetzung um den Bedarf und den gesellschaftlichen Stellenwert sozialer Dienstleistungen. Eine linke Perspektive kann in dieser Auseinandersetzung ihren Ankerpunkt nur in dem seit Marx bekannten Diktum haben, dass der »Wert« sozialer Dienste im Kapitalismus eine in Geld gemessene Abstraktion darstellt, für die der Gebrauchswert bloßes Mittel ist. Und genau das ist das Problem der bitteren Realität der gegenwärtigen Sozialen Infrastrukturpolitik.

LITERATUR

Buestrich, Michael, Monika Burmester, Heinz-J. Dahme und Norbert Wohlfahrt, 2003: *Ökonomisierung Sozialer Dienste und Sozialer Arbeit, Entwicklung – Theoretische Grundlagen – Wirkungen,* Baltmannsweiler

Dahme, Heinz-J. und Norbert Wohlfahrt, 2014: *Soziale Dienstleistungspolitik – eine kritische Bestandsaufnahme,* Wiesbaden

Dies. (Hg.), 2013: *Produktionsbedingungen sozialer Arbeit in Europa*, Baltmannnsweiler

Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGst), 1993: *Das Neue Steuerungsmodell*, Köln

Wohlfahrt, Norbert und Werner Zühlke, 2015: Die Transformation der kommunalen Infrastruktur durch Freihandelsabkommen, erscheint in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit,* 2/2015

DER NAME DER ZEIT

INGAR SOLTY

AUTORITÄRER KAPITALISMUS?

Der Kapitalismus verändert sich mit seinen organischen Krisen und ihrem staatlichen Management. Aus der Großen Depression entstand der zwischenimperialistische Organisierte Kapitalismus, aus der Weltwirtschaftskrise der Fordismus und aus dessen Großkrise der globalisierte Finanzmarktkapitalismus. Ist aus der heutigen Krise bereits ein neuer Kapitalismus entstanden?

Der ›Grüne Kapitalismus‹ wurde lange als tragfähigstes Projekt angesehen: Ein *Green New Deal* (GND) sollte auf Grundlage innovativer Grüntechnologien zur Entfinanzialisierung und Redynamisierung der Ökonomie beitragen. Der neue Staatsinterventionismus brachte jedoch keine solche Wende. Er hat den globalen Finanzmarktkapitalismus gestützt, ja vertieft. Der Hintergrund ist dieser: In der heutigen organischen Krise steht das Kapital erstmals weitgehend ohne seinen historischen Antagonisten, die sozialistische Arbeiterbewegung, da. Insofern der kapitalistische Staat aber nur durch Widerstand von unten in die Lage versetzt wird, Reformen von oben auch gegen die kurzfristigen Interessen des organisierten Kapitals durchzusetzen, ist der GND gescheitert. Zu Beginn der Krise beschrieben viele zu Recht Illiberalisierung und ›Barbarisierung‹ als Alternativpfad. Nach dem Scheitern des GND sind Tendenzen in Richtung eines ›autoritären Kapitalismus‹ tatsächlich unübersehbar. Die bürgerliche Desillusionierung mit den Managementkapazitäten des kapitalistischen Staates im ›Westen‹ befördert autoritäre Tendenzen in Wirtschaftspolitik, innerer Sicherheit und Außenpolitik. Die neue EU-Wirtschaftsregierung spielt hier eine zentrale Rolle. Aus postdemokratisch wird stellenweise sogar postliberal.

Als Periodisierungsbegriff ist autoritärer Kapitalismus trotzdem verfrüht. Um eine neue Phase einzuleiten, müsste dieser autoritäre (Finanzmarkt-)Kapitalismus, müssten die seit 2010 dominanten Wachstumsstrategien der (inneren und äußeren) Abwertung (Austerität) längerfristig tragfähig sein. Ein kohärentes Projekt verkörpern sie nicht: Ökonomisch führt dieser *Beggar-thy-neighbor*-Kapitalismus, also der Versuch, die eigene Prosperität auf Kosten der Nachbarstaaten zu sichern, zu Kämpfen um die Stücke eines kaum noch wachsenden Kuchens. Vor dem Hintergrund von Überakkumulation, einer sowohl in den kapitalistischen Kernstaaten als auch in den Schwellenländern sinkenden Lohnquote, von zunehmender Aneignung des

gesellschaftlichen Mehrprodukts durch die globalen (Finanz-)Vermögensbesitzer (Piketty-Debatte) sowie von Krisenkriegen und zwischenimperialen Konflikten im Nahen Osten, in Nordafrika und in Osteuropa beschert die gegenwärtige Austeritätsstrategie geringes Wachstum auf Jahrzehnte hin. Die neue Welle der Robotisierung (Industrialisierung 4.0) behindert, dass Strategien der ›Reindustrialisierung‹ (Obama) massenhaft Hochlohnjobs nach fordistischem Vorbild schaffen. Die Krise wurde von den Regierungen bislang lediglich verschoben: vom Banken- und Industriesektor auf die Staaten und ihre Haushalte, von heute auf morgen.

Der globale Kapitalismus befindet sich also immer noch in einer Übergangsphase. Man könnte sie im Anschluss an Gramsci als »Kriseninterregnum« bezeichnen. Der autoritäre Krisenkapitalismus mit seinem geringen Wachstum ist kein langfristig existenzfähiges Projekt. Überakkumulation, zunehmende Vermögensungleichheit, Erosion der Mittelklassen und Entdemokratisierung verhindern die hegemoniale Verallgemeinerung eines neuen Entwicklungstyps. Es fehlen die materiellen Grundlagen für einen neuen historischen Kompromiss.

Zum Kriseninterregnum gehört eine Krise der Demokratie, ja der Politik. Sie schränkt die Handlungskapazitäten der Regierungen auch dadurch weiter ein, dass die Parteiensysteme rechts wie links zerfallen. Das begünstigt einen Teufelskreis des Autoritarismus; gleichzeitig gebiert diese ›Repräsentationskrise‹ seit 2010/2011 wachsenden Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Volksmassen. Letzterer reicht jedoch bislang offensichtlich nicht aus,

INGAR SOLTY ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter an der York University in Toronto, Kanada. Seit Februar 2015 arbeitet er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung an einer Studie zur neuen Außen-, Europa- und Geopolitik der Bundesrepublik und zu linken Außenpolitikalternativen.

um durch Druck von unten eine bürgerliche Sozialreform à la GND von oben zu erzwingen. Die historischen Massenproteste in der EU-Peripherie erreichten nicht die Bastionen der Macht. Für die Linke stellt sich hier ein strategisches Problem: die Frage linker (Staats-)Machtperspektiven (vgl. Porcaro in *LuXemburg* 1/2013). Aber selbst die erste radikale Linksregierung des Neoliberalismus in Griechenland und der Aufstieg von Podemos sind offenbar nicht machtvoll genug, um auf dem Weg des *trasformismo* eine neokeynesianische Politik in Richtung grüner Kapitalismus zu erzwingen. Und dies, obgleich Mitte-links-Parteien von den USA über Deutschland und Frankreich bis Italien (mit-)regieren. Die traditionelle Sozialdemokratie existiert außerhalb der realexistierenden sozialdemokratischen Parteien, die – zu technokratisch-neoliberalen Machtapparaten geworden – den instabilen *Beggar-thy-neighbor*-Kapitalismus mittragen. Ihnen droht das Schicksal der PASOK; scheitert ein aktueller New Deal, droht die radikale Rechte.

Autoritärer oder grüner Kapitalismus? Grüner Sozialismus? Die Auflösung des Kriseninterregnums steht noch aus, die Weltkugel auf der Spitze. Herunterrollen wird sie müssen. Zu welcher Seite bleibt offen. Auch Varianten des autoritären Kapitalismus sind denkbar – etwa als grüner.



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, fried@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Karin Gabbert, Corinna Genschel, Christina Kaindl und Rainer Rilling
An dieser Ausgabe haben außerdem mitgearbeitet: Harry Adler, Hanno Bruchmann, Malte Daniljuk, Julia Dück, Britta Grell, Horst Kahrs, Max Lill, Tadzio Müller, Katharina Pühl, Thomas Sablowski und Moritz Warnke.

Errata aus LuXemburg 3/2014:
Auf Seite 25, zweite Spalte unten, muss es richtig heißen:
»Die Exportquote Deutschlands hat sich zwischen 1991 und 2013 von 22,2 auf 40 Prozent fast verdoppelt (Statistisches Bundesamt 2014, 428), und der Bestand deutscher Direktinvestitionen im Ausland stieg von 134 Mrd. € im Jahr 1991 auf 1200 Mrd. € in 2012 (Bundesministerium der Finanzen 2014).«
Auf Seite 57, zweite Spalte oben, muss es richtig heißen:
»Eine verstörende Entwicklung ist die menschenfeindliche Rhetorik *gegen* die Bewegung in der Ostukraine.«

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit Heft 1/2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Titelbild: Protest der 595 entlassenen Reinigungskräfte des griechischen Finanzministeriums in Athen, 2014, © *Marios Lolos*

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC zertifiziertem und säurefreiem Papier



3/2014 WELTKRISENPOLITIK

Die Welt ist in keinem guten Zustand. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nicht mehr so viele bewaffnete Konflikte. Auch die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist auf einem historischen Höhepunkt. Austeritätspolitiken und Strukturanpassungsprogramme treten global als Lösung auf, verschärfen aber die Probleme. Der Name der Zeit? Unklar. Post-alles, Interregnum, WELTKRISENPOLITIK. Geopolitische Konstellationen verschieben sich, neue Machtzentren entstehen. Welche Rolle spielt die Bundesrepublik in dieser Weltumordnung? LuXemburg 3/2014 fragt nach Einstiegen in Friedenspolitiken. Wie können Projekte regionaler Integration, sozial-ökologischer Entwicklung, Konversion und sozialer Infrastrukturen dazu beitragen, globale Konflikte zu entschärfen?

BEITRÄGE Gayatri Spivak | Jan van Aken | Isabell Lorey | Vladimir Ischchenko | Ulla Jelpke | Rainer Rilling | Thomas Seibert | Shreen Saroor | AchinVanaik | Corinna Hauswedell u.a.

Dezember 2014, 160 Seiten



2/2014 OH GOTT!

Weltweit eskaliert die Gewalt und meist sind es religiöse Spaltungen, an denen Konflikte ausgerichtet werden. Es ist die Religion, die Menschen bewegt, Revolten befeuert und der Empörung über das wirkliche Elend eine Stimme gibt. Die Grenze zwischen Opium und Protestation ist nicht immer leicht zu ziehen. Was hat die Renaissance der Religion in der organischen Krise zu bedeuten? Von Hamas bis Tea Party sind es religiöse Kräfte, die Alltagserfahrung bearbeiten, Lücken sozialer Reproduktion stopfen und Gemeinsinn stiften, wo Konkurrenz soziale Milieus zerstört hat. Wie gelingt es ihnen, das Leiden an der Welt zu fassen und doch so oft den Weg aus dem Jammertal zu verstellen? Und was bedeutet das für die Linke angesichts maroder Strukturen sozialer Daseinsvorsorge?

BEITRÄGE Stuart Hall | Dick Boer | Bodo Ramelow | Joanna Garcia Grenzner| Franz Segbers | Brigitte Kahl | Jan Rehmann | Ingar Solty | Stefanie Klee | Michael Ramminger | Klaus Lederer | u.a.

September 2014, 136 Seiten



1/2014 GESPENST EUROPA

Es gruselt und lockt, ist Traum, Schreckensszenario und düstere Realität zugleich. Für viele Linke ist Europa trotz Troika und Austeritätspolitik noch positiver Bezugspunkt, jenseits des ewigen Nationalismus. Die populistische Rechte sieht in der EU ein Sinnbild allen Übels: ›Multikulturalismus‹, ›Transnationalismus‹, ›Überfremdung‹. Und für Flüchtlinge endet der Traum von Europa oft schon vor seinen Küsten tödlich. Welche strategischen Herausforderungen ergeben sich für die Linke in einer Situation, in der RechtspopulistInnen die Europa-Kritik anführen? Wie lassen sich transnationale Perspektiven entwickeln, die die Festigkeit der neoliberal-autoritären EU-Strukturen ernst nehmen? Wie eine Vision für Europa, die mehr ist als ein naives ›Wünsch dir was‹?

BEITRÄGE Ernestesto Laclau | Giorgio Agamben | Yvonne Kuschel | Turgay Ulu | Thomas Seibert | Thodoros Paraskevopoulos | Harald Wolf | Susanne Hennig | Robert B. Reich u.a.

Mai 2014, 136 Seiten



2/2013 ES REICHT

Der gesellschaftliche Reichtum ist größer denn je – man könnte meinen: Es reicht – wäre er nicht so ungleich verteilt. Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung eines linken Projekts, und doch verfangen die Kampagnen kaum. Klar ist, dass es um mehr gehen muss als nur um monetäre Verschiebungen. Aber wie organisieren wir eine umfassende Umverteilung von Arbeit und Zeit, auch zwischen den Geschlechtern? *LuXemburg* 2/2013 fragt nach Konstellationen, die Einstiege in einen solchen Umbau öffnen können: Wie kann der vermeintliche Gegensatz zwischen ökologischem Wandel und sozialer Frage überwunden werden? Wie die Spaltung zwischen gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen und einer Kritik am herrschenden Wachstumsmodell?

BEITRÄGE Nancy Fraser | Ulrich Schachtschneider | Katja Kipping | Horst Kahrs | Sabine Reiner | Mimmo Porcaro | Frigga Haug | Antje Schrupp | Michael Brie | Christa Wichterich u.a.

Juli 2013, 160 Seiten


EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
DIE ZUKUNFT BEGINNT HEUTE
KRISE, KOMMUNIKATION, KAPITALISMUS
PREKÄR UND WIDERSTÄNDIG
FLÜCHTLINGE UND GEWERKSCHAFT
ZIEMLICH VIEL KLASSE
CARING FOR STRATEGY
GESUNDHEITSVERSORGUNG GANZ ANDERS?
ISSN 1869-0424